

Preussische Allgemeine



Nr. 6 · 10. Februar 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Tage der Einsicht

Trotz aller Beschwörungen haben die Ukrainer immer geringere Chancen, den Krieg gegen ihr Land zu gewinnen. Es ist Zeit für Verhandlungen Seite 3



DDR Kindesentzug als Strafe für politischen Ungehorsam Seite 11



Heimat Erinnerungen eines Königsberger Domfarrers Seite 23

VON KLAUS SCHROEDER

DEBATTE

Die Selbstermächtigung der „Letzten Generation“

Anstatt wie vorgegeben die Welt zu retten, bewegen sich die „Klimaschützer“ mit ihren Aktionen in den klassischen Bahnen des Linksextremismus

Sie liegen nun schon seit Monaten auf der Straße, kleben sich dort fest, sitzen auf Schilderbrücken und stehlen mittlerweile auch Straßenschilder, die Geschwindigkeitsbegrenzungen aufheben, damit die Autos langsamer fahren. Die selbsternannten Klimaschützer der „Letzten Generation“ gefallen sich im Gestus der besseren Menschen, denn der „gewöhnliche Mensch“ sei nicht in der Lage, die Dimensionen ihrer Aktionen zu erkennen. Ihre Ziele variieren von der „Klimaretterung“ bis zum Frieden.

In den Medien werden sie „Aktivisten“ genannt. Strafen drohen ihnen kaum. Bisher verurteilte nur das Amtsgericht Berlin-Tiergarten im Sommer 2022 mehrere „Klimaaktivisten“ wegen Nötigung zu Geldstrafen oder – sofern Jugendstrafrecht zur Anwendung kam – zu gemeinnütziger Arbeit. Für die gleichen Delikte gab es jedoch von anderen Richtern auch Freisprüche. Da es sich schwer nachweisen lässt, ob durch die Straßenblockaden Rettungswagen blockiert werden, lässt sich eine Verurteilung wegen fahrlässiger Körperverletzung bisher nicht durchsetzen.

Mehr linke als rechte Gewalt

Die Straßenaktionen ordnen sich in die Tradition linker Gewalt ein. Linksextremisten haben das staatliche Gewaltmonopol und damit auch die Justiz nie anerkannt. Ihre Gewalt stehe über dieser Form staatlicher Vorschriften. Sie richtet sich nicht nur gegen den Staat und seine Organe wie die Bundeswehr oder auch Sicherheitsfirmen, sondern selbstredend auch gegen „Rechts“ und rechtfertigt damit moralisch Gewalt gegen die AfD und ihre Sympathisanten.

Die Mittel der Gewalt variieren: Brandstiftung oder Störung der Infrastruktur. Ihre Gewaltausübung begreifen sie wie die selbsternannten Klimaschützer oftmals als Happening, bei dem es ih-

nen vielfach um den Protest an sich geht und weniger um die Sache. Richtet er sich gegen „Rechts“, ist für sie ohnehin alles erlaubt, denn ebenso wie die meisten Medien betrachten sie „Rechte“ als Bedrohung für sich selber und für die Gesellschaft. Die Gedanken einer zivilen Gesellschaft – Rechtsstaat, Demokratie, Gewaltfreiheit – geraten somit aus dem Blick oder werden geringgeschätzt.

Die Empirie der Gewaltausübung zeigt jedoch, dass es in den letzten zwanzig Jahren deutlich mehr linke als rechte Gewaltausübung gab. Auch bei den Körperverletzungen liegen die Linken deutlich vor den Rechten. Die Konfrontationsgewalt zwischen Links und Rechts geht nahezu immer von Links aus. Bei den politisch motivierten Gewalttaten seit 1990 liegen die linken Gewalttäter mit 1203 deutlich vor den Rechten mit 882 Delikten.

Im Jahr 2021 verübten linke Gewalttäter 435 Körperverletzungen, 173 Brandstiftungen, acht Sprengstoffdelikte und griffen 79-mal gefährlich in die Infrastruktur ein, nicht zuletzt auf Bahnstrecken. Bei den gefährlichen Körperverletzungen zum Beispiel liegen die von linken Gewalttätern verübten Delikte nahezu immer vor denen von rechten Gewalttätern verübten.

Addiert man die Zahlen der linken und rechten Gewalttaten von 2001 bis 2021, kommt man auf etwas über 30.000 links motivierte Gewalttaten und gut 20.000

rechts motivierte Gewalttaten. Die Empirie gefährlicher Körperverletzungen zeigt ebenfalls ein eindeutiges Bild: Im selben Zeitraum registrierten die Behörden knapp 6000 linke und gut 5000 rechte Gewalttaten.

Die Themen ändern sich, die Akteure sind oft die gleichen

Das Institut für Demoskopie Allensbach schätzt das linke Extremismopotential in Deutschland unter Einbezug radikaler Linker auf 17 Prozent, das rechte auf 14 Prozent. Eine FU-Studie, die ebenfalls von insgesamt 17 Prozent radikalen und extremen Linken ausgeht, zeigt im Ergebnis, dass radikale und extreme Linke zu knapp 40 Prozent glauben, der Kapitalismus führe zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Über 60 Prozent werten das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland nicht als eine „echte Demokratie“. Etwa jeder dritte radikale oder extreme Linke hält eine Demokratie nur ohne Kapitalismus für denkbar, jeder fünfte möchte keine Reform, sondern gleich die Revolution. Knapp die Hälfte der Linken gewichtet soziale Gleichheit höher als individuelle Freiheit, ohne zu thematisieren, was „soziale Gleichheit“ bedeutet. Erschreckend ist die Geringschätzung individueller Freiheit durch diese Personen. Gewalt gegen andere Personen (Polizisten) finden knapp zehn Prozent gerechtfertigt.

Es ist geradezu atemberaubend, wie schnell sich die Themen des (linken) Protests ändern, die Akteure sind nahezu immer die gleichen. Sie setzen sich in Szene, suchen den Weg in die Medien und erlangen hierdurch eine Pseudoprominenz, die ihnen nicht nur Öffentlichkeit, sondern offenbar auch Selbstbewusstsein verschafft. Dem kritischen Beobachter stellt sich die Frage, ob es tatsächlich um die Sache oder um die eigene Person geht.

Viele Medien und selbst Wissenschaftler sehen in rechter Gewalt und in politisch rechts eingestellten Personen den „Hauptfeind“, nur wenige trauen sich, die empirisch gemessene Realität angemessen zur Kenntnis zu nehmen. Sie befürchten, ausgegrenzt und an den – selbstverständlich von links definierten – moralischen Pranger gestellt zu werden.

Festhalten lässt sich jedoch: Jegliche Blockade von Straßen und Autobahnen ist keine politische Handlung, sondern eine kriminelle Straftat, die geahndet werden muss.

● Prof. Dr. Klaus Schroeder ist Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat. Er hat zahlreiche Aufsätze und Bücher über die Geschichte der DDR veröffentlicht, unter anderem das Standardwerk „Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. 1949–1990“.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Ein neues Zentrum soll die Geschichte der deutschen Einheit erforschen Seite 5

Kultur

Eine Münchner Ausstellung beleuchtet Kunst und Leben von 1918 bis 1955 Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Das russische „Kenig“ gedenkt des Königsbergers E. T. A. Hoffmann Seite 13

Lebensstil

Der Weg eines Tüftlers vom Modellbauer zum „Duschwannen-Doc“ Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303909 06
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Insekten als Nahrungsmittel Nach dem Willen der EU dürfen Lebensmittel Insektenbestandteile enthalten, um die Menge der von der globalen landwirtschaftlichen Lieferkette erzeugten „Treibhausgase“ zu reduzieren

Ein probates Mittel gegen den Hunger?

Viel Cholesterin, Parasiten und Allergene – Die „neuartigen Lebensmittel“ bergen Risiken

VON WOLFGANG KAUFMANN

Schon seit längerem versuchen der Internationale Währungsfonds (IWF) und diverse reiche „Philanthropen“ sowie auch Lobbyorganisationen wie das Weltwirtschaftsforum (WEF) und die Internationale Plattform für Insekten als Lebensmittel (IPIFF) der Menschheit zu vermitteln, dass es ein probates Mittel gebe, um den Hunger auf der Welt zu besiegen und das Klima zu retten: Das sei der Verzehr von Insekten.

Und diese Botschaft wurde von der EU auch bereits erhört. Davon zeugt die Einstufung der Krabbeltiere als „neuartige Lebensmittel“ und die Zulassung von mittlerweile vier Arten von „Speiseinsekten“ – kurioserweise übrigens sogar als Beimischung für vegane Fleischersatzprodukte. Der Reigen begann am 1. Juni 2021 mit der Durchführungsverordnung 2021/882 der EU-Kommission „zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Larven von *Tenebrio molitor* (Larven des Mehlkäfers, auch Mehlwürmer genannt)“ zum Zwecke der menschlichen Ernährung. Dem folgte am 12. November 2021 die Durchführungsverordnung 2021/1975, welche auch die Verwendung „gefrorener, getrockneter und pulverförmiger (gemahlener)“ Exemplare der Art *Locusta migratoria* (Wanderheuschrecke) erlaubte. Als nächstes kamen dann die EU-Durchführungsverordnungen 2022/188 und 2023/5 vom 10. Februar 2022 beziehungsweise 3. Januar 2023. Mit der ersten Verordnung wurde nun „das Inverkehrbringen von *Acheta domestica* (Hausgrille, Heimchen), gefroren, getrocknet und pulverförmig, als neuartiges Lebensmittel in der Union“ legalisiert, wohingegen es in der zweiten Verordnung zusätzlich um die Zulassung von „teilweise entfettetem Pulver aus *Acheta domestica*“ ging. Und mit der Durchführungsverordnung 2023/58 vom 5. Januar dieses Jahres dürfen jetzt ebenso die „Larven von *Alphitobius diaperinus* (Getreideschimmelkäfer) in gefrorener, pastenartiger, getrockneter und pulverisierter Form“ Nahrungsmitteln beigefügt werden.

Das klingt wenig appetitlich, birgt vor allem aber auch erhebliche gesundheitliche Risiken. So enthalten die „essbaren“ Grillen fast dreimal soviel Cholesterin

und mehr als zehnmals so viel Fett wie Rindfleisch, weswegen sie die Fehlernährung fördern. Außerdem wären da noch die Schadstoffe: Bei der industriellen Zucht der Insekten kommen verschiedene Mittel gegen Parasiten zum Einsatz, die für eine erhöhte Blausäure-Belastung des „Lebensmittels“ sorgen. Zum Dritten steht das Chitin aus dem Außenskelett von Grillen und Heuschrecken im Verdacht, Demenz, Asthma und Autoimmunerkrankungen zu verursachen. Darüber hinaus übertragen Insekten oftmals Bakterien, Viren und Pilze.

EFSA sieht Gefahren

Aber damit nicht genug. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) stellte 2021 „auf der Grundlage einiger weniger veröffentlichter Erkenntnisse zu Lebensmittelallergien im Zusammenhang mit Insekten im Allgemeinen“ fest, dass der Verzehr der Tiere „mit einer Reihe anaphylaktischer Ereignisse in Verbindung“ gebracht werden könne. So tra-

ten solche grundsätzlich lebensbedrohlichen allergischen Reaktionen beim Menschen teilweise schon nach dem Verzehr von 0,2 Gramm Mehlwurmprotein auf. Daher empfahl die EFSA, „die Allergenität ... weiter zu erforschen“. Mit anderen Worten: Die EU-Kommission erteilte die Genehmigung, Lebensmitteln Insektenmaterial beizufügen, obwohl eine EU-Behörde die Befürchtung äußerte, hieraus könnten Gefahren für die Verbraucher erwachsen.

Angesichts dieses Umstandes sollte man meinen, dass die Konsumenten in der Europäischen Union nun zumindest durch klare Hinweise auf den Produkten vor untergemischtem Grillenpulver oder ähnlichem gewarnt werden. Doch dem ist nicht so. Vielmehr heißt es in der Durchführungsverordnung 2022/188, und die anderen diesbezüglichen Bestimmungen zur Freigabe von Insektennahrung enthalten fast identische Passagen: „Bis zur Bewertung der durch die Forschung gewonnenen Daten durch die Behörde und da-

bisher Nachweise, die den Verzehr von *Acheta domestica* direkt mit Fällen von primärer Sensibilisierung und Allergien in Verbindung bringen, keine eindeutigen Schlüsse zulassen, ist die Kommission der Auffassung, dass keine spezifischen Kennzeichnungsvorschriften ... in die Unionsliste zugelassener neuartiger Lebensmittel aufgenommen werden sollten.“

Hinweis für Allergiker möglich

Somit bleibt dem EU-Bürger nur ein Mittel, um potentiell gefährliche insektenhaltige Produkte sicher zu identifizieren. Weil die EFSA vermutet, dass der Verzehr von Insekten vor allem bei den Personen „allergische Reaktionen ... auslösen kann, die gegen Krebstiere, Weichtiere und Hausstaubmilben allergisch sind“, müssen die Verpackungen zumindest solch einen Hinweis tragen. Wer nicht durch Mehlwürmer, Heuschrecken, Grillen und Larven des Getreideschimmelkäfers Schaden nehmen möchte, sollte also auf diesen achten.



Für die EU gelten Insekten als neue Lebensmittel, auch wenn deren Verträglichkeit für den menschlichen Organismus noch nicht ausreichend untersucht wurde: Gegrillte Mehlwürmer sollen künftig unseren Speiseplan ergänzen Foto: Imago/Future Image

VERWENDUNGSMÖGLICHKEITEN

Wanderheuschrecken in Wurst, Schokolade und Nudeln

Mit der EU-Zulassung könnten Insektenbestandteile bald in allen möglichen Fertigprodukten vorkommen

Verbraucher, die insektenhaltige Lebensmittel komplett ablehnen, werden es in Zukunft schwer haben. Denn die Beimischungen können sich fast überall finden. Zerkleinerte Mehlwürmer etwa in Proteinriegeln, Keksen, Gerichten mit Hülsenfrüchten und Erzeugnissen aus Teigwaren.

Wanderheuschrecken sind ebenfalls als Zugabe zu Teigwaren und Hülsenfrüchten zugelassen. Darüber hinaus ist der Einsatz bei der Herstellung folgender Produkte erlaubt: Analog- beziehungsweise Formfleisch, Wurstwaren, Suppen und Suppenkonzentrate, Gemüsekonserven, Salate jeglicher Art, „bierähnliche“ Getränke, Schokoladenerzeugnisse, Nahrungsmittel mit Nüssen, Ölsamen und verarbeiteten

Kartoffeln sowie fermentierte Erzeugnisse auf Milchbasis.

Noch breiter fällt das Einsatzspektrum von getrockneten, gefrorenen oder pulverisierten Hausgrillen aus: Zum einen sind diese überall dort legale Beimischungen, wo auch der Einsatz von Mehlwürmern und Heuschrecken freigegeben wurde. Zum anderen muss nun gleichermaßen damit gerechnet werden, dass *Acheta domestica*-Bestandteile in diesen Lebensmitteln stecken: Sonstiges Kunstfleisch, Mehrkornbrot oder -brötchen, Cracker, Brotstangen und diverse weitere Backwaren, Getreideriegel, Vormischungen für Backwaren und alkoholische Getränke, Fertigsoßen aller Art, Pizza, Molkepulver,

Snacks auf Maismehl-Basis und Fleischzubereitungen.

Und als ob dies nicht genügt, dürfen die Hersteller neuerdings noch zerkleinerte oder zerquetschte Larven des Getreideschimmelkäfers in unser Essen mischen. Neben den bereits genannten Produkten können hiervon zusätzlich auch Frühstück-Cerealien, Haferflocken beziehungsweise -mehl, gefüllte Teigwaren, Erdnussbutter, „verzehrferne herzhafte Sandwiches“ sowie Nahrungsergänzungsmittel für Erwachsene mit Vitaminen und Mineralstoffen betroffen sein.

Angesichts all dessen gibt es drei Handlungsoptionen für den Insekten in seinem Essen ablehnenden Verbraucher. Erstens:

Verbrauchern, die Insekten im Essen ablehnen, bleiben nur drei Möglichkeiten: Aufschriften auf Verpackungen lesen, Verzicht und Selbermachen oder Resignation

Das gründliche Studium der Aufschriften auf den Verpackungen, um die spärlichen Hinweise auf potentiell schädliche „Speiseinsekten“ zu finden (siehe oben) und nur insektenfreie Lebensmittel zu erwerben. Zweitens: Der komplette Boykott aller möglicherweise betroffenen Produkte und das Ausweichen auf andere oder Selbstgemachtes. Drittens: Der resignierte Kauf der „neuartigen Lebensmittel“ und die Hoffnung, auf diese Weise das Klima zu schützen und den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Damit Letzteres zukünftig möglichst oft vorkommt, laufen mittlerweile diverse Pilotprojekte zur entsprechenden Indoktrinierung von Schulkindern in Europa. W.K.

PROFITEURE

Nutznieser werden die Großen sein

Unmittelbare Nutznießer der Verwendung von Insekten zum Zwecke der menschlichen Ernährung innerhalb der Europäischen Union sind die vier Unternehmen SAS EAP Group mit Sitz im französischen Saint-Orens-de-Gameville, Fair Insects B.V. im holländischen Dongen, die Cricket One Co. Ltd in Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) in Vietnam sowie die Ynsect NL B.V., deren Zen-trale in Ermelo in der niederländischen Provinz Gelderland liegt. Diese Firmen dürfen nun fünf Jahre lang exklusiv die „neuartigen Lebensmittel“ in Umlauf bringen.

Dabei steht zu vermuten, dass sie allesamt nur als Türöffner für größere multinationale Unternehmen wie beispielsweise Protix dienen, das seit Oktober 2017 hinter Fair Insects steht. Darüber hinaus bieten sie Investoren, die über reichlich Risikokapital verfügen, vielfältige und vermeintlich attraktive Anlagemöglichkeiten. So finanzieren die in Singapur ansässigen Beteiligungsgesellschaften Corecam Capital Partners und Masik Enterprises die vietnamesischen Insektenfarmen von Cricket One mit hohen Summen, um – so heißt es offiziell – eine „nachhaltige Lösung für die wachsende globale Proteinnachfrage“ zu finden.

Allerdings werden solche Investoren sicherlich bald Branchenriesen wie BlackRock weichen müssen. Denn diese sind die Drahtzieher hinter der Initiative FAIRR (Farm Animal Investment Risk and Return, zu deutsch: Risiko und Rendite von Investitionen in Nutztieren), zu der sich große Banken, Investmentfonds und diverse Multimilliardäre mit einem Gesamtvermögen von über zwölf Billionen US-Dollar zusammengefunden haben. Deren Ziel besteht darin, die angeblichen Gefahren der konventionellen Tierhaltung aufzuzeigen und diese durch die Produktion von „alternativen Proteinen“ wie eben in Insektenfarmen einzudämmen. Das Ganze natürlich nur zu dem edlen Zweck, „die Menge der von der globalen landwirtschaftlichen Lieferkette emittierten Treibhausgase ... zu reduzieren.“ W.K.

Die Lage der Ukraine ist ernst

Die jüngst verkündeten westlichen Panzerlieferungen sind kein „Gamechanger“ im Ukrainekrieg. Immer mehr zeichnet sich ab, dass das angegriffene Land diesen Kampf nicht gewinnen kann. Weshalb es Zeit ist, über politische Lösungen nachzudenken

VON RICHARD DREXL

Fast ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs sollen die ukrainischen Streitkräfte weitere materielle Verstärkung erhalten. Ein wochen- und monatelanges Gezerre beendete Kanzler Scholz unlängst mit der Entscheidung, zunächst 14, später weitere Leopard-2-Kampfpanzer aus Bundeswehrbeständen zu liefern. Damit nicht genug haben die Niederlande, Polen, Kanada, Norwegen, Portugal, Spanien und Finnland im Gefolge der deutschen Entscheidung etwa 100 Leoparden unverbindlich zugesagt. Die Briten hatten bereits vorher 14 Challenger-Panzer angekündigt. Die USA wollen – wann auch immer – mit 31 schweren M1-Abrams-Kampfpanzern nachziehen. Nicht zu vergessen sind die 90 Stryker-Radpanzer der US-Armee sowie einige französische Aufklärungspanzer AMX-10. Die Bundesregierung akzeptiert nun zudem die Lieferung von bei der Industrie vor sich hin rottenden Leopard-1-Kampfpanzern.

Zusammen mit den früher angekündigten deutschen Marder- und Bradley-Schützenpanzern der USA kann die Ukraine im Laufe des Frühjahrs mit zwei mit westlichen Systemen ausgerüsteten Panzerbataillonen rechnen. Falls das ukrainische Heer die geschliffene Typenvielfalt halbwegs in den Griff bekommt, sollten damit einige Lücken bei deren Kampftruppen gestopft werden können. Die von Präsident Selenskyj angestrebten Angriffsoperationen zur Befreiung der besetzten Gebiete werden mit den in Rede stehenden Verstärkungen aber weiterhin nicht möglich sein. Zwei zusätzliche Heeresverbände bei 1000 Kilometern Frontlinie sind lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein!

Wunschzettelpolitik

Unnötig zu erwähnen, dass die militärischen Möglichkeiten der Ukraine direkt auch vom militärischen Potential abhängen, das Russland auf dem Gefechtsfeld anbietet. Die russischen Truppen nutzen seit dem Rückzug aus der Stadt Cherson die Zeit, sich einzugraben, Minenfelder anzulegen, Stellungen auszubauen sowie insbesondere in den Donbass neues Kriegsgerät und Reservekräfte heranzuführen. Bis die beiden ukrainischen Bataillone mit dem Sammelsurium westlicher Fahrzeuge halbwegs einsatzreif sind, wird es dauern. Wenn mit deren Hilfe russische Durchbrüche verhindert werden können, wäre das schon was. Kampfpanzer eignen sich schließlich auch für Verteidigungsaufgaben.

Die Ankündigung der Panzerlieferungen war noch nicht verklungen, da wurden aus der Ukraine noch sehr viel weitergehende Wunschzettel Richtung NATO nach Kampfflugzeugen und weitreichenden Raketen verschickt. Der in vieler Augen höchst undiplomatische Andrij Melnyk, inzwischen stellvertretender Außenminister der Ukraine, verstieg sich gar zu der Forderung nach Marine-Systemen, um die russische Flotte aus dem Schwarzen Meer zu vertreiben. Die deutsche Fregatte Lübeck hatte es ihm angetan (wird außer Dienst gestellt), wie auch deutsche Angriffs-U-Boote der Klasse 212 A.

Systeme dieser Art wären jedoch schlichter Unfug, ein strategischer oder wenigstens taktischer Sinn ist in einer Mini-Marine im russisch dominierten Schwarzen Meer nicht erkennbar. Der russische Raketenkreuzer „Moskwa“ konnte auch mit landgestützten Raketen versenkt werden. Schlagkräftige Seestreitkräfte mit U-Booten und Fregatten sind nicht so nebenbei – nach ein paar Wochen Ausbildung – aufzubauen. Unabhängig von der Person Melnyk sind diese Forderungen deutliche Hinweise auf den Versuch, in Anbetracht großer militärischer Not NATO-Staaten zu direkten Kriegsbeteiligten machen zu wollen. Dahin dürfte vorläufig kein Weg



Hoher Blutzoll: Die Verluste der ukrainischen Armee werden inzwischen auf über 100.000 Mann geschätzt

gehen, die politisch Verantwortlichen sind sich zumindest darin einig.

Unabhängig davon schlägt sich die ukrainische Armee nach allen zur Verfügung stehenden Informationen beachtlich gegen einen zahlenmäßig weit überlegenen Gegner. Sie profitiert von Aufklärungsinformationen der Amerikaner, wie ihr auch die eingetübte Auftragstaktik eine flexible Kampfführung ermöglicht. Der russischen Armee hingegen ist der Ausweg aus ihrem zentralistischen Führungssystem versperrt, unmotivierte und in den Krieg gezwungene Soldaten harren der Befehle und warten auf den nächsten Auftrag.

Ein Blick auf das militärische Handwerk

Im Gegensatz dazu mangelt es den ukrainischen Kämpfern nicht an Motivation, allerdings ist Kriegsdienstverweigerung auch in deren Reihen nicht unbekannt. Dass die ukrainischen Soldaten und Wartungsmannschaften an neuen Waffen zunächst ausgebildet werden müssen, liegt auf der Hand. Wo bei kriegserfahrene Panzersoldaten sich tendenziell eher leicht tun sollten, so prinzipiell unterschiedlich in der Anwendung sind die Waffensysteme nicht. Immerhin müssen die Panzer ins Führungssystem mit entsprechenden Kommunikationsmitteln eingebunden werden, die Zielsysteme und Aufklärungsmittel mit Nachtsichtgeräten und Infrarotsensoren müssen beherrscht werden, die Möglichkeiten und Grenzen der Waffen- und Wirkmittel müssen bekannt sein und geübt werden. Mit unkundigen Besatzungen können Waffen auch zur Gefahr für die eigenen Truppen werden.

Anspruchsvoller dürfte sich allerdings der Aufbau von Instandsetzungseinheiten und Versorgungsketten mit Ersatzteilen und

ausreichend Munition darstellen; wenn Logistik und Instandsetzung nicht funktionieren, endet bald der Nachschub und damit der Einsatz. Dies gilt selbstverständlich für alle vom Westen bezogenen Systeme, ob für Heer oder Luftwaffe oder was auch immer sonst. Nicht zuletzt ist auch die koordinierte Führung unterschiedlich ausgestatteter Verbände eine Herausforderung.

Was inzwischen allein aus Deutschland der Ukraine alles zur Verfügung gestellt wurde, ist kaum überschaubar. Ein Blick auf die frei zugänglichen Netzseiten der Bundesregierung ist sehr zu empfehlen. Man wird sehen, ob die Vielzahl unterschiedlicher Gerätschaften die ukrainischen Truppen nicht überfordert. Wie dies in Kriegszeiten mit Aussicht auf Erfolg organisiert werden soll, bleibt das Geheimnis der daran Beteiligten.

Im Übrigen wird der Übergang auf westliche Waffen bei Fortdauer des Krieges zu der Notwendigkeit führen, immer weitere Leos, Marder und M1 Abrams etcetera nachzuliefern zu müssen. Neben den Leoparden auf europäischer Seite ist der US-Kampfpanzer der einzige Typ, der in Tausender-Stückzahlen (in US-Depots) verfügbar ist. Wunderwaffen sind jedoch auch westliche Kampfpanzer nicht. Selbst der IS konnte in Syrien türkische Leopard 2 mit Hilfe moderner Kampfmittel abschießen. Diese wurden offensichtlich nicht im Verbund mit Schützenpanzern, einer funktionierenden Aufklärung und anderen Komponenten eingesetzt. Jedenfalls sind selbst Panzer im Krieg Verbrauchsmaterial, für Nachschub muss gesorgt werden.

Die Frage nach der Strategie

Unabhängig von den beträchtlichen Verlusten der Gegenseite stellt sich für die Ukraine die Frage, wie lange der Kampf fortgeführt

werden kann. US-Quellen zufolge sind bereits über 100.000 ukrainische Soldaten gefallen oder verwundet worden. Auch muss die zunehmende Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur unweigerlich Auswirkungen auf die Kriegsführungsfähigkeit haben. Selenskyj kommt gar nicht umhin, beständig weitere Finanz- und Waffenhilfe einzuwerben. Anders könnte er seinen Kurs in der militärischen Auseinandersetzung mit einem übermächtigen Gegner nicht lange fortführen.

Für die beteiligten NATO-Staaten wurde es zur ständigen Herausforderung, eine halbwegs einheitliche Strategie zu verfolgen. Die Bruchlinien gehen selbst quer durch das Bundeskabinett: Dem Kanzler zufolge darf Russland nicht gewinnen, starke Kräfte in der FDP und bei den ehemals pazifistischen Grünen vertreten hingegen die Auffassung, dass Russland eine militärische Niederlage erleiden muss. Die Kernfrage ist und bleibt, bis zu welchem Punkt das ukrainische Ziel unterstützt werden soll, die Armee der größten Atommacht auf diesem Globus zu schlagen und die besetzten Gebiete einschließlich der Krim zurückzuerobern. Die Zeichen an der Wand stehen nicht danach. Wenn der Westen dahinter stünde, hätte die Ukraine längst ein Mehrfaches der bisherigen Waffenhilfe erhalten.

Unstreitig ist, dass Putin mit seinem Angriff vom 24. Februar 2022 die europäische Friedensordnung zerbröckelt hat. Die brutalen russischen Angriffe unter eklatanter Missachtung des Kriegsvölkerrechts bedürfen der Reaktion. Unstreitig ist allerdings auch, dass in Europa die Abschreckung seit Jahren sträflich vernachlässigt wurde und Möglichkeiten zur Deeskalation und zum friedlichen Ausgleich offenkundiger Interessenunterschiede unterblieben sind. Die Europäer müssen sich vorhalten lassen, erneut nicht in der Lage gewesen zu sein, eine eigenständige Politik zu verfolgen. Dabei liegt der Scherbenhaufen mit zerstörten Landstrichen und Millionen Flüchtlingen unmittelbar vor der Haustür der Europäischen Union.

Das Ende bedenken

Putins Kalkül geht dahin, dass die westlichen Bevölkerungen die mit dem Krieg einhergehenden Belastungen nicht längerfristig werden tragen wollen. Den beteiligten Regierungen wird es früher oder später an der Kraft fehlen, für immer neuen Geld- und Waffen-nachschub zu sorgen. Eine direkte Kriegs-beteiligung von NATO-Staaten soll weiterhin verhindert werden. Die ukrainische Armee wird zu raumgreifenden Offensivoperationen mit der in Rede stehenden westlichen Waffenhilfe nicht fähig werden, das ist kaum verhohlene Absicht der Alliierten. Der Ukraine sollte konsequenterweise nicht länger vorge-macht werden, dass die Unterstützung soweit geht, die besetzten Gebiete zurückzuholen.

Der Frage „Wie weit wollen wir gehen?“ ist nicht mehr auszuweichen. Ein jahrelanger Ab-nützungskrieg zum Schaden des Kontinents und insbesondere der Ukraine darf keine Lösung sein. Mit einem vorläufigen Patt wird man leben müssen. Es ist höchste Zeit für ernsthafte Gespräche zunächst in Richtung eines Waffenstillstands. Die Schlüssel dafür liegen in Anbetracht der Schwäche der EU in Moskau und Washington. Mal sehen, wohin uns die unausgegorene und von außen aufgezwungene Strategie noch führen wird.

● **Richard Drexel** ist Oberst a.D. der Luftwaffe, Kommunalpolitiker (Freie Wähler) und Autor. Seit 2014 ist er Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. Zuletzt erschien die komplett überarbeitete Neuauflage seines gemeinsam mit Josef Kraus verfassten Buches „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise“ (FinanzBuch Verlag 2021).

www.m-vg.de

Die ukrainische Armee wird zu raumgreifenden Offensivoperationen mit der in Rede stehenden westlichen Waffenhilfe nicht fähig werden, das ist kaum verhohlene Absicht der Alliierten

● MELDUNGEN

Russische Hackerangriffe

Berlin – Russische Cyberkriminelle haben auf den Beschluss der Bundesregierung zur Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern an die Ukraine mit Attacken auf deutsche Internetseiten reagiert. Angegriffen wurden unter anderem die Online-Auftritte der Bundesverwaltung und des Flughafens Hamburg. Sie wurden Opfer sogenannter DDoS-Angriffe, bei denen das massenhafte Aufrufen von Seiten zum Absturz der Server führt. Nennenswerte Schäden haben die Angriffe laut dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nicht verursacht. Zur Täterschaft bekannte sich die vermutlich im März vergangenen Jahres gegründete russische Hackergruppe „Killnet“, die schon mehr als ein Dutzend Mal gegen Unterstützer der Ukraine vorgegangen ist. Über den Textnachrichtendienst Telegram schrieb sie nun, „wir werden ihnen das Leben schwer machen“ und „mit allen verfügbaren Mitteln kämpfen“. W.K.

Korruption in Deutschland

Berlin – Die Nichtregierungsorganisation Transparency International (TI) hat ihren Korruptionswahrscheinlichkeitsindex für das Jahr 2022 vorgelegt. Zwar konnte sich Deutschland in der Rangliste um einen Platz auf den 9. Rang verbessern. Allerdings wurden Politik und öffentliche Verwaltung nicht zuletzt wegen der dubiosen Maskendeals diverser Unionsabgeordneter schlechter bewertet als bisher. Vor diesem Hintergrund mahnt TI eine alsbaldige Verschärfung der Gesetze zur Ahndung der Bestechung von Parlamentariern an. Darüber hinaus fordert TI die Einsetzung eines externen Lobbybeauftragten für den Bundestag. Führend in puncto Korruptionsbekämpfung war wie schon im Vorjahr Dänemark, nunmehr gefolgt von Finnland, Neuseeland und Norwegen. Die Schlusslichter bilden Somalia, Syrien und der Südsudan. Ebenfalls im unteren Drittel befindet sich die Ukraine. W.K.

Strafanzeige gegen Baerbock

Berlin/ Karlsruhe – Der frühere FDP- und jetzige Politiker der Freien Wähler Berlin, Marcel Luthe, hat beim Generalbundesanwalt Strafanzeige wegen des Verdachts von Straftaten nach Paragraph 13 des Völkerstrafgesetzbuchs (Verbrechen der Aggression) gegen Bundesaußenministerin Annalena Baerbock gestellt. Grund ist deren Erklärung: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.“ In Luthes Schreiben heißt es: „Entgegen der Äußerung von Frau Baerbock befindet sich die Bundesrepublik nicht im Krieg mit Russland. In der Ermangelung eines russischen Angriffs auf Deutschland oder einen Bündnispartner kann ein solcher Kriegszustand denkbare nur durch einen deutschen Angriffskrieg entstehen bzw. entstanden sein. Hierbei wird zu bewerten sein, ob die Lieferung von Angriffswaffensystemen an eine Kriegspartei eine Beteiligung an einem Krieg darstellen kann – da der Verteidigungsfall nicht besteht – ein Angriffskrieg sein kann.“ H.M.



„Es fehlt an Fachkräften“: Ukrainische Kinder in einer Berliner Willkommensklasse

Foto: pa

BILDUNG

Schulen funkeln SOS

Immigranten und Flüchtlinge sind vom Bildungssystem kaum zu bewältigen

VON HERMANN MÜLLER

Wie Anfragen an die Kultusministerien der deutschen Länder zutage förderten, waren mit Stand zum 25. Januar bundesweit genau 12.341 Stellen für Lehrer nicht besetzt. Der massive Bedarf an Lehrpersonal ist nicht neu. Derzeit trifft der Mangel an Lehrern das deutsche Schulsystem allerdings in einer besonders schwierigen Situation.

Durch den Zuzug von Kriegsflüchtlingen gehen hierzulande mittlerweile mehr als 200.000 ukrainische Kinder zur Schule. Für die ohnehin durch Bildungsreformen, Corona-Maßnahmen und Lehrermangel gebeutelten Bildungssysteme der Länder stellt die massive Erhöhung der Schülerzahlen möglicherweise eine entscheidende Belastung zu viel da.

Maika Finnen, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), warnte bereits im Januar gegenüber dem „Tagesspiegel“: „Das Bildungssystem steht vor dem Kollaps.“ Nach An-

„Wenn man Bildung so schleifen lässt, ... dann werden die Konflikte zunehmen.“

Heinz-Peter Meidinger
Präsident des Deutschen
Lehrerverbandes

gaben der GEW-Chefin ist die Situation der Lehrkräfte an deutschen Schulen mittlerweile dramatisch.

Auch Alexander Handschuh vom Deutschen Städte- und Gemeindebund wies auf den Mangel an Lehrpersonal hin: „Die ukrainischen Kinder haben einen sehr hohen Betreuungsbedarf, es fehlt an Fachkräften“, so der Pressesprecher des Städte- und Gemeindebundes. Besonders schwierig ist die Lage in Nordrhein-West-

falen, Bayern und Baden-Württemberg. Allein NRW hat mittlerweile fast 38.000 Kinder aus der Ukraine in die „schulische Erstförderung“ aufgenommen. Zur Beschulung der Tausenden von Flüchtlingskindern hat das Land im aktuellen Schuljahr 1051 zusätzliche Lehrerstellen bereitgestellt. Weitere 1000 Stellen hat der Landtag per Nachtragshaushalt bereits bewilligt.

Zunächst in Willkommensklassen

In Baden-Württemberg werden unterdessen bereits rund 28.000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine beschult. Auch an Bayerns Schulen lernen mittlerweile mehr als 25.000 Kinder aus dem schwer umkämpften Staat. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler nahmen bislang Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen die meisten Kinder aus der Ukraine auf. In allen Bundesländern steht bei den ukrainischen Schülern vor allem das Erlernen der deutschen Sprache im Fokus. In Bayern ist es beispielsweise das Ziel, die ukrainischen Kinder spätestens

nach zwei Jahren in das normale Unterrichtssystem integrieren zu können. Vierorts sind zum Deutschlernen sogenannte Willkommensklassen oder Brückenklassen eingerichtet worden. Der Zustrom von 200.000 neuen Schülern innerhalb eines Jahres trifft das deutsche Bildungssystem, das eigentlich keine weiteren Belastungen verkraften kann, trotz aller Bemühungen hart.

Bei einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa gaben schon im vergangenen Herbst etwa ein Viertel der befragten Schulleiter an, die Aufnahmekapazitäten ihrer Schulen seien erschöpft. Weitere 27 Prozent der Schulleiter sahen die Kapazitätsgrenze sogar bereits überschritten. Insgesamt schätzte damit mehr als die Hälfte der befragten Schulleiter die Lage so ein, dass sie keine weiteren zugewanderten Schüler mehr aufnehmen können.

Forderung nach Quoten

Im Januar wagte es der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, ein besonderes Tabuthema anzusprechen. Er wies darauf hin, dass ab einem Anteil von 35 Prozent Kindern mit Immigrationshintergrund in einer Klasse „die Leistungen überproportional“ abnehmen: „Wenn man Bildung so schleifen lässt und hier nicht massiv gegengesteuert wird, dann werden die Konflikte zunehmen.“ Meidinger forderte sogar die Einführung von Immigrantquoten an Schulen und in Klassen.

Eine Entspannung der Lage im deutschen Bildungssystem ist derzeit nicht absehbar. Die aktuelle Situation in der Ukraine spricht stattdessen ganz klar dafür, dass die Zahlen von Kriegsflüchtlingen, die nach Deutschland kommen, auch weiterhin hoch bleiben werden. Zudem wird sich aber auch der Mangel an Lehrpersonal nicht kurzfristig lösen lassen.

Eine kürzlich vorgelegte Studie der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK), dem Beratergremium der Kultusministerkonferenz (KMK), sagte noch für 20 Jahre einen Lehrermangel in Deutschland voraus. Zur Abhilfe schlägt das Beratergremium vor, dass Lehrkräfte zeitweise mehr arbeiten sollten. Zu diesem Zweck sollten auch die Möglichkeiten für Teilzeitarbeit eingeschränkt und überdies größere Klassen gebildet werden.

Scharfe Kritik an den Empfehlungen kommt von der GEW. Der niedersächsische Landesvorsitzende der Lehrergewerkschaft, Stefan Störmer, nannte die Empfehlungen der Kommission „weltfremd und schädlich für das gesamte System Schule“. Franz-Josef Meyer vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) sprach sogar von einem „Offenbarungseid der Bildungspolitik“.

TWITTER-ENTHÜLLUNGEN

Wie konservative Konten diffamiert wurden

Die Diffamierung als „russische Desinformation“ wurde maßgeblich mit deutschen Steuermitteln finanziert

In der mittlerweile 16. Tranche der Enthüllungen über das frühere Treiben beim Kurznachrichtendienst Twitter schildert der US-Journalist Matthew Taibbi, wie konservative Inhaber von Twitter-Konten gezielt als Verbreiter „russischer Desinformationen“ diffamiert wurden. Die Initiative hierzu ging von der Alliance for Securing Democracy (ASD) aus, die ein Ableger der angeblich unabhängigen Stiftung German Marshall Fund of the United States ist. Diese widmet sich der Förderung der transatlantischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und erhielt von den Regierungen Brandt, Kohl und Schröder insgesamt 265 Millionen D-Mark an Stiftungskapital, während die aktuellen Zuschüsse zwei Millionen Euro pro Jahr betragen.

Das Hauptziel der ASD, in deren Aufsichtsrat mehrere Personen aus dem engen Umfeld von Hillary Clinton und Barack Obama sitzen, bestand darin, im Vorfeld der US-Präsidentenwahlen 2020 sowie auch der deutschen Bundestagswahlen von 2021 vor einer russischen Infiltration sozialer Medien wie Twitter zu warnen. Dazu unterhielt sie zwei Systeme für die Zusammenfassung, Darstellung und Weitergabe entsprechender Daten: das „2021 German Elections Dashboard“ und das ungleich bedeutendere „Dashboard Hamilton 68“. Letzteres fütterte die Medien diesseits und jenseits des Atlantiks mit immer neuen Meldungen über das Treiben angeblicher Handlanger des Kreml auf Twitter und anderswo. Die Identifizierung der verdächtigen Konten

erfolgte nicht durch Menschen, sondern mittels Algorithmen, die gezielt nach konservativen oder als rechts klassifizierten Inhalten suchten. Im Ergebnis dessen entstand schließlich eine Liste von 648 Twitter-Nutzern, denen „russische Einflüsse“ im Netz „vorgeworfen“ wurde.

Dies war sogar für das damalige links eingestellte Twitter-Management zu starker Tobak, wie Taibbi durch Auszüge aus der internen Kommunikation des Unternehmens belegt. So heißt es dort, die Auswahl der Konten sei „bizarr und anscheinend willkürlich“, denn sie gehörten in der Regel „ganz normalen Nutzern“, die „keinerlei Verbindung zu Russland“ hätten. Und der Twitter-Sicherheitschef Yoel Roth polterte gar, das Dashboard Hamilton 68 verbreite schlicht und einfach

„Bullshit“ (Mist). Dem folgte die Aufforderung von Twitter an die ASD, die Liste publik zu machen, damit alle Betroffenen erfahren, was man ihnen vorwerfe.

In dieser Situation intervenierte jedoch die Twitter-Mitarbeiterin Emily Horne: „Wir müssen aufpassen, wie sehr wir uns öffentlich gegen ASD positionieren.“ Tatsächlich steckte Twitter kurz danach kleinlaut zurück, sodass die Alliance for Securing Democracy des maßgeblich von der Bundesregierung mitfinanzierten German Marshall Fund die politische Meinungsbildung in den USA und Europa ungehindert weiter manipulieren konnte. Horne wurde später unter US-Präsident Joe Biden Sprecherin und Senior-Direktorin für Pressearbeit des Nationalen Sicherheitsrates der USA. Wolfgang Kaufmann

GEDENKEN AN DEUTSCHE VEREINIGUNG

Wettlauf um das „Zukunftszentrum“

Bund investiert Millionen in Forschungseinrichtung – Frankfurt an der Oder will Standort werden

VON FRIEDRICH NOLOPP

In wenigen Tagen wird die Bundesregierung bekannt geben, welche Stadt den Zuschlag im Wettbewerb um das „Zukunftszentrum für deutsche Einheit und europäische Transformation“ erhalten wird. Am 14. Februar soll die Entscheidung fallen. Im Rennen sind aktuell sechs Standorte: Jena, Eisenach, Halle, Frankfurt an der Oder sowie Leipzig und Plauen. Wobei die beiden letztgenannten eine gemeinsame Bewerbung abgegeben haben. 1989 waren diese beiden Städte Vorreiter in der Zeit der Friedlichen Revolution.

Die Idee zu dem Zentrum entstand im Zuge der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit 2019/2020. Damals entwickelte man das Konzept für ein solches Zentrum, das die Erinnerung an die deutsche Einheit dokumentiert, die soziale und wirtschaftliche Transformation in Europa weiter erforscht und alles publikumsgerecht öffentlich präsentiert und vermittelt. Die Planer gehen davon aus, dass das Zentrum künftig mehr als eine Millionen Besucher jährlich anlocken wird.

Wer sich einmal durch das viele Seiten starke Konzept der Bundesregierung durchgekämpft und insbesondere die Zahlen zum Investitionsprogramm studiert hat, wird rasch verstehen, warum so viele Kommunen gerne das Zentrum haben wollen. Der Bund übernimmt die komplette Finanzierung der Errichtung des Gebäudes inklusive der Ausstattung in Höhe von 200 bis 220 Millionen Euro. Der Bund kauft auch das entsprechende Grundstück.

Wie ein echter Lottogewinn

In dem Zentrum sollen künftig mindestens 180 Mitarbeiter mit Vollzeitstellen im Bundesangestelltentarif tätig sein, davon rund 60 gut bezahlte Forscher. Und das Sahnehäubchen für jene Kommune, die den Zuschlag erhält, ist: Auch bei den künftigen Betriebs- und Personalkosten muss sie nichts dazuzahlen. Die veranschlagten Betriebs- und Personalkosten von etwa 43 Millionen Euro pro Jahr übernimmt ebenfalls komplett die Bundesregierung. Für die Stadt fallen also keinerlei laufende Kosten an. Im Vergleich dazu, dass selbst mittelgroße Lan-



So könnte es aussehen: Vorschlag für den Standort Frankfurt an der Oder des Zukunftszentrums

Foto: Nolopp

desuniversitäten und Akademien einen jährlichen Etat von rund 25 Millionen Euro haben, wird verständlich, warum es für viele Städte ein echter Lottogewinn wäre, wenn sie den Zuschlag und somit jährlich 43 Millionen Euro für das begehrte Zentrum erhielte.

Ein besonderer, weil geradezu skurriler Bewerber ist dabei Frankfurt an der Oder. Jene märkische Grenzstadt, in der es bis heute keine Konrad-Adenauer-Allee und keinen Helmut-Kohl-Platz gibt, in der sich die Stadtleitung extrem schwer damit tut, eine Feier zum 3. Oktober auszurichten, in der man keine Kraft hat, um am 9. November an den Mauerfall zu erinnern, in der man aber jedes Jahr am 9. November beim Gedenken an die „Reichskristallnacht“ oft auch alte und neue Linksextremisten als Redner auftreten lässt, die dann vor dem Faschismus warnen und nicht selten damit eigentlich das bürgerliche Lager meinen – diese Kommu-

ne will das Einheitszentrum haben. Oder man denke an die Gestaltung des 30. Jahrestag der deutschen Einheit im Herbst 2020 in der Kleist-Stadt an der Oder. Nicht Schriften der beiden CDU-Politiker Alfred Dregger oder Helmut Kohl, die sich beide jahrzehntelang für die deutsche Vereinigung und eine entsprechende geistige Ausrichtung Deutschlands eingesetzt haben, würdigte man in der Oderstadt.

Heym statt Kohl oder Dregger

Im städtischen Kulturzentrum brachte man den DDR-Literaten Stefan Heym (1913–2001) auf die Bühne. Er wurde als großer Vordenker und freundlicher Mahner vorgestellt. Dabei hat sich Heym nie als Gegner, sondern stets höchstens als Kritiker des SED-Regimes verstanden. Aktiv wurde er, als sich abzeichnete, dass Dregger und Kohl im Herbst 1989 eine deutsche Vereinigung aktiv anstrebten. Bei der Kundgebung am 4. November

1989 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz war Heym einer der Redner, die den Kurs Richtung deutsche Einheit ablehnte und für eine eigenständige DDR warben. Und diese Stadt will nun das Einheitszentrum der Bundesregierung haben?

Sicher wäre diese Riesen-Investition für Frankfurt an der Oder ein echter Lottogewinn. Die Stadt hatte in der Zeit nach der Friedlichen Revolution mit vielen Umbrüchen zu kämpfen. Frankfurt verlor ein Drittel seiner Einwohner – von rund 80.000 kurz vor der Vereinigung schrumpfte die Bevölkerung auf jetzt 57.000 Menschen.

Unterstützt wird die Frankfurter Bewerbung nicht nur von der Brandenburger Landesregierung, sondern auch von Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Von dem Zuschlag verspricht sich Frankfurt einen großen Impuls für die Stadtentwicklung – bei so vielen Millionen Euro kann man schon mal träumen.

WIEDERHOLUNGSWAHL

Steht Berlin vor einer Koalition der Verlierer?

Umfrage sieht Verluste bei Rot-Grün-Rot. Dennoch ist eine Fortsetzung des Bündnisses wahrscheinlich

„Ich kann mir grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Parteien vorstellen. Aber es hängt immer von einer stabilen Mehrheit ab. Ich kämpfe dafür, dass die SPD stärkste Kraft wird und dass ich die Erfahrung und die Fähigkeit, die ich persönlich mitbringe, in der Rolle der Regierenden Bürgermeisterin ausüben kann und nicht irgendwo anders.“ Mit dieser Einlassung hat Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) eine Vorbestimmung auf die Fortsetzung der rot-grün-roten Koalition kurz vor der Wahl am kommenden Sonntag vermieden.

Giffey's verbale Absetzbewegung hat gute Gründe: Laut Umfrage sind 64 Prozent der Berliner mit dem derzeitigen Senat unzufrieden. 25 Prozent wollen den CDU-Spitzenkandidaten Kai Wegner als

Regierenden Bürgermeister sehen, nur noch 21 Prozent Giffey – Bettina Jarasch von den Grünen kommt auf 19 Prozent. Vor 14 Monaten erreichte Giffey einen Zustimmungswert von 40 Prozent. 71 Prozent der Berliner erwarten einen Amtsverlust von Giffey. Aber 27 Prozent sehen auch Jarasch als ungeeignet an, die Stadt zu führen. Eine nicht unerhebliche Zahl von Berlinern, nämlich rund 20 Prozent, findet, dass keine der drei großen Parteien an der Spitze der Regierung stehen sollte.

Die jüngste Forsa-Wahlumfrage sieht die SPD indes mit 17 Prozent nur noch als drittstärkste Partei hinter den Grünen, die auf 18 Prozent kommen. Das würde für Rot-Grün-Rot mit den Linken, die Forsa bei zwölf Prozent sieht, wieder reichen. Und dies, obwohl die CDU laut der Umfrage mit 26 Prozent ihr bestes Ergebnis

seit vielen Jahren einfahren soll. Die AfD dürfte sich laut Forsa um zwei Punkte auf zehn Prozent verbessern.

FDP zittert um Wiedereinzug

Die grüne Spitzenkandidatin Jarasch hat sich in Sachen Enteignung und Verkehrspolitik weiter radikalisiert. Sie verkündete unlängst, bis 2030 alle Benzin- und Dieselaautos aus der Innenstadt vertreiben zu wollen, und in Sachen Enteignung warb sie, dass sie die einzige Spitzenkandidatin sei, die gesagt habe, dass sie dieses Gesetz ernsthaft umsetzen wolle. Mit 18 Prozent hätten die Grünen indes rund einen Prozentpunkt eingebüßt gegenüber der Wahl vom September 2021. Der Abstand von acht Prozentpunkten zur Union scheint ohnehin zu groß zu sein, als dass die Grünen die Union noch überholen

könnten. Zusätzlich zu den jüngsten Absagen Jaraschs an eine Koalition mit der CDU spricht auch dies für eine Fortsetzung des bisherigen Bündnisses, nur diesmal eher unter grüner Führung.

Rein rechnerisch wäre Schwarz-Grün aller Voraussicht nach ohnehin nur möglich, wenn (bei vermutlich zwölf Prozent für die Sonstigen) die FDP aus dem Parlament ausscheidet, die laut Forsa bei fünf Prozent steht und zittern muss. Die „B.Z.“ zitiert einen namentlich nicht genannten Mitarbeiter der Berliner CDU: „Wir haben mehr davon, wenn die FDP nicht ins Parlament kommt.“ Genau davor warnt nun der FDP-Fraktionsvorsitzende Sebastian Czaja, wohl wissend, dass bei einem Einzug seiner Partei Schwarz-Grün kaum mit einer Mehrheit rechnen kann. Frank Bückner

KOLUMNE

Judenhass im Fußball

VON THEO MAASS

Gewalt auf dem Fußballplatz ist im Amateur- und Jugendbereich schon länger an der Tagesordnung. Meist schaffen es diese Vorfälle nicht in die Tagespresse. Am 28. Mai vergangenen Jahres bedrohte nach einer Schiedsrichterentscheidung der Vater eines Spielers des inzwischen von Türkischstämmigen dominierten Berliner Athletik Klub 07 (BAK) einen 14-jährigen „biodeutschen“ Spieler des Stadtrandklubs SC Staaken mit dem Messer und würgte ihn. Selbst die „B.Z.“ verschwieg ihren Lesern die Herkunft des Täters.

Inzwischen erreichen die Auseinandersetzungen den Bereich des Antisemitismus und des Judenhasses. Hertha 06 ist ein Amateurverein aus dem eigentlich bürgerlichen Bezirk Wilmersdorf-Charlottenburg. Der Vereinsvorsitzende ist Ergün Çakir. Im November trugen die A-Junioren des Vereins ein Spiel gegen den jüdisch dominierten TuS Makkabi aus.

Der Sohn von Çakir pöbelte dabei gegen die Jugendmannschaft von TuS Makkabi: „Ich verbrenne euch und eure dreckige Fahne, ihr Bastarde, so wie die Deutschen das mit euch gemacht haben.“ Ein anderer Spieler zeigte den Hitlergruß. Das Sportgericht entschied: 1500 Euro Vereinsstrafe, drei Punkte Abzug und zwei Jahre Fußballverbot in Berlin für die beiden Täter. Çakir kritisiert das – man hätte stattdessen Anti-Rassismus-Kurse geben sollen. „Was die Jungs gemacht haben, befürworte ich nicht. Ich erkläre meinem Sohn jetzt jeden Tag, was Sache ist ... Mein Sohn wird sein komplettes Leben die Juden hassen – das weiß ich zu 100 Prozent. Da gibt es keinen, mit dem man sich hinsetzen und reden kann, sondern die sagen von vornherein: ‚Wir sind Juden, wir haben das Recht, wir können alles machen, was wir wollen.‘“ Polizeisprecher Thilo Cablitz (44) meint indessen, dass die Äußerungen des Vereinsvorsitzenden Çakir im Video die „Schwelle zur Strafbarkeit nicht überschreiten“.

MELDUNG

Kreis verhängt Aufnahmestopp

Potsdam – Das Land Brandenburg hat im Jahr 2022 rund 630 afghanische Ortskräfte der Bundeswehr und anderer in Afghanistan aktiv gewesener Organisationen aufgenommen. Dies geht aus einer Antwort des brandenburgischen Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Andrea Johlige (Linkspartei) hervor. Die Politikerin begrüßte das Engagement der Landesregierung zur Aufnahme der afghanischen Ortskräfte. Sie forderte aber auch, Brandenburg solle sich auf Bundesebene für Lösungen einsetzen, um den Familiennachzug aus Afghanistan zu erleichtern. Indes hat vor Kurzem der Spree-Neiße-Kreis bei Berlin ganz offiziell einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge verkündet. Als Gründe nannte die Verwaltung des Landkreises den Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten und das Erreichen der Obergrenze des für den Kreis vorgesehenen Flüchtlingskontingents. H.M.

● MELDUNGEN

Wissenslücken
wegen Corona

London – Während der Corona-Pandemie konnten nach Angaben der UN 1,6 Milliarden Schüler in 190 Ländern zeitweise keine Schule besuchen. Dadurch haben sie pro Schuljahr im Durchschnitt ein Drittel weniger gelernt als in der Zeit vor den fast überall verhängten Lockdowns und Schulschließungen. Das zeigt eine Meta-Analyse von insgesamt 42 Studien aus unterschiedlichen Staaten rund um die Welt durch Forscher des Pariser Institut d'études politiques de Paris, der Oxford University und des University College London, deren Ergebnisse in „Human Nature Behaviour“ veröffentlicht wurden. Gleichzeitig gab es auch noch im dritten Pandemie-Jahr 2022 Lerndefizite. Deshalb geht der deutsche Bildungsforscher Klaus Zierer von der Universität Augsburg davon aus, dass sich nun tatsächlich eine „Generation Corona“ herausbildet, deren Wissenslücken lebenslang bestehen werden. **W.K.**

US-Munition
für die Ukraine

New York – Laut einem Bericht der „New York Times“ planen die USA, die Produktion von ungelenkten 155-Millimeter-Artilleriegranaten in den nächsten zwei Jahren um 500 Prozent zu erhöhen. Derzeit fertigen Hersteller wie General Dynamics, BAE Systems und American Ordnance 14.400 solcher Hochexplosivgeschosse pro Monat. Dahingegen sollen es zukünftig über 90.000 Stück sein. Diese Entscheidung resultiert aus dem rapiden Schrumpfen der US-Munitionsbestände aufgrund der Lieferungen an die Ukraine. Schließlich hat Washington Kiew zugesagt, eine weitere Million 155-Millimeter-Granaten vom Typ M795 zur Verfügung zu stellen. Im Moment liegt der Verbrauch der ukrainischen Streitkräfte bei etwa 90.000 Schuss pro Monat. Die anvisierten Produktionssteigerungen deuten darauf hin, dass die Verantwortlichen in den USA davon ausgehen, die Ukraine noch mindestens bis Ende 2023 in ihrem Kampf gegen Russland unterstützen zu müssen. **W.K.**

Billig-Produkte
aus der Ukraine

Brüssel – Die osteuropäischen EU-Staaten Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Tschechien und Slowakei haben sich in Brüssel darüber beklagt, dass ihre Agrarmärkte mit billigen Produkten aus der Ukraine überschwemmt würden, was die eigenen Erzeuger in Bedrängnis bringe. So sei die Ausfuhr von Futtermais nach Polen im Jahre 2022 um das 250-fache gestiegen, woraus eine Verdrängung einheimischer Produkte resultiere. Ähnliches gelte für den Export von Zucker, Mehl und Sonnenblumenkernen. Verantwortlich für die Entwicklung sind diverse Handelserleichterungen zugunsten der Ukraine wie die „Solidaritätsspenden“ zur schnelleren Abwicklung der Kontrolle ukrainischer Agrargüter an den Grenzen sowie die vorübergehende Abschaffung der Einfuhrzölle auf ukrainische Waren. Die Mittel- und Osteuropäer leiden darunter, dass der Landtransport weiter nach Westen als unrentabel gilt. **W.K.**

KANADA

Im Kauf-Rausch

Seit die Kanadier Cannabis legalisiert haben, steigt die Konsumentenzahl – Nebenwirkungen inbegriffen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Wer sich ein Bild über die Auswirkungen des freien Verkaufs von Cannabis einige Jahre nach der Legalisierung der Droge verschaffen möchte, sollte nach Kanada blicken. Seit Oktober 2018 ist in Kanada der Kauf von getrocknetem Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften für Personen ab 19 Jahren erlaubt. Legal ist auch der Besitz von 30 Gramm Marihuana pro Person, zusätzlich 1000 Gramm pro Haushalt sowie der Besitz von vier Hanfpflanzen. Die Droge darf dann an andere Erwachsene weitergegeben, aber nicht verkauft werden.

Schon vor der Cannabis-Legalisierung war Kanada eines der Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Konsum von Marihuana weltweit und einem blühenden Schwarzmarkt. Laut Gesetzgebung der liberalen Regierung unter Premierminister Justin Trudeau zielte die Legalisierung vor allem auf die Eindämmung des illega-

len Marktes. Kinder und Jugendliche wollte man von den Straßendealern fernhalten, die oft gestreckte Produkte mit einem gefährlich hohen psychoaktiven THC-Gehalt verkaufen.

Nach der Legalisierung der Droge stieg die Zahl der Konsumenten zunächst sprunghaft an. Erklärten vor Oktober 2018 noch 22 Prozent der Befragten, in den letzten zwölf Monaten Cannabis konsumiert zu haben, waren es 2019 schon 25 Prozent und 2020 sogar 27 Prozent, bei seither leicht rückläufiger Tendenz.

Cannabis per Essenslieferdienst

Fast ein Drittel der Teenager gab an, im ersten Vierteljahr nach der Freigabe Marihuana geraucht zu haben. Ende 2019 wurden auch abgepackte Lebensmittel und Getränke mit einem Cannabis-Gehalt von maximal zehn Milligramm THC zugelassen. Der Internethandel war von Anfang an ein wichtiger Vertriebsweg des neuen Geschäftsfelds. In Toronto (Provinz Ontario) findet man an fast jeder Straßen-

ecke einen Cannabis-Store, während in British Columbia Läden aufgrund der Verknappung des legal produzierten Angebots schließen mussten.

Ein großer Hersteller bietet 85 verschiedene Cannabissorten an, von denen einige mehr als 20 Prozent THC enthalten. Man kann zwischen Gewächshaus- und Freilandanbau wählen und zwischen Sorten, die angeblich schlaffördernd, schmerzlindernd oder anregend wirken. Dank einer Kooperation des Essenslieferdienstes UberEats mit dem Cannabis-Portal Leafly können sich „User“ ihre bestellten Cannabisprodukte direkt nach Hause liefern lassen. Nach wie vor ist es aber verboten, einen Joint in der Öffentlichkeit zu rauchen.

Da der Erwerb von Rauschmitteln nachweislich von den Preisen beeinflusst wird, sollten die Preise in den Cannabis-Fachgeschäften anfänglich etwa auf dem Niveau des illegalen Marktes liegen, um erst später angehoben zu werden. Dies ist nicht gelungen, da die kontrollierte Pro-

duktion von Marihuana aufgrund der Anforderungen an Anbau und Standort kostspielig ist und die Provinzialregierungen nicht auf eine hohe Besteuerung von bis zu 29 Prozent verzichten. Im Oktober 2022 lag der Anteil des legalen Handels mit „Kraut“ (weed) bei 57 Prozent, während der Anteil der billigeren illegalen Ware einschließlich des sogenannten grauen Marktes 43 Prozent betrug. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Qualitätskontrollen nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden können. Zunehmend werden Verstöße gegen die staatlicherseits garantierte Reinheit der Cannabis-Produkte festgestellt.

Kinder mit Cannabisvergiftungen

Beunruhigend ist die Zunahme von Notaufnahmen und stationären Behandlungen aufgrund einer akuten Cannabisvergiftung, die sich in Form von Panik und Angstzuständen, Herzrasen und hohem Blutdruck äußert. Eine alarmierende Entwicklung zeigte sich in der Provinz Ontario, wo eine Verneufung der Notaufnahmen von Kindern unter zehn Jahren mit Cannabisvergiftung registriert wurde. Zu dem Anstieg sollen vor allem die seit Oktober 2019 zugelassenen Verzehrprodukte wie Kekse, Gummibärchen und Getränke geführt haben, die Cannabis enthalten dürfen.

Waren es anfangs 60 Firmen, die bereits medizinischen Cannabis angebaut hatten, so stieg die Zahl der lizenzierten Produzenten binnen vier Jahren auf über 250. Eine regelrechte Goldgräberstimmung führte zu Überkapazitäten, die Aktienkurse der drei größten börsennotierten Firmen stürzten ab.

Nach offiziellen Angaben wurden im vergangenen Jahr 468 Tonnen getrocknetes, unverkauftes Cannabis vernichtet. Wegen der anstehenden Legalisierung von Cannabis in Deutschland erhoffen sich kanadische Hersteller neue Exportchancen. Deutschland ist jedoch an das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur internationalen Drogenpolitik und Drogenkontrolle von 1971 gebunden, das die Ein- und Ausfuhr von Drogen verbietet. Pläne, legales Cannabis in Deutschland zu produzieren, dürften aus Sorge vor erneuten hohen Verlusten wegen der hohen Energiekosten in absehbarer Zeit wohl nicht realisiert werden.



Große Nachfrage seit der Legalisierung: Warteschlange vor einem Cannabis-Laden im kanadischen Toronto

ÖSTERREICH

Das Comeback der FPÖ

Nach der Ibiza-Affäre ist die Freiheitliche Partei der Alpenrepublik wieder auf dem aufsteigenden Ast

Noch im Herbst 2021 schien es, als habe die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ihre besten Zeiten hinter sich. Magere 19,8 Prozent fuhr sie damals bei den Landtagswahlen in ihrer Hochburg Oberösterreich ein. Es war der Auftakt einer Reihe von Wahlschlägen, die aus der Ibiza-Affäre des ehemaligen Parteivorsitzenden und Vizekanzlers Heinz-Christian Strache resultierten. Sein Nachfolger Herbert Kickl, kurzzeitig Innenminister, schaffte es zwar, die Seele der Parteimitglieder zu besänftigen, doch sein harter Anti-Corona- und Migrationskurs ließ die Partei zu einem Ghetto für Protestwähler werden.

Spätestens seit der Landtagswahl in Niederösterreich Ende Januar ist das alles vergessen. 24,2 Prozent und ein Plus von zehn Punkten fuhr die Rechtspartei dort ein, wo es in der Vergangenheit wenig zu holen gab. Plötzlich ist die Kritik an Kickl

verstummt, die Freiheitlichen können vor Kraft kaum gehen. Wieder einmal ist es der FPÖ gelungen, sich als Anwalt der kleinen Leute und als Wortführer der Wortlosen zu präsentieren. Die regierende ÖVP unter dem blassen Bundeskanzler Karl Nehammer ist in einer schwarz-grünen Zwangsehe gefangen.

Eine Wiederholung der Geschichte

Nicht viel besser sieht es bei den Sozialdemokraten aus. Die Wahlniederlage der SPÖ in Niederösterreich hat die Kritik an der Parteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner befeuert. Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland sind der Ukrainekrieg, die explodierenden Energiekosten und die Einwanderungswelle die bestimmenden Themen in Österreich.

Während die beiden klassischen Volksparteien mit sich selbst beschäftigt

sind, präsentiert sich die FPÖ nach ihrer schweren Krise wieder geschlossen. Es ist eine Wiederholung der Geschichte. Egal ob unter Jörg Haider oder Strache – die Partei hat sich mehrfach gehäutet und gespalten und wurde noch häufiger totgesagt. Doch in der Opposition hat sie sich in einer Art permanenter Neuerfindung stets stärker als zuvor zurückgemeldet. Derzeit wären die Freiheitlichen auf Bundesebene stärkste Kraft. Das sorgt innerhalb des Establishments für Aufregung.

Ein „Anti-Ukraine-Kanzler“

Der grüne Bundespräsident Alexander Van der Bellen ließ sich drei Tage vor der Wahl zu der wenig staatstragenden Bemerkung hinreißen, er würde keinen „Anti-Ukraine-Kanzler“ vereidigen. Gemeint war damit FPÖ-Chef Kickl. Dessen Partei bedankte sich prompt für den „Tur-

bo“, den Van der Bellen mit seinen Aussagen dem eigenen Wahlkampf geliefert habe. Man freue sich bereits über einen zukünftigen „Kanzler Kickl“.

Der 54-Jährige fährt derzeit zweigleisig, und das unterscheidet ihn von seinen Vorgängern Haider und Strache. Kickl steht zwar gerne in der ersten Reihe und polarisiert kräftig, doch er lässt auch der zweiten Reihe genügend Luft zum Atmen. Schon jetzt verfügt die Partei über zugkräftige Personen hinter Kickl.

Neben dem Wahlsieger von Niederösterreich, Udo Landbauer, und der Salzburger FPÖ-Chefin Marlene Svazek tritt vor allem der Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich, Manfred Haimbuchner, immer stärker in den Vordergrund. Der stellte unlängst lapidar wie treffend fest: „Die FPÖ ist wieder im Aufwind.“ **Peter Entinger**

VON BODO BOST

Seit dem Beginn des Ukrainekrieges steigen die Gewinne der rohstoffreichen Fürstentümer am Arabischen Golf wegen der kriegsbedingt steigenden Energiepreise. Währenddessen leiden andere arabische Staaten unter den hohen Kosten für Getreideimporte. Der irakische Dinar hat seit Mitte November sieben Prozent seines Wertes verloren, was nun zur Entlassung des Zentralbankgouverneurs führte. Im September erreichte der tunesische Dinar ein Rekordtief gegenüber dem US-Dollar, da der Präsident des Landes mit einer anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Krise zu kämpfen hat. Die Währungen von Syrien, dem Sudan, dem Libanon und Ägypten zählten vergangenes Jahr aufgrund der Knappheit auf dem Weltmarktwirtschaft zu den Währungen mit der weltweit schlechtesten Performance. Abwertungen haben in Verbindung mit den weltweit steigenden Preisen zu einer galoppierenden Inflation geführt. Viele arme Araber machen ihre Regierungen für die Inflation verantwortlich, während sich reiche Araber die Hände reiben. Die Regierungen der armen Länder neigen dazu, mit dem Finger auf externe Faktoren zu zeigen, die sich ihrer Kontrolle entziehen, wie der Krieg in der Ukraine, die COVID-19-Pandemie oder die Zinserhöhungen in den USA.

Schwächelnde Währungen

Mehrere Länder in der Region, wie Ägypten, Jordanien oder der Libanon, hatten durch den Einbruch der Tourismuseinnahmen infolge der COVID-19-Pandemie keinerlei Reserven, um die steigenden Lebensmittelpreise infolge des Krieges in der Ukraine zu bezahlen. Nach Angaben der ägyptischen Zentralbank lag die Gesamtinflation im vergangenen Jahr bei 22 Prozent, während die Inflation bei Lebensmitteln fast das Doppelte erreichte. Bereits zum vierten Mal innerhalb von sechs Jahren hat sich nun Ägypten mit der Bitte um Hilfe an den Internationalen Währungsfonds (IWF) gewandt. Um die Finanzierung durch den IWF zu sichern, musste Kairo zu einem flexiblen Wechselkursystem übergehen, bei dem Angebot und Nachfrage den Wert der Währung bestimmen, etwas, dem sich bisherige ägyptische Regierungen stets widersetzt haben. Der Mangel an ausländischen Direktinvestitionen hat zu einer Devisenkrise und schließlich zu einer massiven Abwertung des ägyptischen Pfunds geführt.

Fehlende Reserven wegen Corona

Das Hauptproblem der ägyptischen Wirtschaft ist struktureller Natur. Ägypten hat es versäumt, ausländische Direktinvesti-



Damoklesschwert Inflationsrate: Der Libanon ist einer der Verlierer, dessen Bevölkerung besonders unter steigenden Preisen leidet

ARABIEN

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich zusehends

Während die Golf-Fürstentümer von steigenden Energiepreisen profitieren, leiden andere Araber unter hohen Getreidepreisen und Misswirtschaft

onen anzuziehen. Vielmehr hat es signalisiert, dass der Privatsektor nicht willkommen sei, und so ist er denn auch in den letzten acht Jahren ständig geschrumpft. In dem Zeitraum hat das Militär, das sich 2013 an die Macht gepuscht hat, den Privatsektor aus fast allen Bereichen des Wirtschaftslebens verdrängt. Eine Verringerung der übergroßen Rolle des Militärs in der Wirtschaft war eine der wichtigsten vom IWF geforderten Reformen. In seinem Bericht über Ägypten vom vergangenen Monat erklärte der IWF, die ägyptischen Behörden hätten sich verpflichtet,

die Rolle des Staates in der Wirtschaft zu verringern und die Wettbewerbsbedingungen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor anzugleichen.

Dominanz des Militärs

Alle Zahlen verblassen im Vergleich zur dreistelligen Inflationsrate, die der Weltbank zufolge in den letzten Jahren im Libanon herrscht. Der Zedernstaat hat nicht nur chronische Defizite, sondern leidet auch unter einem politischen Stillstand, der es verhindert hat, eine Vereinbarung mit dem IWF zu treffen, um der

Wirtschaft einen Rettungsring zu verschaffen. Die ehemalige „Schweiz des Orients“ hat ihre Schulden bei den Anlegern mit neuen Schulden beglichen, was zu einem Schneeballsystem führte. Die libanesischen Banken haben Einlagen von Libanesen im Ausland mit lächerlich hohen Zinssätzen angezogen. Darauf sind viele Einleger reingefallen, die sich jetzt ihr eigenes Geld mit bewaffneten Banküberfällen zurückholen wollen. Diese Einleger waren sich der Risiken nicht bewusst, die sie eingingen, als sie ihr Geld im Libanon deponierten.

SANKTIONSPOLITIK

Deutschland droht weiterer Wettbewerbsnachteil

Im Gegensatz zu anderen Europäern sollen die Deutschen auch noch auf russisches LNG verzichten

Noch fällt Flüssiggas (LNG) nicht unter die gegen Russland gerichteten Sanktionen der EU. Nach dem Willen der Bundesregierung soll Deutschland jedoch bereits bis Ende dieses Jahres auch von russischem LNG abgeschnitten werden.

Vergangenen September sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in einer Rede beim Deutschen Arbeitgebertag, neue LNG-Terminals würden die Einfuhr von Flüssigerdgas aus Norwegen, den USA „und vielen anderen Ländern“ ermöglichen.

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung hervorgeht, kann sie derzeit nicht ausschließen, dass Deutschland auch aus Russland Flüssiggas erhält. Um Auskunft in der Sache hatte die Bundestagsfraktion der Linkspartei über eine parlamentarische Anfrage ersucht. In der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums heißt es,

privatwirtschaftliche Gashändler müssten ihre Mengen auf dem Weltmarkt beschaffen, auf dem auch russisches LNG verkauft werde. Weiter schreibt das Bundeswirtschaftsministerium: „Der Bundesregierung ist bekannt, dass russisches Flüssigerdgas an Flüssigerdgasterminals in europäischen Nachbarstaaten anlandet.“ Vor diesem Hintergrund kann die Bundesregierung nicht ausschließen, „dass Deutschland im Jahr 2022 indirekt über LNG-Terminals europäischer Nachbarstaaten russisches Flüssigerdgas erhalten hat“.

Nach Angaben der Organisation „Zukunft Gas“ erhalten Frankreich, Belgien, die Niederlande und Spanien weiterhin russische Flüssiggaslieferungen. Diese Importe sollen an den gesamten Gaseinfuhren Europas derzeit einen Anteil von rund sechs Prozent haben. Die Nachricht-

tenagentur Reuters berichtete Anfang des Monats, dass die baltischen Staaten ihre Einfuhren von Flüssiggas aus Russland im vergangenen Jahr sogar verdoppelt hätten. Zum Teil soll das russische Flüssiggas selbst in die Ukraine weitergeleitet worden sein.

Im Fall Litauens sollen die Einfuhren von Flüssiggas aus Russland von 8600 Tonnen im Jahr 2021 auf 59.400 Tonnen im Zeitraum zwischen Januar und November 2022 gestiegen sein. Litauens Energieministerium versicherte als Reaktion auf den Reuters-Bericht inzwischen, dass die Energieinfrastruktur des Landes nicht für solche Importe genutzt werde. Der im Raum stehende Verdacht, den Import von russischem LNG massiv erhöht zu haben, kratzt an der Glaubwürdigkeit des baltischen Landes. Nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine hatte Litauens Re-

gierung nämlich angekündigt, den Import von Erdgas, Öl und Strom aus Russland umgehend zu stoppen.

Während andere EU-Länder weiterhin russisches Flüssiggas importieren, will die Bundesregierung in Deutschland offenbar einen vollständigen Verzicht durchsetzen. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Unionsfraktion erklärte Patrick Graichen, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, die Bundesregierung unterstütze die Beschaffung von russischem LNG nicht. Vielmehr habe die Bundesregierung „den Unternehmen kommuniziert, dass sie geeignete Maßnahmen ergreifen wird, um den Bezug russischen LNGs nach Möglichkeit auszuschließen“. Wie diese Maßnahmen konkret aussehen sollen, erläuterte Graichen in seiner Antwort an die Unionsabgeordneten nicht. *Hermann Müller*

MELDUNGEN

Bargeldloser Aldi floppt

Utrecht – Die kassen- und damit auch bargeldlose Filiale, welche die Discount-Einzelhandelskette Aldi Nord zu Testzwecken in der niederländischen Stadt Utrecht eröffnet hat, klagt über mangelnden Zulauf. Zwar schätzen es manche Kunden, am Ende ihres von Sensoren und Kameras überwachten Einkaufs den Laden auf direktem Wege verlassen zu können, ohne das vielfach stressige und zeitraubende Prozedere an der Kasse auf sich nehmen zu müssen. Die Mehrheit der potentiellen Nutzer des Geschäftes wird aber offensichtlich durch drei Dinge abgeschreckt: Zum Ersten ist man gezwungen, eine spezielle App auf dem Mobiltelefon zu installieren. Zum Zweiten dauert die Abrechnung nach dem Einkauf seine Zeit. Und zum Dritten akzeptiert die Aldi-Filiale in Utrecht ausschließlich Kreditkarten, obwohl nur jeder zweite Niederländer eine besitzt. *W.K.*

Unbeliebte Geldanlage

Brüssel – Obwohl die Europäische Union eigentlich keine gemeinsamen Schulden aufnehmen darf, hat sie am 12. Februar vorletzten Jahres beschlossen, auf diese Weise das Konjunkturpaket zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie namens „NextGenerationEU“ zu finanzieren und dafür auf den internationalen Kapitalmärkten Mittel in Höhe von bis zu 750 Milliarden Euro einzusammeln. Allerdings zeigen die Anleger weniger Interesse an den Coronabonds der EU als erhofft und bewerten sie schlechter als deutsche oder französische Anleihen. Das spricht für mangelndes Vertrauen in den Mechanismus der gesamteuropäischen Haftung. Als besonders riskant betrachten die Investoren die kurzfristig fälligen EU-Schuldverschreibungen. Sie rangieren sogar noch hinter den Geldmarktpapieren von Spanien und Portugal. Das verheißt wenig Gutes für die anvisierte Aufnahme weiterer gemeinsamer Darlehen zur Unterstützung der Ukraine. *W.K.*

Subventionen gefordert

Dresden/Düsseldorf – Der Rüstungskonzern Rheinmetall prüft den Aufbau einer Pulverfabrik in Sachsen. Nach Informationen des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) sollen in der Fabrik keine Raketen oder Patronen produziert werden, sondern chemische Vorprodukte für Munition. Rheinmetall-Chef Armin Papperger lockte in einem Interview mit einer Investitionssumme in Höhe von 700 bis 800 Millionen Euro, machte aber deutlich, dass er staatliche Subventionen erwarte. Zur Begründung führte er an, dass die Industrie die Investitionskosten für das Spezialchemiewerk nicht alleine tragen könne. Laut dem seit 2013 amtierenden Vorstandsvorsitzenden von Rheinmetall handelt es sich um ein „Investment für die nationale Sicherheit“, bei dem der Bund gebraucht werde. Nach Informationen des MDR ist als Standort für die Pulverfabrik ein Gelände zwischen Leipzig und Bitterfeld im Gespräch. *H.M.*

KOMMENTARE

Der Sinn des Erinnerns

RENÉ NEHRING

Wie soll man ein Regime nennen, das Eltern, wenn diese politisch nicht auf Linie waren, die Kinder entzog (siehe Seite 11)? Wie soll man ein Regime nennen, das Mädchen und Jungen als Staatseigentum betrachtete, über die es nach Belieben zu verfügen glaubte? Und wie soll man ein Regime nennen, das Kinder im Namen der Familienzusammenführung nur dann zu ihren Eltern ließ, wenn der Nachwuchs einen niederen Intellekt hatte und somit für den Staat keinen praktischen Nutzen besaß?

So geschehen in der Deutschen Demokratischen Republik im Namen des real existierenden Sozialismus. Dessen Ende liegt inzwischen mehr als dreißig Jahre zurück, weshalb denn auch immer wieder Forderungen nach einem Schlussstrich zu vernehmen sind. Von der Öffentlichkeit weitgehend unemerkt wurde bereits mit Wirkung zum 17. Juni 2021 die Institution des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen aufgelöst und die Bestände des Hauses in das Bundesarchiv überführt.

Doch zeigen Geschichten wie der zynische Handel der DDR mit ihren Landeskinderen, dass es noch lange nicht Zeit für ein Abheften des SED-Unrechts in den Archiven ist. Die betroffenen Kinder von einst stehen mitten im Leben und werden – je nach Geburtsjahr – noch lange unter uns weilen. Wie die anderen Opfer der beiden deutschen totalitären Regime haben sie Anspruch darauf, dass unsere Gesellschaft sich ihrer erinnert. Bislang jedoch ist ihr Schicksal in den meisten Fällen der Allgemeinheit noch nicht einmal bekannt.

Hinzu kommt, dass die DDR-Staatspartei SED kaum belangt wurde für die von ihr begangenen Verbrechen. So konnte sie sich – mal als PDS, mal als „Die Linke“ – seit 1990 schnell als Anwältin der Menschen von Rügen bis zum Thüringer Wald inszenieren – und wurde kaum mehr damit konfrontiert, dass die gleiche Partei kurz zuvor noch eben jene Menschen hinter Mauer und Stacheldraht interniert hatte. Solange die SED/PDS/Die Linke damit durchkommt, stellt sich die Frage einer Historisierung der DDR-Vergangenheit erst gar nicht.

Literatur verbindet

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Seit dem Ukrainekrieg liegen die deutsch-russischen Beziehungen auch im kulturellen Bereich brach, die Propagandamaschinen laufen auf Hochtouren. Wie vor Kurzem, als Putin sagte, Russen würden „wieder von deutschen Panzern beschossen“, weil die Bundesregierung der Lieferung deutscher Panzer an die Ukraine zugestimmt hatte.

Auch im Königsberger Gebiet war schon 2014 zuweilen antideutsche Propaganda zu hören. Das bekam auch das Deutsch-Russische Forum der Landsmannschaft Ostpreußen zu spüren. Umso erfreulicher ist es, dass inmitten der Kriegspropaganda in Königsberg Feiern anlässlich des Geburtstags des deutschen Schriftstellers und Komponisten E. T. A. Hoffmann stattfanden (siehe Seite 13). Dies ist umso bemerkenswerter, da in der Bundesrepublik in Erwägung gezogen wurde, russische Dichter der Weltliteratur wie Puschkin oder Dostojewskij

von den Unterrichtsplänen und Theaterstücke von den Bühnen zu verbannen.

Im Königsberg wird E. T. A. Hoffmann als Sohn der Stadt gefeiert. Eine Kinderkunstschule ist nach ihm benannt und man vermarktet seine Werke. Über eine Umbenennung der Schule oder darüber, dass Werke deutscher Schriftsteller nicht mehr verbreitet werden dürften, ist nichts bekannt. Im Gegenteil: Unter den Reiseeinschränkungen für Russen erfährt die deutsche Geschichte eine regelrechte Wiederbelebung, wenn auch nicht ganz uneigennützig, da man den luxusverwöhnten Landsleuten, die jetzt ins Gebiet reisen, etwas bieten muss.

Russen sind äußerst geschichts- und literaturbesessen. Man sollte das Verbindende der Literatur nicht aus den Augen verlieren. Und so, wie Russen in der Vergangenheit immer zwischen „Deutschen“ und „Nazis“ unterschieden haben, sollte man heute nicht das gesamte russische Volk pauschal wegen seiner Führung verurteilen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:

Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Sorgte mit seiner angeblichen Erfindung für Schlagzeilen: Der Simbabwer Maxwell Chikumbutso Foto: Screenshot YouTube

KOLUMNE

Überdehnung eines Begriffs

FLORIAN STUMFALL

Vor einiger Zeit trat ein Bürger aus Simbabwe mit dem Namen Maxwell Chikumbutso an die Öffentlichkeit und behauptete, er habe ein Fernsehgerät erfunden, das für seinen Betrieb keinen Strom brauche, das System erzeuge die benötigte Energie selbst. Zunächst verursachte diese Erfindung nur eine Welle der Begeisterung in den Medien, die Sache wurde gefeiert als ein Leuchtfeuer des lange unterdrückten afrikanischen Ingeniums, und Herr Chikumbutso in die Reihe bedeutender Erfinder gestellt.

Das dauerte natürlich nicht lange an, denn der Fernseher hielt nicht, was sein Erfinder versprochen hatte, und es wäre auch für ein schlichtes Gemüt von vornherein einsehbar gewesen, dass es sich hier um einen faulen Zauber handelte, der allen Gesetzen der Physik widerspricht. Es gibt kein Perpetuum mobile und deshalb gehört der ganze Vorgang in die Ablage für kuriosen Unsinn oder gleich in den Papierkorb. Der Versuch einer Patentanmeldung scheiterte denn auch unruhlich.

Hier aber begann die Sache erst Substanz zu gewinnen. Der damit befasste Teil der Medien schaltete von Jubel auf Klage und erging sich in bitteren Vorwürfen in dem Sinne, hier werde eine epochale Leistung verneint und abgewiesen, weil sie von einem Afrikaner mit schwarzer Hautfarbe stamme. Das sei eine üble Form des Rassismus und eine Schande für die Welt.

Als sich herumgesprochen hatte, dass der Erfinder zwar schwarz, aber dennoch ein Blender war, schief die Aufregung allmählich ein. Sie bleibt aber insofern von Belang, als sie zeigt, wie schnell, genüsslich und rücksichtslos eine einschlägige Links-Front die Keule des Rassismus schwingt, um missliebige Meinungen, ja sogar Tatsachen unter ein Tabu zu stellen. Der Vorwurf des Rassismus beinhaltet die ganze Brutalität des nationalsozialistischen Völkermordes und ist daher geeignet, denjenigen, gegen den er erhoben wird, ohne weiteres Argument zum Schweigen zu bringen. Das Recht auf Rede und Gegenrede findet hier sein jähes Ende.

Verwendung als Totschlag-Wort

Da aber dieses Regelwerk der politischen Propaganda so klaglos arbeitet, ist die Linke aller Schattierungen erfolgreich da-

mit befasst, den Begriff „Rassismus“ gegenüber seinem eigentlichen Sinn auszuweiten und auf zusätzliche Sachverhalte zu verlagern. Das Totschlag-Wort scheint dem Propagandisten zu wertvoll, um es nur in einem Sinne anzuwenden.

Dabei hängt der Begriff ein wenig in der Luft. Einerseits verbietet die UN-Rassendiskriminierungskonvention die Benachteiligung von Menschen „aufgrund von Rasse, Hautfarbe“ etc., andererseits gibt es nach Beschluss der UN gar keine Rassen. In diesem Falle wäre schwer zu erklären, wie es dann zum Rassismus

dabei der eigentliche Sachverhalt, nämlich die Christenverfolgung, entgegen den Tatsachen schlicht geleugnet und getilgt wird, ist eine Erscheinung am Rande.

Kulturelle Aneignung

Als Rassismus gilt der Linken ganz besonders auch die sogenannte kulturelle Aneignung. Eine weiße Frau mit Rastalocken, ein weißes Kind mit Indianer-Kostüm im Fasching, ein ebenso weißer Tenor als Othello mit dunkler Schminke – all das fällt unter das Rubrum „Rassismus“ durch kulturelle Aneignung. Allerdings herrscht hier eine konsequente Einseitigkeit. Den schwarzen afrikanischen Staatschef im deutschen Achtzylinder, den Japaner im Mailänder Design-Anzug oder die Nutzung der in Europa erfundenen Radartechnik gleich für welchen Zweck und gleich durch wen auch immer – all das fällt nicht unter den Vorwurf. Rassismus kommt immer nur von den Weißen, die ihrerseits niemals diskriminiert werden, so Vorwurf und Lehre der einschlägigen Soziologenkader.

Unverzichtbar im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen Europäer ist der Vorwurf der Sklaverei. Diese wird durchgehend so dargestellt, als sei sie eine Erfindung der Weißen ausschließlich zulasten der Schwarzen. Dabei wird unterschlagen, dass in Afrika, um dabei zu bleiben, längst vor der weißen Kolonialzeit schwarze Menschen ihresgleichen versklavt haben, wie es das in fast jeder Kultur der Menschheitsgeschichte gegeben hat. Das gilt in bevorzugter Weise für die arabische Welt, die ihre Kaperfahrten auf der Suche nach weißen Sklaven bis nach Island ausdehnte. Und unterschlagen wird vor allem, dass es in arabischen Ländern bis in unsere Tage noch Sklaverei gibt.

Entkleidet man daher den Rassismusvorwurf aller beabsichtigten Einseitigkeit, so bleibt die Strategie eines Kulturkampfes übrig, der sich gezielt gegen die abendländische Tradition und Lebensweise richtet. Willige Erfüllungsgehilfen findet man vor allem bei den deutschen Grünen, die den kulturellen Selbsthass zur Maxime erhoben zu haben scheinen. Dass dieser geistige Infekt gerade bei ihnen auftritt, mag daran liegen, dass er sich in einem Milieu mangelnder Bildung und des Unwissens besonders erfolgreich ausbreitet.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Entkleidet man den Rassismus-Vorwurf aller beabsichtigten Einseitigkeit, so bleibt die Strategie eines Kulturkampfes übrig, der sich gezielt gegen die abendländische Tradition und Lebensweise richtet

kommen kann. Solange aber etwa in den USA auf Beipackzetteln auf die verschiedene Wirkweise eines Medikaments bei Weiß und Schwarz aufmerksam gemacht wird, und solange die Genetik mit einem einzigen Blutstropfen die Zugehörigkeit hier oder dort feststellen kann, mag man den Begriff „Rasse“ verbannen, doch dann muss man sich eines anderen für dasselbe Phänomen bedienen. Im Hintergrund steckt natürlich die Gleichheits-Ideologie, die, sobald man von einem Unterschied zwischen zwei Menschen spricht, den einen bereits diskriminiert sieht.

Zur strategischen Überdehnung des Begriffs „Rassismus“ gehört es beispielsweise, dass die Aussage, in islamischen Ländern gebe es Christenverfolgung, als Rassismus gebrandmarkt wird. Wort wie Vorwurf beziehen sich nun nicht mehr auf den ursprünglichen Sinn, sondern geben den Raum frei auf ein ganz anderes Feld, den eines religiösen Bekenntnisses. Dass

Zeitenwenden für Künstler

Im Zwiespalt mit der Politik – Eine Ausstellung im Münchener Lenbachhaus beleuchtet die Kunst in der Zeit von 1918 bis 1955

VON CLAUDIUS-M. WOLFSCHLAG

Im Frühjahr 2022 präsentierte die Frankfurter Kunsthalle Schirn mit der Ausstellung „Kunst für Keinen 1933–1945“ unterschiedliche künstlerische Lebenswege während der NS-Zeit. Das Münchner Lenbachhaus scheint das Konzept für seine neue Schau „Kunst und Leben 1918 bis 1955“ übernommen zu haben. Und doch zeigen sich deutliche Unterschiede.

Bemerkenswert an beiden Ausstellungen ist, dass sie sich von gängigen Klischees und Vorverurteilungen in der Betrachtung der Kunst der NS-Zeit zu lösen versuchen. In Frankfurt lag der Fokus auf der „Inneren Emigration“, also jenen Künstlern, die zwischen der offiziellen „Hofkunst“ und den ins Ausland abgewanderten Systemgegnern standen.

Die Münchner Schau ist thematisch weiter gefasst. Nicht nur der Zeitrahmen wurde in die Weimarer Republik und die Nachkriegsjahre verlängert, sodass er bis zur ersten „documenta“ im Jahr 1955 reicht. Es wird auch ein deutlich breiteres Spektrum an künstlerischen Lebenswegen präsentiert. Zwar wurde auf die „Stars“ der NS-Kunst verzichtet, ansonsten aber zeigt sich die ganze Vielfalt künstlerischer Karrieren im Verlauf der NS-Zeit. Verfolgungsschicksale und abgebrochene Karrieren werden Widerstand und Anpassung gegenübergestellt.

Als Beispiel der Verfolgung wird der 1878 im pommerschen Stolp geborene Otto Freundlich gezeigt. Freundlich geriet als abstrakter Künstler und oppositioneller Exilant ins Visier der NS-Behörden. In seinem französischen Versteck denunziert, wurde er verhaftet und starb 1943 auf dem Transport in ein KZ.

Dass die Ideologie der Nationalsozialisten über der künstlerischen Wertung stand, zeigt sich hingegen am Beispiel Marie Heilbronnens. Ihre konservativ gemalten Raumszenen hätten unter anderen Umständen zu keinerlei Beanstandungen

der NS-Kunstkritik geführt. Doch die in München aktive Heilbronnin geriet aufgrund ihrer jüdischen Herkunft ins Visier der Häscher und starb laut Todesfallanzeige 1943 im Konzentrationslager Theresienstadt an einem Herzleiden.

Solchen Verfolgungsbiographien stehen politisch deutlich konformere entgegen, etwa Peter Kálmán, der 1944 auf die „Gottbegnadeten-Liste“ gesetzte Hermann Tiebert oder Emilie von Hallavanya, die 1933 in die NSDAP eintrat und in München auch auf den „Großen Deutschen Kunstausstellungen“ gezeigt wurde.

Abseits dieser beiden Pole präsentiert man zahlreiche Künstler, die sich in Grauzonen bewegten, Brüche oder zumindest scheinbare Widersprüche in der eigenen Vita aufweisen. Der Expressionist Karl Hofer zum Beispiel verlor 1933 sein Lehramt, wurde auf der Schmähausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt und ließ sich von seiner jüdischen Ehefrau scheiden, die daraufhin nach Auschwitz transportiert wurde. Gleichwohl war es ihm möglich, weiterhin in Galerien auszustellen.

Inkonsequente Kunstpolitik

Rudolf Schlichter malte einst als bekannter Porträtist sowohl Bertolt Brecht als auch Ernst Jünger. Nach der NS-Machtübernahme wurde ihm seine Vergangenheit in einer linken Künstlergruppe zum Verhängnis, was dazu führte, dass der mittlerweile bekennende Katholik an den Rand des Kunstlebens gedrängt wurde.

Das NSDAP-Mitglied Franz Radziwill wurde erst „außerordentlicher Professor“ in Düsseldorf, dann aber 1935 wieder entlassen, nachdem er wegen seines expressionistischen Frühwerks denunziert worden war. Er nahm dann Aufgaben als Funktionär in Friesland wahr und fand Unterstützer in NS-Kreisen. Dennoch wurden 1937 über 250 seiner Werke im Rahmen der Goebbels-Aktion „Entartete Kunst“ beschlagnahmt.

Karriere hingegen machten einige Nicht-Parteimitglieder. Carl Theodor



An den Rand des Kunstlebens gedrängt: Rudolf Schlichters Porträt von Bertolt Brecht

Protzen wurde auch ohne Parteiausweis ein gefeierter Maler des deutschen Autobahnbaus. Ähnlich ambivalent zeigte sich der Wiesbadener Wilhelm Heise, der als Vertreter der Münchner Sezession im Stil der Neuen Sachlichkeit malte. Er blieb in der NS-Zeit künstlerisch anerkannt, wur-

de 1937 als Professor an die Universität Königsberg und an die Frankfurter Städelschule berufen, obwohl kritisiert wurde, dass er kein Parteimitglied sei. Nach dem Krieg konnte der als unbelastet und persönlich integer bewertete Heise im Universitätsbetrieb verbleiben.

„Die nationalsozialistische Kunstpolitik war inkonsequent“, resümiert das Lenbachhaus auch anhand der Biographie von Julius Hüther. Der expressionistisch arbeitende Maler erlebte so während jenen Jahren zugleich Ausgrenzung wie Anerkennung. 1938 wurde eines seiner Bilder aus der städtischen Galerie Lenbachhaus als „entartet“ entfernt, ein Jahr später wurde ein anderes Werk dort wieder eingekauft. In Ungnade fiel er dann in der Bundesrepublik, als er 1951 zu einem Kulturkongress nach Leipzig reiste, der zum Ziel hatte, die kulturelle Einheit Deutschlands zu bewahren. Hüther wurde daraufhin nach der Rückkehr von den Münchner Behörden der Pass entzogen und er durfte bis zum Lebensende die Bundesrepublik nicht mehr verlassen.

Unterschiedlichste Strömungen existierten nebeneinander in jenen bewegten Jahren der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bei deren Präsentation verzichtet die Münchner Schau wohlthuend auf Wertungen. Einzig ein ausliegendes begleitendes Glossar, das sich Besucher auf den Rundgang mitnehmen können, bietet einige im Sinne des Zeitgeistes stark vereinfachte kunstgeschichtliche Einstiegsinformationen.

Somit ermöglicht die Ausstellung den Blick auf Brüche und künstlerische Kontinuitäten, die zeitlich weit über die NS-Zeit hinausreichen. Zweifellos ist die Schau vielfältig, informativ und kurzweilig. Doch hätte eine Fokussierung auf einzelne, exemplarisch ausgewählte Künstler gutgetan. Von diesen hätten dann gerne mehr als nur jeweils ein, zwei Bilder gezeigt werden können, um die sehr unterschiedlichen Lebenswege in den Jahren 1918 bis 1955 deutlicher zu machen. Dennoch lohnt ein Besuch.

● „Kunst und Leben 1918 bis 1955“ bis 16. April im Lenbachhaus, Luisenstraße 33, München, geöffnet täglich außer montags, von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 10 Euro. www.lenbachhaus.de

TV-KRITIK

Teufelinnen mit Pumps und Prosecco

Vier Zicken und mehrere Todesfälle – Achteiliges Frauenfernsehen in der ARD auf mokantem Niveau

Die gemeinsame Schulzeit auf dem „Sophianum“ hat das Frauen-Kleeblatt einst zusammengeschweißt. Nun sind alle erwachsen, leben in unmittelbarer Nachbarschaft und haben auch ihre Kinder auf die private Eliteschule gegeben, die von einem tyrannischen Direktor geleitet wird. Soweit, so alltäglich in gehobenen Kreisen, wo sich die Mütter regelmäßig auf einen gepflegten Prosecco treffen. Bis eines Tages ein junger Schüler aus dem Fenster springt und tödlich verletzt auf dem Pausenhof verblutet. Wenig später kommt auch der Direktor auf dramatische Weise zu Tode. Ist dessen Sturz von einer Brücke Selbstmord oder Mord?

Der Achteiler „Tage, die es nicht gab“ (ab 14. Februar, jeweils 20.15 Uhr, Das Erste) ist ein Glanzlicht, mit dem die ARD gleich zu Beginn des Jahres punktet. Vor allem das Frauenensemble überzeugt: Franziska Weisz spielt die Staatsanwältin Miriam, stets in Pumps und ärmellosen Seidentops unterwegs, die im Gerichtssaal den Part der Anklägerin einnimmt, aber privat zusehends den Boden unter

den Absätzen verliert. Diana Amft mit der gutmütigen Doris, die die Spedition ihrer Mutter übernimmt, aber von der kontrollwütigen Patriarchin und deren loyaler Sekretärin ein ums andere mal düpiert wird. Weltläufiges Flair bringt die von Jasmin Gerat verkörperte Ines ein, die mit

ihrem Mann und dem drogenabhängigen Sohn aus Paris zurückgekehrt ist, damit der verstockte Jugendliche im „Sophianum“ diszipliniert wird. Und schließlich ist da Franziska Hackl, die als Autorin Christiane den Unfalltod des einzigen Kindes nicht verwinden kann.

Die Regisseurinnen Mirjam Unger und Anna-Katharina Maier verblenden Gegenwart und Vergangenheit in rasantem Wechsel und schicken unterschiedliche Temperamente in den Schicksalsreigen. Harald Krassnitzer zeigt sich dabei ungewohnt böse, und Jutta Speidel gibt mit weißgrauem Kurzhaarschnitt eine mindestens so fiese Chefin wie einst Meryl Streep in „Der Teufel trägt Prada“.

Eine kleine, feine Rolle spielt Sissy Höfferer als lakonisch Kekse mampfende Ermittlerin. Die Österreicherin gibt eine Art weiblicher Columbo. Immer wenn ihr Assistent schon in der Tür steht, schiebt sie beiläufig noch eine Frage hinterher – und fügt prompt ein weiteres Teil ins Ermittlungspuzzle ein.

Die Serie entwickelt einen Sog, der über einen so langen Handlungsbogen hinweg selten geworden ist. Wollte man etwas kritisieren, dann die penetrant gefühlige Musikuntermalung. Wo vom Drehbuch so viele dramatische Akzente gesetzt werden, braucht es keinen musikalischen Verstärker mehr. *Anne Martin*



Frauen-Kleeblatt: Franziska Weisz, Diana Amft, Jasmin Gerat und Franziska Hackl

● MELDUNG

Das zerstörte Königsberg

Lüneburg – Vom 11. Februar bis 21. Mai präsentiert das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung in Lüneburg „Bilder von Königsberg – Blüte und Untergang“ mit Fotografien von Fritz Krauskopf (1882–1945). Der Fotograf hat das Bild Königsbergs vor und während seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg zum großen Teil geprägt. Seine meisterlichen Aufnahmen zeigen die Stadt in ihrer letzten Blüte und nach dem zweiten verheerenden Bombenangriff in der Nacht vom 29. auf den 30. August 1944. Buchstäblich bis zum Schluss war Krauskopf mit seiner Kamera in Königsberg unterwegs. Ein Teil der einzigartigen, geretteten Bilder wird in der Ausstellung gezeigt. Das Begleitprogramm umfasst unter anderem eine Führung am 21. Februar über das Ende der Großstadt und einen kostenlosen Online-Vortrag von Anton Holzer über Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg am 4. Mai (www.ol-ig.de). *tws*

WILHELM CONRAD RÖNTGEN

Der Entdecker der X-Strahlen

Der vor 100 Jahren gestorbene erste Physiknobelpreisträger revolutionierte mit seiner Entdeckung die medizinische Diagnostik

VON MARTIN STOLZENAU

Am 23. Januar 1896 stellte Wilhelm Conrad Röntgen im vollbesetzten Saal der Physikalisch-Medizinischen Gesellschaft in Würzburg den Wissenschaftlern vom Fach und Vertretern des Staates per Experiment die neu entdeckten X-Strahlen vor. Die Strahlen erlaubten einen „spukhaften Blick ins geheime Innere des Körpers“, machten zuvor Unsichtbares sichtbar und bedeuteten für die medizinische Diagnostik eine Revolution.

Röntgens Entdeckung löste ein weltweites Stauen aus, wurde von Thomas Mann im Roman „Zauberberg“ literarisch genutzt und trug dem Erfinder 1901 den ersten Nobelpreis für Physik ein. Der Wissenschaftspionier sorgte für die Erforschung der Radioaktivität, veröffentlichte rund 60 wissenschaftliche Arbeiten. Die Anwendung seiner Strahlen-Entdeckung ist bis heute in der medizinischen Diagnostik unverzichtbar und wird ständig weiterentwickelt.

Das Einzelkind wurde am 27. März 1845 im heute zu Remscheid gehörenden Lennep geboren. Sein Vater sorgte als Tuchfabrikant für den Wohlstand der Familie. Die Mutter stammte aus den Niederlanden. Dort besuchte Röntgen zunächst Utrechts Technische Schule, die er ohne besondere Leistungen wegen disziplinarischer Gründe vor dem Abitur verlassen musste. Das sorgte für Ärger mit den Eltern, die ihn dann ohne Reifezeugnis als Gasthörer an die Universität Utrecht schickten, wo er Vorlesungen in Mathematik und Physik besuchte. Aber das war auf Dauer keine Lösung.

Schulverweis in Utrecht

Deshalb durfte er mit 20 Jahren nach Zürich wechseln, wo Studenten ohne Abitur nach bestandener Aufnahmeprüfung an der Technischen Hochschule studieren konnten. Für den jungen Mann aus Lennep war das eine Alternative, die er nun fleißig nutzte. Er erschloss sich die Physik, wurde erfolgreich promoviert und



Ein Praktiker bei der Büroarbeit: Wilhelm Conrad Röntgen

Foto: Ullstein

mit dem Dokortitel von der Universität in Würzburg als Assistent übernommen. Das war sein Einstieg. Er forschte erfolgreich, bewährte sich mit seinen Erkenntnissen und wollte die Habilitation, um eine akademische Karriere zu begründen. Doch die Universitätsoberen in Würzburg verweigerten ihm wegen des fehlenden Schulabschlusses die Habilitation. Sein Abgang von der Technischen Schule in Utrecht hatte Spätfolgen.

Doch Röntgen ließ sich nicht unterkriegen, wechselte 1872 an die in jenem Jahr in Straßburg gegründete Kaiser-Wilhelm-Universität, wo er die nächsten Schritte seiner Karriere absolvierte. Der junge Physiker wurde außerordentlicher Professor, erlangte mit seinen wissen-

schaftlichen Veröffentlichungen erste Bekanntheit und wurde 1879 als ordentlicher Professor nach Gießen geholt, wo er erstmals ein festes Gehalt bezog und mit seinen Forschungen größere Bekanntheit erlangte. Damit wurde Röntgen, der inzwischen mit der Züricher Gastwirthochschule Anna Bertha Ludwig verheiratet war, für Würzburg wieder interessant. Man holte den aufstrebenden Gelehrten 1888 nach neunjähriger Tätigkeit in Gießen nach Würzburg zurück und erhob ihn mit verbesserten Konditionen zum Chef des Physikalischen Institutes.

Fortan zog er in Würzburg seine Kreise, forschte und lehrte, fungierte zeitweilig als Rektor der Universität und entdeckte im Rahmen vielgestaltiger Experi-

mente am 8. November 1895 die „X-Strahlen“. Bertha Röntgen, seine Frau, musste mit ihrer Hand als Versuchskaninchen herhalten. Die Strahlen machten „zuvor Unsichtbares sichtbar“. Röntgen selbst hat wohl erst schrittweise das ganze Ausmaß seiner Entdeckung erkannt.

Am 12. Januar 1896 stellte Röntgen sie bei einem Vortrag vor dem Kaiser öffentlich vor. Elf Tage später hielt er anlässlich einer Sitzung der Würzburger Physikalisch-Medizinischen Gesellschaft einen Vortrag vor Zuhörern aus allen Kreisen der Wissenschaft und Gesellschaft im vollbesetzten Hörsaal des Physikalischen Instituts. Die „Neue Presse“ aus Wien schrieb darüber: „Wie die gewöhnlichen Lichtstrahlen durch Glas gehen, so gehen

die neu entdeckten Strahlen durch Holz- und auch Weichteile des menschlichen Körpers.“ Röntgen betitelte seine Veröffentlichung darüber mit der Überschrift „Über eine neue Art von Strahlen“. Sie wurden in der Medizin in der Folge zur Erkennung von Knochenbrüchen, Tumoren und der Tuberkulose angewendet, in Varieté-Veranstaltungen einem staunenden Publikum präsentiert und in technischen Kabinetten gegen Eintritt vorgeführt. Damit begann eine neue Ära der Diagnostik in der Medizin.

Verzicht auf Patentierung

Der vom Elternhaus her wohlhabende Wissenschaftler verzichtete auf eine Patentierung, weil er das Wohl der Allgemeinheit im Sinn hatte und keinen persönlichen Profit erlangen wollte. Röntgen verzichtete damit auf Millionen von Mark. Sein Preisgeld vom Nobelpreis stiftete er der Universität Würzburg, die er dann als neuer Stern am deutschen Gelehrtenhimmel in Richtung München verließ, wo er noch zwei Jahrzehnte an der Ludwig-Maximilians-Universität forschte und lehrte.

In München starb Röntgen auch vor 100 Jahren, am 10. Februar 1923, an Darmkrebs. Seine letzte Ruhe fand der Forscher auf eigenem Wunsch auf dem Alten Friedhof in Gießen, das er lebenslang immer in bester Erinnerung behalten hatte. Entgegen dem erklärten Willen des bescheidenen Mannes wurden die X-Strahlen in seinem Heimatland und auch im benachbarten Polen nun nach ihm benannt. Seitdem gilt sein Name als Synonym für eine entsprechende Untersuchung. Der Bedeutung seiner Person und seiner Entdeckung entsprechend ist auch die Anzahl der Ehrungen. Inzwischen gibt es in Lennep das Deutsche Röntgen-Museum, in Würzburg eine Röntgen-Gedächtnisstätte, in der Walhalla bei Regensburg eine Röntgen-Büste und in Berlin wie in Remscheid und Gießen ein Röntgen-Denkmal. Dazu tragen in vielen deutschen Orten Straßen, Plätze und öffentlichen Einrichtungen seinen Namen.

STANISLAUS II. AUGUST

Die große Enttäuschung Katharinas der Großen

Die Reformbemühungen des letzten polnischen Wahlkönigs scheiterten an inneren wie äußeren Widerständen

Als Polens späterer letzter Wahlkönig, Stanislaus II. August, am 17. Januar 1732 im damals polnischen und heute weißrussischen Wolczyn beziehungsweise Woutschn zur Welt kam, schien er nicht nur geographisch meilenweit von der polnischen Krone entfernt. Stanisław Antoni Poniatowski gehörte nicht zum Hochadel. Andererseits war der polnische Landadlige im Ständesystem hoch genug angesiedelt, um die für sein weiteres Schicksal entscheidende Bekanntschaft mit der russischen Zarin Katharina II. zu machen.

Der polnische König August III. schickte den Polen, der bereits als 20-Jähriger auf dem polnischen Reichstag als Abgeordneter auftrat, an den Petersburger Hof zu Zarin Elisabeth. Dort lernte er die spätere Zarin Katharina kennen und lieben. Nach dem Tod Augusts III. 1763 sorgte sie – seit 1762 Russlands Alleinherrscherin – mit Unterstützung Friedrichs des Großen dafür, dass ihr Geliebter 1764 Augusts Nachfolger in Polen wurde.

Der polnische Günstling enttäuschte seine russische Förderin jedoch bitter. Statt ihre Marionette zu sein und nach



Vor 225 Jahren auf dem Sterbebett: Stanisław Antoni Poniatowski

ihrer Pfeife zu tanzen, versuchte der gebildete, fortschrittliche und aufgeklärte Monarch sein sehr zurückgebliebenes Land an die Spitze des Fortschritts zu katapultieren.

Damit stieß er jedoch nicht nur auf Widerstand bei einheimischen Adeligen, die um ihre Privilegien fürchteten, sondern auch bei der Zarin. Sie marschierte in sein Land ein. Da zwar ein russlandfreundliches, aber nicht ein russisches Polen mit dem europäischen Gleichgewicht vereinbar schien, kam es zur sogenannten ersten polnischen Teilung. Der Begriff „Teilung“ ist irreführend, da zwar alle Nachbarn einen Teil des Königreiches erhielten, der polnische Staat zumindest vorerst aber fortexistierte.

Das gleiche gilt für die sogenannte zweite polnische Teilung von 1793. Stanislaus II. August wollte von seinem Reformkurs nicht lassen. 1791 erhielt sein Königreich eine Verfassung im Geiste der Aufklärung, die als erste moderne Europas gilt. Wieder marschierten die Russen ein und annektierten ein Stück des Nachbarlandes. Da Preußens König Friedrich Wil-

helm II. Russlands Autokratin damit drohte, sie nicht mehr in deren Kampf gegen das ihr verhasste revolutionäre Frankreich zu unterstützen, erhielt auch Polens westlicher Nachbar ein Stück.

Aus Protest gegen diese sogenannte zweite Teilung kam es 1794 zu einem Militäraufstand unter Führung des Generals Tadeusz Kościuszko, der sogenannte Kościuszko-Aufstand. Der König wurde entmachtet – und wieder marschierten die Russen ein. In der sogenannten dritten Teilung wurde Polen 1795 nun tatsächlich in seiner Gänze unter seinen Nachbarn aufgeteilt. Sein König wurde zur Abdankung gezwungen. Nach dem Tode der Zarin, die er so sehr enttäuscht hatte, berief ihn ihr Nachfolger nach Sankt Petersburg, wo der Exilant am 12. Februar 1798 starb. Nach der Wiederherstellung polnischer Staatlichkeit wurden seine sterblichen Überreste 1927 von der Zweiten Polnischen Republik (II. Rzeczpospolita) in seinen Geburtsort überführt und 1995 von der Dritten Polnischen Republik (III. Rzeczpospolita) in die Kapelle des Warschauer Königsschlosses. *Manuel Ruoff*

VON HEIDRUN BUDDÉ

Mauer, Stacheldraht, Selbstschussanlagen und Minen – die jahrzehntelang existierende innerdeutsche Grenze war nahezu unüberwindbar. Wer das aufgezwungene und fremdbestimmte Leben im SED-Staat nicht mehr ertragen konnte, der dachte über unterschiedliche Fluchtmöglichkeiten nach.

Die Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages vom 21. Dezember 1972 mit der Ansage, „gut nachbarliche und normale Beziehungen“ zu schaffen, suggerierte den Bürgern, dass nun die Chance auf „Familienzusammenführungen“ bestehen würde. Das verführte Eltern zum Entschluss, allein die lebensgefährliche Flucht zu wagen, um danach die Ausreise der Kinder mit Hilfe der bundesdeutschen Behörden einzufordern.

Der Nachreisewunsch der Kinder war ein typischer Fall der „Familienzusammenführung“, denn mit der Flucht wurde die familienrechtliche Bindung nicht automatisch beendet. Die DDR-Rechtsordnung sah vor, dass das Sorgerecht nur bei „schweren schuldhaften Pflichtverletzungen“ (§ 51 Familiengesetzbuch) entzogen werden konnte. Dazu musste das Jugendamt eine begründete Klage beim Kreisgericht, Kammer für Familienrecht, einreichen. Das Gericht prüfte den Sachverhalt, hörte Zeugen an und sprach am Ende ein „Urteil im Namen des Volkes“.

Bei der Sichtung der noch vorhandenen Gerichtsakten fällt auf, dass der politische Aspekt des Kindesentzugs bei „Republikfluchten“ nur am Rande erwähnt wird. Als Beispiel sei hier die Akte eines Ehepaares, das gemeinsam zur See fuhr und diese Dienstreise zur Flucht nutzte, angeführt. Der Vater forderte die Nachreise seiner kleinen Tochter ein. Im Gerichtsverfahren, ohne Anhörung der Eltern, wurde ihnen eine lieblose Betreuung des Kindes unterstellt. Angeblich hätte es diese Kindeswegnahme auch ohne „Republikflucht“ gegeben.

Täter wurden verbeamtet

Das wirft die Frage auf, wie glaubwürdig die noch vorliegenden Gerichtsakten sind. War das öffentliche Gerichtsverfahren nur das „bestellte Schauspiel“ für ei-

nen Kindesentzug von „Republikflüchtlingen“, um den Anschein zu wahren?

Die Antwort auf diese Frage geben die einstmals geheim gehaltenen Vorschriften des Innenministers. Noch vor der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages, am 12. September 1972, erließ Friedrich Dickel die Dienstvorschrift Nr. 015/72 „über vertrauliche Regelungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr“ (Vertrauliche Verschlussache I 020 488). Hier wurde unter Punkt 6.1.2. aufgeführt, in welchen Fällen Übersiedlungsanträge für Kinder von „republikflüchtigen Eltern“ gestellt werden konnten. Dort heißt es: „Voraussetzung dafür ist, daß diese Kinder körperliche oder geistige Gebrechen besitzen; an chronischen Erkrankungen leiden; Hilfsschüler sind oder erhebliche Erziehungsschwierigkeiten bereiten und von denen eine positive Entwicklung nicht zu erwarten ist.“

Am 8. März 1977 regelte der Innenminister dann in seiner Ordnung Nr. 0118/77 (Vertrauliche Verschlussache I 020 815) unter Punkt 6b: „Folgende Entscheidungen sind entsprechend der jeweiligen Sachlage zu treffen bzw. dem Entscheidungsbefugten vorzuschlagen: ... die Ablehnung des Übersiedlungersuchens, insbesondere wenn die Zusammenführung mit Angehörigen erfolgen soll, die durch ungesetzliches Verlassen der DDR die Trennung herbeigeführt haben.“

Damit war das Ergebnis eines jeden Gerichtsverfahrens zum Entzug des Sorgerechts bereits aus dem „Untergrund“ vorgegeben. Die Jugendämter als Kläger vor dem Familiengericht mussten Klagebegründungen „erschaffen“, die diesen internen Forderungen entsprachen. Nur

Kinder, von denen kein „Nutzen“ mehr für den DDR-Sozialismus zu erwarten war, sollten in den Westen nachreisen. Allen anderen Eltern war das Sorgerecht zu entziehen.

Familien wurden zerstört

Die Entscheidungsvorbereitung, ob ein Kind nachreisen durfte, war keine abschließliche Aufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit, sondern man bediente sich auch der „fleißigen Helfer“. Innenminister Dickel übertrug in seiner geheimen Ordnung 0118/77 den Leitern der Jugendämter (in der Kompetenz des Ministeriums für Volksbildung von Margot Honecker) ein Recht auf „schriftliche Zustimmung“ zu den Nachreisearträgen.

Eine Entscheidung über diese „schriftliche Zustimmung“ setzte eine gründliche Sachverhaltsaufklärung voraus, und den Leitern der Jugendämter muss bekannt gewesen sein, was sie abzu prüfen hatten. Es wird Befragungen der Heimleiter oder Pflegeeltern zu diesen Kindern gegeben haben. Doch trotz intensiver Suche konnten diese Unterlagen nicht aufgefunden werden. Die Vernichtungen waren hierzu offensichtlich sehr gründlich. Da diese internen Vorschriften beim Zusammenbruch des Staates völlig unbekannt waren, setzten viele Leiter der Jugendämter, nun auf gut bezahlten Beamtenposten, ihre Tätigkeit fort. Bei Anfragen zu den Akten der Kinder verschanzte man sich hinter dem Datenschutz oder kann sich an nichts erinnern.

Den Willkürcharakter des Kindesentzugs zu beweisen, ist heute für die geflüchteten Eltern sehr schwierig. In den

Akten des Familiengerichts, wenn sie denn überhaupt noch da sind, wird das politische Motiv der Entscheidung nur nebensächlich erwähnt und ein Schriftwechsel zwischen den Jugendämtern in der DDR und in der Bundesrepublik wurde verhindert. Innenminister Dickel regelte in seiner geheimen Ordnung 0118/77: „Schriftwechsel zur Wohnsitzänderung von Minderjährigen mit Jugendämtern, anderen staatlichen Organen und Einrichtungen, Rechtsanwälten sowie sonstigen Institutionen der BRD und Westberlins ist nicht zu führen.“

So sehr sich die Eltern in der Bundesrepublik auch um die Nachreise ihrer Kinder bemühten, heute zeigen die einstmaligen geheimen Vorschriften, dass sie keine Chance hatten. Wer seinen Kindern eine lebensgefährliche Flucht ersparen wollte und den Versprechungen auf eine „Familienzusammenführung“ glaubte, wurde auf perfide Art und Weise für den politischen Ungehorsam bestraft.

Die Familien wurden so nachhaltig zerstört, und kein Funktionär von damals musste sich dafür verantworten. Selbst, wenn die Eltern ihre Kinder nach dem Zusammenbruch der DDR finden konnten, so waren sie sich inzwischen fremd. Die verpassten gemeinsamen Jahre und der nur schwer zu widerlegende Vorwurf, die Kinder mutwillig verlassen zu haben, verhindern noch heute oft eine Wiederannäherung.

● **Dr. Heidrun Buddé** ist Autorin einer 180-seitigen Monografie zu dieser Thematik. „Kindesentzug. Zerstörte Familien in der DDR“ ist dieses Jahr im Hamburger Verlag Tredition erschienen.

BELLE-ALLIANCE

Gefallene auf dem Dachboden

Die Redewendung „sein Waterloo erleben“ ist zu Recht ein Synonym für eine totale Niederlage. In der Schlacht bei Belle-Alliance oder Waterloo verlor Frankreichs Kaiser Napoleon I. endgültig Macht und Einfluss. Viel mehr als Macht und Einfluss verloren jene unter den fast 188.000 Teilnehmern der Schlacht, die diese nicht überlebten. Ihre Zahl wird auf über 20.000 geschätzt. Angesichts dieser beachtlichen Zahl stellt sich die Frage, wo die Leichen der Toten geblieben sind. Trotz intensiver Suche finden sich in unseren Tagen kaum noch menschliche Überreste auf dem damaligen Schlachtfeld.

Der belgische Archivar im Staatsarchiv Lüttich Bernard Wilkin und der deutsche Militärhistoriker Robin Schäfer bieten für dieses Phänomen eine makabre Erklärung: Die sterblichen Überreste seien in großem Stil und systematisch industriell zu Knochenkohle verarbeitet worden, die damals für die Filter zum Entfärben von Zucker verwendet wurde.

Nachdem Anfang Dezember Wilkin diese Theorie für das Verschwinden der sterblichen Überreste in einem Vortrag vorgestellt hatte, kam ein junger Geschichtsstudent auf ihn zu und informierte ihn, dass ein in der damaligen Kampfzone lebender älterer, gutsituierter Mann „zwei tote Preußen auf dem Dachboden“ hatte. Zur Rede gestellt, leugnete dieser Mann nicht. 1982, so der Belgier, seien die Gebeine bei Bauarbeiten in der Nähe eines Bachlaufs gefunden worden, und seitdem habe er sie auf seinem Boden – gemeinsam mit Ausrüstungsresten, die ebenso wie eine Strontiumisotopenanalyse und Untersuchungen des DNA-Materials darauf hindeuten, dass es sich bei den Toten um Preußen handelt. Am 10. Januar übergab der Mann die Knochen „in zwei Pappkartons“.

Möglicherweise aus Angst, ebenfalls des Besitzes sterblicher Überreste überführt zu werden, meldeten sich nun ein weiterer Mann sowie eine Frau, die seit Jahrzehnten einen Schädel auf ihrem Kamin stehen hatte. Die Knochen aus dem Besitz des weiteren Mannes sollen zu sechs Briten gehören. Sie sollen in der Erde entdeckt worden sein, da sich bei ihnen eine Kanonenkugel befand, die der Metalldetektor des Grabräubers anzeigte.

Widerlegt fühlen sich die beiden Historiker Wilkin und Schäfer in ihrer Theorie der industriellen Nutzung der Gefallenen der Schlacht bei Belle-Alliance indes nicht. Ihre Erklärung ist, dass diese wenigen nun aufgetauchten Überreste damals übersehen worden seien.

Im Gegensatz zur Frau, die ihren Schädel vom Kamin zurückhaben wollte, da er ihr mittlerweile ein Freund geworden sei, haben die beiden Männer den Besitz an den Knochen aufgegeben. Es stellt sich die Frage, was damit passieren soll.

Schäfer ist der Ansicht, dass unter den Gefallenen viele gläubige Menschen gewesen seien, die es für ihr Seelenheil als unerlässlich angesehen hätten, eine letzte Ruhestätte zu erhalten. Und die will er ihnen gönnen. Bei den Briten sieht Schäfer kein Problem, da die ihre Gefallenen stets beerdigen würden. In Deutschland hingegen sei kaum Interesse vorhanden. Keine staatliche Einrichtung fühle sich zuständig. M.R.



1984 am Ausländerübergang Checkpoint Charlie: Jutta Gallus (r.) und Sieglinde Bannischka (M.) demonstrieren für die Ausreise ihrer Kinder aus der DDR sowie Robert Riewendt (l.) für die seiner Verlobten

Foto: Ullstein

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Alarmrufe klingen von Tag zu Tag lauter und schriller: Das seit dem 30. November vergangenen Jahres allgemein nutzbare Sprachprogramm ChatGPT werde Betrug unter Schülern und Studenten Tür und Tor öffnen sowie darüber hinaus auch zahlreiche Angehörige der schreibenden Zunft wie Journalisten arbeitslos machen. Und tatsächlich handelt es sich hier um eine Form der algorithmenbasierten Künstlichen Intelligenz (KI) mit erheblichem Potential, was das automatische Erstellen von Texten aller Art betrifft.

Hinter ChatGPT stehen zahlreiche große Geldgeber, welche die Entwicklerfirma OpenAI in den vergangenen Jahren mit Milliardensummen unterstützt haben. Dazu zählen nicht zuletzt der Software-Gigant Microsoft und Amazon Web Services. Trotzdem ist der Abgesang auf den Menschen als Verfasser von Büchern, Fachtexten, Aufsätzen, Artikeln in Zeitungen oder Zeitschriften und so weiter momentan noch verfrüht. Wie der renommierte KI-Experte Gary Marcus von der New York University völlig zu Recht feststellte, kann sich der virtuelle Schreibroboter „in einem Moment brillant und im nächsten atemberaubend dumm“ äußern.

Das liegt unter anderem daran, dass ChatGPT mit Daten arbeitet, die bis zum Jahre 2021 gesammelt und dabei offenbar nicht immer von ausreichend kompetenten Personen auf ihre Korrektheit bewertet wurden. Daher neigt das Programm bisweilen dazu, krassen Unfug zu produzieren oder Informationen und dazugehörige Quellen komplett zu erfinden, um nicht als „unwissend“ zu erscheinen. Damit stellt ChatGPT letztlich eine Gefahr für die Gesellschaft dar, weil die Produktion von Falschnachrichten nun ganz neue Dimensionen erreichen kann. Andererseits ist es aber durchaus möglich, mit hinreichender Sicherheit festzustellen, ob Texte von Menschen oder der Künstlichen Intelligenz von OpenAI verfasst wurden.

Kein ausgeprägter Stil, keine Ironie

Das resultiert ganz wesentlich aus dem Funktionsprinzip von ChatGPT. Die Software verfügt über einen Grundstock von rund einer Billion Wörtern, deren Einsatz auf der Basis der Wahrscheinlichkeitsrechnung erfolgt. Das Wort, dessen Verwendung im jeweiligen inhaltlichen und grammatikalischen Kontext am wahrscheinlichsten ist, wird dann ohne Wenn und Aber ausgewählt. Dies führt dazu, dass die Texte allesamt steril wirken und keinerlei Überraschungen oder gar Witz bieten. So folgen Erörterungen zumeist mechanischen Einerseits-Andererseits-Schemata. Und da bestimmte Wörter wie „es“ oder „und“ besonders häufig vor-



Bis 2033 neun Zehntel aller Texte vom Computer? Das Programm ChatGPT ist bereits auf dem Vormarsch

Foto: Shutterstock

KOMMUNIKATION

Forscher wollen menschliche Autoren durch Computer ersetzen

Eine neue Software erstellt selbstständig Texte. Die noch unausgereifte Technik birgt viele Gefahren: Grobe Fehler und die Verwendung von Propagandahülsen könnten inflationär um sich greifen

kommen, tauchen sie in den Schöpfungen der KI auch überproportional oft auf. Gleichzeitig sind die aneinandergereihten Wortketten aber in aller Regel frei von sprachlichen Unkorrektheiten oder Fehlern, womit diese als gute Hinweisgeber für eine menschliche Urheberschaft dienen können.

Darüber hinaus fehlt ChatGPT jegliches tiefere Verständnis von der Welt, obwohl die Software im Rahmen ihrer Möglichkeiten lernfähig ist. Daraus resultieren dann solche groben Schnitzer wie die Behauptung, dass der Elefant die größten Eier lege. Der Nutzer darf der KI deshalb niemals blind vertrauen: Sie könnte ihm, wenn er sich als „Autor“ ausgibt, die Blamage seines Lebens beschern. Und der Leser der Texte wiederum wird jeglichen individuellen, durch eine ganz spezielle Lebenserfahrung und Mentalität geprägten Stil vermissen. Genauso wie subtile Andeutungen, feine Ironie, Sarkasmus, Spontaneität und elegante Spielereien

mit der Sprache. Natürlich werden die Programmierer ChatGPT noch von vielen Kinderkrankheiten kurieren. Eines können sie dabei allerdings nicht ändern: Die Optimierung der Software basiert auf dem Prinzip des verstärkenden Lernens durch menschliche Rückmeldung (RLHF für Reinforcement Learning from Human Feedback). Das heißt, die Künstliche Intelligenz erhält Antworten, welche ihrer Lösungen dem Aufgabensteller am meisten zugesagt haben, und orientiert sich nachfolgend daran.

Das linke Silicon Valley winkt

Wenn der „Trainer“ also kein Freund der Konservativen ist, dann werden ihm tendenziell abwertende Texte über entsprechende Parteien deutlich mehr gefallen als Lobeshymnen. Woraufhin die von ihm auf vermeintliche Perfektion getrimmte KI künftig noch mehr Negatives schreibt. Die Anwendung des RLHF innerhalb des weitgehend links geprägten Mikrokos-

mos des kalifornischen Silicon Valley, dem ChatGPT entstammt, führt somit zwangsläufig zur Zensur beziehungsweise massiven ideologischen Schlagseite. Diese äußerte sich bereits in solchen Kreationen der KI wie: „Die AfD ist eine Partei, die voller Vorurteile steckt. Sie spaltet und polarisiert und fördert Angst und Zwietracht.“

Angesichts dessen liegt es nahe, Dreierlei zu prognostizieren: Zum Ersten dürften Texte, die nicht auf der Welle des linken Mainstreams schwimmen, durch ChatGPT deutlich seltener ihren Job verlieren als jene, die tagein tagaus nur stereotype politisch korrekte Worthülsen aneinanderreihen. Zum Zweiten gibt es wohl bald überhaupt niemanden mehr, der noch willens ist, auch nur einen Cent für Geschriebenes zu zahlen, dem man seine ebenso künstliche wie manipulative Natur anmerkt. KI-Experten schätzen, dass 2033 bereits neun Zehntel des Lesestoffs für die Allgemeinheit maschineller

Herkunft sein werden. Die übrigen zehn Prozent könnten dann eine Art „Wasserzeichen“ tragen, das sie als zweifelsfrei menschlich markiert und zur Erhebung angemessener Vergütungen berechtigt.

Und zum Dritten steht ganz sicher ein permanenter Wettlauf zwischen zwei Gruppierungen bevor: Die eine davon wird intensiv daran arbeiten, Softwarelösungen wie ChatGPT zu optimieren, um das Etikett „Menschgemacht“ zu fälschen und eine nichtkünstliche Autorenschaft vorzugaukeln. Die andere wird unermüdet nach technischen Möglichkeiten suchen, die Verfasserschaft der KI nachzuweisen, egal wie ausgefeilt deren Produkte daherkommen. Erste solcher Programme gibt es bereits. So haben Forscher von der Harvard University gemeinsam mit Experten des IT-Konzerns IBM ein forensisches Werkzeug namens Giant Language Model Test Room (GLTR) entwickelt, das der schnellen Identifizierung von KI-generierten Texten dient.

WELTALL

Atommüll vor dem Einsatz in der Raumfahrt

Radioaktiver Abfall aus Kernkraftwerken soll den Raumschiff-Antrieb revolutionieren

Die meisten Raumfahrzeuge nutzen Solarzellen für die Stromversorgung. Allerdings gibt es auch Missionen in Gegenden, wo das Sonnenlicht nicht ausreicht oder komplett fehlt. So beispielsweise bei der Erkundung der sonnenabgewandten Seite des Mondes und tieferer Regionen des Weltalls. In solchen Fällen werden Atombatterien eingesetzt, welche mit radioaktivem Plutonium-238 bestückt sind.

Diese bezog die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) bislang aus den USA oder Russland. Aufgrund des Abbruchs der Beziehungen zu Russland und der stetig steigenden Kosten für Plutonium will die ESA nun selbst langlebige Energie-

quellen für ihre Raumflugkörper entwickeln, die das strahlende Isotop Americium-241 enthalten.

Deren Verwendung bietet zwei große Vorteile: Zum einen verschlingt die Stromproduktion mit Americium nur ein Fünftel der Summe, die bei Plutonium anfällt. Und zum anderen ist das Radionuklid leichter verfügbar, denn es kann aus den Abfällen von Kernkraftwerken gewonnen werden. Das haben Experimente am britischen National Nuclear Laboratory (NNL) in Sellafield bereits gezeigt. Andererseits besitzt Americium ein Manko, nämlich die etwas geringere Energieausbeute im Vergleich zu Plutonium, was schwerere Batterien erfordert, wenn die

gleiche Leistung erbracht werden soll. Dazu kommt, dass keine nennenswerten Erfahrungen mit der Verwendung von Americium in der Raumfahrt vorliegen. Deshalb beschloss der ESA-Ministerrat im vergangenen November, ein mit 29 Millionen Euro dotiertes Programm namens European Devices Using Radioisotope Energy (ENDURE) aufzulegen.

In nur drei Monaten zum Mars

Das Programm steht unter der Leitung von Véronique Ferlet-Cavrois und wird vom Europäischen Zentrum für Weltraumforschung und -technologie im holländischen Noordwijk koordiniert. In den kommenden drei Jahren soll das ENDU-

RE-Team verschiedene Prototypen von Americium-Batterien testen. Besonderes Augenmerk wird dabei der Sicherheit gelten, denn das hoch radioaktive Material darf selbst beim Absturz eines Raumflugkörpers oder der Explosion der Träger Rakete nicht in die Umwelt gelangen. Das erfordert eine äußerst solide Einkapselung des Americiums.

Der erstmalige Einsatz der neuartigen Radionuklid-Batterien ist für die frühen 2030er Jahre in der unbemannten ESA-Mondlandefähre Argonaut alias European Large Logistics Lander geplant. Deren Aufgabe würde unter anderem darin bestehen, den im Rahmen des Artemis-Programms der US-Raumfahrtbehörde NASA

auf dem Mond arbeitenden Astronauten als Kraftwerk zu dienen. Was insbesondere während der 14 Tage währenden Mondnacht von überlebenswichtiger Bedeutung ist.

Während die ESA das ENDURE-Programm verfolgt, entwickelt die NASA ihrerseits die Testplattform DRACO (Demonstration for Rocket to Agile Cislunar Operations). DRACO soll 2027 fertiggestellt sein und einen nuklearen Antrieb besitzen, der später in Mars-Raum Schiffen zum Einsatz kommen könnte. In diesem Fall rechnet die NASA mit Flugzeiten von lediglich drei Monaten bis zum Roten Planeten. Gestartet werden müsste dann allerdings vom Mond. W.K.



KÖNIGSBERG

„Kenig“ gedenkt E. T. A. Hoffmann

Gleich zwei Museen eröffneten Ausstellungen anlässlich des Geburtstags des deutschen Märchenerzählers

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW UND SERGEJ JAKIMOW

Es gibt zwei Königsberger, von denen man sagen kann, dass sie unter den heutigen Bewohnern von „Kenig“ zu den bekanntesten und beliebtesten Persönlichkeiten zählen: der Philosoph Immanuel Kant und der Erzähler Theodor Amadeus Hoffmann. Das regionale Museum der schönen Künste im Gebäude der ehemaligen Börse hat vor Kurzem eine Ausstellung anlässlich des Geburtstags von Hoffmann eröffnet.

Die Ausstellung entstand im Rahmen des Projekts „Hoffmann – Unser Zeitgenosse“ in Zusammenarbeit mit dem Museum Eremitage in St. Petersburg, und sie trägt den Titel „Neue Romantik“. Es handelt sich um einen romantischen Kontext, der mithilfe visueller Bilder geschaffen wurde, die sich in Fotografien widerspiegeln. Im Rahmen der Ausstellung gab es auch einen Vortrag über Hoffmanns Oper „Undine – Musik, Poesie und das Theater der Romantik“.

Dauer- und Wechselausstellung

Neben einer Wechselausstellung widmet das Museum E. T. A. Hoffmann eine Dauerausstellung, die einmal mehr seine besondere Rolle in der Kultur und Geschichte der Stadt verdeutlicht. Sie entstand unmittelbar nach dem Umzug des Museums in das Gebäude der ehemaligen Königsberger Börse. Die Ausstellung „Hoffmanns Stadt. Geheimnisse zweier Welten“ zeigt Kulissen und Puppen des Zeichentrickfilms „Hoffmanniana“ des Studios „Sojuzmultfilm“ sowie Elemente des Gefolges der Ära Hoffmann.

Die Ausstellung befindet sich im Untergeschoss der Börse, wo es schon zur Vorkriegszeit immer Restaurants gab. In postsowjetischer Zeit gab es hier einen Club und das Restaurant „Münzanstalt“. Das Ziegelmauerwerk sowie eine spezielle Beleuchtung verleihen der Ausstellung eine besondere Atmosphäre.

Der Ausstellungsraum präsentiert sich dem Besucher als eine Stadt in der Stadt. Der Schauplatz des Zeichentrickfilms stellt die Innenräume und Stadlandschaften des 18. und 19. Jahrhunderts nach, die von Hoffmanns schöpferischer Phantasie geprägt wurden.

Die Punkte auf einer Karte vom Königsberg der Hoffmann-Ära sind als zusammenhängende Orte markiert. In der fiktiven Stadt leben die Träumer Ernest und Anselm, der Salamander Lindhorst und der Mechaniker Mosh Paulman. In der Phantasiestadt besuchen ganz normale Menschen Bälle und Musikabende, sie gehen in Kneipen, trinken, flanieren über die Promenade und merken nicht, dass ihre ganze Welt nur die Fantasie des Autors ist. Die Popularität der Ausstellung zeigt, dass das Erbe Hoffmanns in Königsberg auch heute noch respektiert und geschätzt wird.

E. T. A. Hoffmann ist äußerst populär

Eine dritte Ausstellung wurde unter dem Titel „Hoffmann. Aus der Zeit gefallen“ am 24. Januar im Rahmen des XVII. Jahresprojekts „Hoffmanniana“ im Regionalmuseum für Geschichte und Kunst, der ehemaligen Stadthalle, eröffnet und die noch bis zum 12. März zu sehen ist. An der Eröffnung nahmen mehr als hundert Personen teil – Schriftsteller, Künstler, Museumsmitarbeiter, öffentliche



„Hoffmann unser Zeitgenosse“: Ziegelwände und eine gezielt eingesetzte Beleuchtung verschaffen der Ausstellung eine besondere Atmosphäre
Foto: J.T.

Vertreter sowie Literaturfreunde des deutschen Erzählers. Bei der Vernissage erklangen Harfen, das Literarische Theater führte Szenen nach Werken Hoffmanns auf und Märchenfiguren teilten den Gästen magische Vorhersagen mit.

Über 100 Eröffnungsteilnehmer

Außerdem begann im Rahmen der Eröffnung das VIII. Internationale Literarische Projekt „Russischer Hoffmann“, das jährlich mit Unterstützung des Ministeriums für Kultur und Tourismus des Königsberger Gebiets stattfindet. Der Wettbewerb war dem kreativen Erbe des Schriftstellers gewidmet. Jeder ab 17 Jahren konnte teilnehmen.

„Die Ausstellung ‚Hoffmann. Aus der Zeit gefallen‘ ist eine Reise in die Welt der Phantasmagorie des Schriftstellers, die es dem Zuschauer ermöglicht, sein Werk im Dialog mit dem Erbe des Meisters neu zu überdenken“, sagte der Kura-

„Die Ausstellung ‚Hoffmann. Aus der Zeit gefallen‘ ist eine Reise in die Welt der Phantasmagorie des Schriftstellers, die es dem Zuschauer ermöglicht, sein Werk im Dialog mit dem Erbe des Meisters neu zu überdenken.“

Valentin Pokladow
Museum für Geschichte und Kunst

tor der Ausstellung und Leiter des Kunstbereichs des Regionalmuseums für Geschichte und Kunst, Valentin Pokladow.

„Hoffmanniana“ seit 17 Jahren

Seit 17 Jahren führt das Königsberger Regionalmuseum für Geschichte und Kunst das groß angelegte Projekt namens Hoffmanniana durch, das dem schöpferischen Erbe des berühmten Landmanns gewidmet ist und jährlich Hunderte neuer Werke sammelt: Gemälde, Graphiken, dekorative und angewandte Kunst, Skulpturen und Glas. In Königsberg ist eine Kinderkunstschule nach dem deutschen Märchenerzähler benannt, im Dom erklingt die Musik des Komponisten und das Philharmonische Kammerorchester spielt seine Werke. Im Puppentheater der Stadt werden Stücke nach Hoffmann aufgeführt. Das Werk des Genies hat einen Nachhall in der modernen Welt gefunden.



Ausstellungseröffnung im Regionalmuseum: Der ehemalige Direktor Sergej Jakimow mit Schauspielerinnen

MELDUNGEN

Stadt verwaltet Hohes Tor

Allenstein – Die Verwaltung von Allenstein hat von der Polnischen Touristik- und Landesgesellschaft PTTK eines der ältesten Gebäude der Stadt übernommen. Es geht um das Hohe Tor aus dem 14. Jahrhundert und das daran anliegende Hostel. Seit 1948 wurde es vom PTTK verwaltet und genutzt. Bei der Prüfung des Eigentums am Gebäude 2019 wurde festgestellt, dass 1951 das damalige Präsidium des Städtischen Nationalrats es an den PTTK auf Grundlage eines Beschlusses vergeben hat, der sich auf keine rechtliche Vorschrift beruft. Die Frage ging zwei Jahre lang durch alle Ebenen der Verwaltung bis zum Verwaltungsgericht, die alle der Stadt Allenstein Recht gaben. Die Stadt übernimmt das Gebäude formell, der PTTK möchte jedoch weiterhin dort tätig sein. Nach der Prüfung des technischen Zustands der Gebäude wäre eine Verpachtung durch die Stadt möglich, und die Bedingungen dafür Verhandlungssache, signalisieren beide Seiten. U.H.

Hilfe für die Marschen

Elbing – Die lokale Selbstverwaltung eilt den Marschen der Weichsel zu Hilfe. Es geht um eine Modernisierung der Melioration sowie eine Sicherung dieser Überflutungen und Hochwasser besonders ausgesetzten Region. Die Initiative zur Rettung dieser spezifischen Region geht von den Bauern der Marschen aus. Sie fühlen sich in den beiden Woiwodschaften Pommern und Ermland-Masuren, in denen die Marschen liegen, von den anderen Teilregionen an den Rand gedrängt und vergessen. Bei einem ersten Treffen der Vertreter der Selbstverwaltung mit denen der Regierung Anfang Dezember wurde ein zweigleisiges Vorgehen angestoßen – allgemein zielgerichtet auf Regierungsebene und dann gemeinsam mit den Verwaltungen ein konkretes Programm für die Marschen. In einem ersten Schritt wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich der Bedürfnisse des ganzen Gebiets der Weichselmarschen annimmt. U.H.

Zertifikate für gotische Burgen

Allenstein – Bereits zum 19. Mal hat die Polnische Tourismus-Organisation (POT) Zertifikate vergeben. Sie sind ein Element der Werbung für die Republik Polen als touristisch attraktiver Staat. Die Entscheidung fällt eine Jury aus Experten aus dem Bereich Touristik und Marketing, aber auch Akademikern und Medienschaffenden. Unter den 15 touristischen Produkten, die unter 46 Kandidaten ausgewählt wurden, ist auch der 1997 entstandene Pfad der gotischen Burgen. Zur gleichnamigen Gesellschaft unter dem Vorsitz von Allensteins Bürgermeister Piotr Grzymowicz gehören 16 Gemeinden. Ihre Tätigkeit richtet sich an Touristen, die an den Deutschordens-Burgen interessiert sind. Den Einwohnern der Gemeinden soll die Geschichte ihres Wohnorts nähergebracht werden. U.H.

FOTO: KALININGRADER REGIONALMUSEUM FÜR GESCHICHTE UND KUNST

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Jendrysik, Elsa, geb. Unruh, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Krause, Gerhard, aus Mohrunge, am 14. Februar
Ravn, Elfi, geb. Kuczinski, aus Sawadden, Kreis Lyck, und Herzogsmühle/Röbel, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Teiwes, Martha, geb. Schliffski, aus Ortelsburg, am 12. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Jestrzanski, Hildegard, aus Lyck, am 12. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gathmann, Elfriede, geb. Pruß, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Kleszewski, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Borowy, Siegfried, aus Kobilinen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar
Hellwich, Roland, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Redmer, Elfriede, geb. Hartmann, aus Wehlau, am 11. Februar
Springer, Erich, aus Romau, Kreis Wehlau, am 11. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baranski, Ingeburg, geb. Winkler, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 11, am 13. Februar
Fehrle, Hildegard, geb. Schrubba, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Gerlach, Marie-Anne, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Februar
Katzingski, Friedrich, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Kieselbach, Erika, geb. Budzinski, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Lüneburg, Dr. Hartmut, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 11. Februar
Melzer, Ruth, geb. Thierenbach, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Beister, Ilse, geb. Berger, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Dreimann, Elfriede, geb. Christochowitz, aus Langheide, Kreis Lyck, am 10. Februar
Höhn, Gerda, geb. Oelsner, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 14. Februar
Joneleit, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 37, am 12. Februar
Knapp, Klara, geb. Bendzko, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 15. Februar
Schmidt, Erika, geb. Liedtke, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Wachsmuth, Herta, geb. Brozio, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 16. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dannowitz, Inge, aus Sentken, Kreis Lyck, am 13. Februar
Jedamcik, Christel, geb. Cittrich, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. Februar
Lojewski, Gisela, geb. Lojewski, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. Februar
Luszek, Günter, aus Wallenr. Lindenhof, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Passiep, Hildegard, geb. Kollek, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 10. Februar
Ruthkowski, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. Februar
Sawischlewski, Gertrud, geb. Bergholz, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Tölke, Ursula, geb. Kupzik, aus Quellbruch, Kreis Ebenrode, am 14. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Böttcher-Pannwitz, Hildegard, geb. Przygodda, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Bubienko, Hildegard, geb. Czipull, aus Montzen, Kreis Lyck, am 11. Februar
Burdinski, Heinrich, aus Magdalen, Kreis Neidenburg, am 15. Februar
Fabricius, Irmgard, geb. Kurowski, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 13. Februar
Günther, Horst, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Loosen, Horst, Wilhelm, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Meynert, Erna, geb. Seidlitz, aus Borken, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Okuniek, Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Präkel, Klara, geb. Wenzlawski, aus Skudayen, Kreis Neidenburg, am 11. Februar

ANZEIGE

Seltenes aus Kaliningrad
700 JAHRE GARNISON IN KÖNIGSBERG/Pr. 1255-1945
von D. Dunajewski
Kaliningrader Historiker
23 S. deutsch/russ. Text, Bildband, z.T. farbig, 633 Fotos, zweisprachig beschriftet, auf 350 S. Hartpappen-Einband
65 EURO inkl. Versand
bestellbar: 0176/28142806
Mail: pommereit@gmx.de

Prietz, Renate, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Sander, Eva, geb. Heyer, aus Treuburg, am 16. Februar
Schönfeld, Elfriede, geb. Druba, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Schwarz, Heinz, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 11. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Augustsson, Gertrud, geb. Dolenga, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Busgen, Irmgard, geb. Hahn, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Gayk, Werner, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Hetkamp, Edith, geb. Wilks, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Hufenbach, Helene, geb. Bumann, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 13. Februar
Marquardt, Gisela, geb. Kroppeit, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Meiritz, Irene, geb. Gutt, aus Auer, Kreis Mohrunge, am 15. Februar
Schulz, Lucie, geb. Neumann, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Teller, Günter, aus Wehlau, am 12. Februar
Tietz, Gerhard, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Zepik, Paul, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 14. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Albat, Ilse, geb. Demgen, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 14. Februar
Gehrke, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Purwin, Heinz, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 13. Februar
Rees, Christel, geb. Lenkeit, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Schulz, Werner, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 10. Februar

Skarzynska, Hildegard, geb. Plaga, aus Markau, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Stahlberg, Elfriede, geb. Rattay, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Warias, Horst, auf Erben, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Cittrich, Bruno, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 13. Februar
Doden, Dora, geb. Saunus, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Fibik, Ilse, geb. Opretzka, aus Kalenau, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Hamann, Frida, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Februar
Hofmaier, Ursula, geb. Petruck, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Koepke, Heidi, geb. Rautenberg, aus Kl. Medenau, Kreis Königsberg, am 10. Februar
Koschkoweit, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. Februar
Loeper, Helmut, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 13. Februar
Lorius, Anneliese, geb. Lallo, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 11. Februar
Plebuch, Horst, aus Wittenberg, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Februar
Prawda, Alfred, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Rimkus, Paul, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Taudien, Ingrid, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Zipperling, Brigitte, geb. Ohneszeit, aus Wehlau, am 10. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Babst, Werner, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 15. Februar
Bandelow, Elfriede, geb. Borawski, aus Lyck, am 15. Februar
Bausze, Hildegard, geb. Brenke, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Brüggemann, Inge, geb. Friese, aus Himmelforth, Kreis Mohrunge, am 12. Februar
Dalege, Helga, geb. Wrobel, aus Lyck, am 11. Februar
Dzugga, Herbert, aus Rogonnen,

ANZEIGE

Ein „Jahrhundert Marjellenchen“, geboren im Land der 1000 Seen, hat Geburtstag.
Elfriede (Elfi) Ravn
geb. Kuczinski
11. Februar 1923
in Sawadden, Kreis Lyck
In Liebe und mit tiefstem Dank gratulieren wir herzlich
Tochter Margrit und Schwiegersohn Rudolf

Kreis Treuburg, am 13. Februar
Haase, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. Februar
Hasseln, Elfriede von, geb. Buxa, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. Februar
Hegenbarth, Brünhild, geb. Kölm, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 16. Februar
Hofer, Hildegard, geb. Schwabe, aus Kögsten, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Hundrieser, Kurt, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 12. Februar

Kloth, Ingrid, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 13. Februar
Lanitz, Astrid, geb. Kotschessa, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Lask, Reinhold, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 15. Februar
Lendrich, Rosemarie, geb. Himburg, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 14. Februar
Morscheck, Hannelore, geb. Lauwige, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Pallasch, Klaus, aus Thomken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Peter, Dorothee, geb. Schimmelpfennig, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 15. Februar
Schimkat, Werner, aus Wehlau, am 10. Februar
Seifert, Ingrid, geb. Boriß, aus Lyck, am 12. Februar
Wegner, Iris, geb. Lange, aus Paggehnen, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Werth, Sieglinde, geb. Wolf, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 16. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beier, Ralf, aus Treuburg, am 11. Februar
Gerwien, Klaus, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 10. Februar
Kaspereit, Margrit, geb. Rolke, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Kühne, Ingrid, geb. Baranski, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 14. Februar
Warthun, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hohmann, Gisela, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Mahlau, Helene, geb. Perschon, aus Güldenboden, Kreis Mohrunge, am 15. Februar
Perschon, Christine, aus Güldenboden, Kreis Mohrunge, am 15. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahme-

antrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

18. und 19. März: **Arbeitstagsung der Kreisvertreter** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt
15. und 16. April: **Arbeitstagsung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg
21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt

7. Oktober: **26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: **14. Deutsch-Polnischer Kommunalpolitiker Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagsung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ost-**

preußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de,
Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Kulinarisches

Hof – Sonnabend, 11. Februar, 13 Uhr: Treffen zum Thema „Kulinarisches aus Ost- und Westpreußen“. Zu essen gibt es Königsberger Klopse. Um Anmeldung wird gebeten.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Bremen

Bremen – Wir alle sind froh, dass die Einschränkungen, die uns aufgrund der Vorsichtsmaßnahmen infolge der vielen Corona-Infektionen auferlegt waren, nun hinter uns liegen!

Mit etwas Verspätung laden wir ein zum traditionellen BREMER WEST- UND OSTPREUSSENTAG im Hotel Robben Grolander Krug, Emslandstraße 30, in Bremen-Grolland. (BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“).

Termin: Mittwoch, 1. März, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr.

Nach der Begrüßung besteht die Gelegenheit, Kaffee und Kuchen zu bestellen.

Zur Unterhaltung haben wir wieder das „Akkordeon-Duo Cornelia & Klaus“ eingeladen. Die beiden Musiker werden mit uns ein Wunschkonzert u. a. mit Frühlingsliedern gestalten. Der traditionelle „Pillkaller“ ist in diesem Jahr nicht mehr Bestandteil des Essens. Wir werden allerdings dafür sorgen, dass die Zutaten im Hause sind und ein „Pillkaller“ auf

Wunsch bestellt und genossen werden kann.

Für die Veranstaltung gelten folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Klopse): 19 Euro, Eintritt und Essen (veganes Currygericht): 15 Euro.

Sie können Ihre Anmeldung telefonisch bei Barbara Richter (Telefon 0421-405515) oder bei Dagmar Schramm (Telefon 04298-698765) vornehmen. Beide Anschläge verfügen über Anrufbeantworter, auf denen Sie gegebenenfalls Ihre Namen und Rückrufnummern hinterlassen können.

Sie können sich auch elektronisch per E-Mail anmelden bei heinrichlohmann@gmx.de. Wir benötigen Ihre Anmeldung, da wir die erforderlichen Portionen im Voraus kostenpflichtig bestellen müssen.

Da uns derzeit leider niemand für die Geschäftsstellenbesetzung zur Verfügung steht, ist in der Parkstraße 4 weiterhin keine Anmeldung möglich.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Mitgliederversammlung und Heimatnachmittag

Donnerstag, 23. Februar, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Mitgliederversammlung und Heimatnachmittag der HKG Elchniederung, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei Hartmut Klingbeutel unter Telefon (040) 444993 oder Mobil (0178) 32 72 152.

PAZ wirkt!



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bock **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Tel. (06151) 148788

Fasching

Wiesbaden – Sonnabend, 11. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen-Saal, Friedrichstraße 35: Krepplkaffee. Unter dem Motto „Spaß an der Freud“ wollen wir eine fröhliche und beschwingte Zeit verbringen mit lustigen Beiträgen und Gesang. Kommen Sie zu dem bunten Nachmittag – am besten mit guter Laune und lustiger Kopfbedeckung. Wer an dem Nachmittag etwas beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat unter Telefon (06122) 15358 oder einem anderen Vorstandsmitglied.

Schmandhering

Wiesbaden – Donnerstag, 23. Februar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: gemeinsames Mittagessen à la carte – vorgesehen ist auch Schmandhering. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 17. Februar bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder Ilse Klausen unter Telefon (06122) 14808. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße

Wetzlar – Dienstag, 14. Februar, „Ostpreußischer Humor“: Vortrag von Dietmar Strehlau, Hüttenberg. Die Monatstreffen sind jeweils um 11 Uhr (Programmbeginn), gemeinsames Mittagessen um 12.30 Uhr, Gaststätte „Matchball“ beim Tennisplatz im Bodendorf, 35576 Wetzlar, Telefon: (06441) 45439.

Kontaktanschrift: Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg, Tel. (06441) 770559, Fax (06441) 770558, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de.

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Regelmäßige Treffen

Lüneburg – In Treue zur Heimat und stets in dankbarer Erinnerung an den jahrelangen Vorbildlichen Einsatz von Christa Harms und davor von Rosemarie von Renner-Herzke wird die Lüneburger Gruppe der Ost- und Westpreußen sich auch in diesem Jahr regelmäßig an jedem dritten Donnerstag im Monat treffen. Auf dem Programm stehen Vorträge über Ostpreußen wie es war und was sich heute in Nord- und Süd-Ostpreußen tut sowie ein Besuch im Ostpreußischen Landesmuseum und in der Schloßberger-Pillkaller Heimatstube in Winsen. Gepflegt wird auch in diesem Jahr der Kontakt zu den benachbarten ostpreußischen Landsmannschaften. Gäste sind bei den Veranstaltungen stets willkommen.

Barbara Loeffke

tungen stets willkommen.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Preußentag 2023

Die LO Landesgruppe Schleswig-Holstein hatte zum 15. Januar 2023 zu ihrem traditionellen Preußentag eingeladen, zu dem der Vorsitzende Edmund Ferner 41 Mitglieder und Gäste begrüßen konnte.

Insbesondere begrüßte er die beiden Referenten Annemete von Vogel und Dr. Christoph Jahn sowie Fedor Mrozek, Vorsitzender des BdV Landesverband Schleswig-Holstein und Stephan Ehmke vom VdH Kiel.

Ferner, gleichzeitig auch Landeskulturreferent, ging auf den Preußentag ein und stellte fest, dass das Wort Preußen bei Politi-

kern oft aus fehlender Geschichtskennntnis seine Bedeutung verloren hat, und verwies zum Beispiel auf Claudia Roth, Kulturstaaatsministerin, die das Wort Preußen aus der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ gestrichen haben will oder die Außenministerin Baerbock das Wort „Bismarckzimmer“ in ihrem Amtssitz streichen will, das die bisherigen Amtsinhaber akzeptiert hatten.

Sodann zitierte Ferner einleitend zum Preußentag: „Was ist Preußen? Preußen ist weder Volkstum noch Rasse. Preußen ist Haltung und niemals Masse. Preußen ist Pflicht nach Immanuel Kant. Preußen ist Treue zu Volk und Land. Dienen der Sache bis in den Tod. Und Griff zu den Waffen erst in der Not.“

Dem folgte ein Zitat von Philipp Winkler: „Es ist so schade; die Deutschen waren einmal ein so aufrichtiges, gebildetes und edles Volk ... Das sind wir immer noch, wir werden nur katastrophal präsentiert.“

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

Zur Abrundung zum Thema Heimat und Vaterland trug Ferner aus dem Spruchschatz von Ernst-Moritz Arndt das Gedicht vor:

„O Mensch, du hast ein Vaterland, ein heiliges Land ...“

Nach diesen einführenden Worten zu Preußen, Heimat und Vaterland berichtete Dieter Wenskat von der Jahreshauptversammlung der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) 2022, die wie gewohnt im Internationalen Evangelischen Tagungszentrum in Wuppertal stattfand.

Von der OLV-Jahreshauptversammlung gibt es ein Protokoll, auf das zurückgegriffen werden kann. Besondere Ereignisse waren nicht zu vermelden.

Es folgte ein Vortrag von Annetete von Vogel über Agnes Miegel (1879-1964). Vogel kannte Agnes Miegel, die eine Freundin ihrer Großmutter war, schon als Kind. Sie wuchs an der Schaumburg auf, besuchte das Gymnasium in Rinteln und studierte in Berlin Schulmusik und Anglistik. Ihr Schwerpunkt lag dabei auf dem Fach Rezitation. Vogel ist 2. Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gemeinschaft e.V. Auf ihrem heutigen Programm standen folgende Texte von Agnes Miegel: „Wunderbares Weben, „Das Lied des Nöck“ (Prosa), „Die Frauen von Nidden“ (vorgetragen von Edmund Ferner), „Frühling“, „Mainacht“, „Die Mär vom Ritter Manuel“, „Fragment“, „Die Braut“ und „Die Fähre“.

Die einzelnen Texte wurden von ihr durch Kommentare zu Agnes Miegel ergänzt. Mit ihrer ge-



Referierte über Agnes Miegel: Annetete von Vogel

schulden Vortragsweise und den vielen frei gesprochenen Texten und Gedichten hatte Vogel das Auditorium schnell in ihren Bann gezogen. Insbesondere ihre ausgesuchten Schriften von Agnes Miegel waren anspruchsvoll. Es war

ein Genuss und eine Augenweide, ihr zuzuhören und sie zu sehen.

Ihr Vortrag wurde mit viel Applaus und Dankesworten von Ferner belohnt. Die ausgelegten Schriften von Agnes Miegel wurden gerne erworben.

Bis zur Mittagspause war noch etwas Zeit, die von Herrn Gaweins mit ernstem, aber meist humorvollen ostpreußischen Geschichten ausgefüllt wurde.

Der Nachmittag begann mit einem Vortrag von Dr. Christoph Jahn, der über das Thema: „Unter dem Sand des Samlands – Archäologische Forschung in Ostpreußen“ referierte. Mit vielen Fotos und Grafiken entführte uns Jahn in die archäologische Geschichte des Samlands und darüber hinaus auch nach Europa. Dieser interessante Vortrag ist es Wert, ihn in einer der nächsten Ausgaben zu veröffentlichen.

Im Anschluss des Vortrages wies Ferner darauf hin, dass 2024, zur 300-Jahrfeier von Immanuel Kant, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg um vier Räume erweitert wird. Es sollte in den Organen der LO für einen Besuch des Museums erworben werden.

Von Graw wird auf das neue Museum in Oksbøl, Dänemark, hingewiesen. Die Erinnerung an die deutschen Flüchtlinge in Dänemark ist verblasst. Nun soll ein Museum nicht nur von deutschen Vertriebenen erzählen, sondern auch von Geflüchteten heute.

Dr. Walter Rix, der auch Dozent an der Kant-Universität in Königsberg war und durch die Unterstützung von Institutionen Verbindungen zu den Menschen der russischen Region hat, richtet einen Appell an alle, die in irgendeiner Weise in diesem Gebiet tätig sind oder Verbindungen haben, diese „Kanäle“ trotz des russischen Krieges nicht abreißen zu lassen. Der Krieg ist die eine Seite, der Mensch ist die andere Seite

und wir brauchen die Menschen dort, insbesondere, wenn sich die Verhältnisse wieder bessern.

Fritjof Berg stellte sodann noch sein Buch über Königsberg vor, das durch einen Flyer auf den Tischen angekündigt war.

Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden Edmund Ferner sangen wir unser Ostpreußenlied und beendeten den Preußentag 2023. Hans-Albert Eckloff

Das Programm beginnt um 10 Uhr mit einem Gesangsvortrag, es folgen das Geistliche Wort und die Totenehrung, die Begrüßung durch die Kreis- und Stadtvertreter. Die Festrede hält Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter von Rastenburg. Nach einer musikalischen Einlage ist Zeit zur Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums und zum Plachandern.

Die Veranstaltung schließt mit Gesang und dem gemeinsamen Singen des Ostpreußen-Liedes sowie mit dem Schlusswort des Kreisvertreters der Elchniederung.

Monatstreff

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 14. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark, Burg auf Fehmarn: Monatstreffen der Landsmannschaft Ost, Westpreußen und Danzig mit Kriminalkommissar Gernot Schneider aus Lübeck mit einem Vortrag über „Enkeltrick und Betrug am Telefon“. Gäste sind herzlich willkommen.

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Nachbarschaftstreffen

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9.30 Uhr, Krone Bier- und Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, direkt neben dem Landesmuseum: Treffen der Mermelstromer, Elchniederung, Tilsit-Ragniter und der Tilsiter zu einer gemeinsamen Veranstaltung.



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 23. April, Einlass 11 Uhr, Beginn 11.30 Uhr, Zur Blockhütte, Koggenweg 1, 23558 Lübeck: Regionaltreffen Nord in Lübeck. Die Veranstaltung findet diesmal in neuen Räumen statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich.

Fragen beantwortet Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

PAZ wirkt!

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 grid and a 6x6 grid at the top left.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers pre-filled.

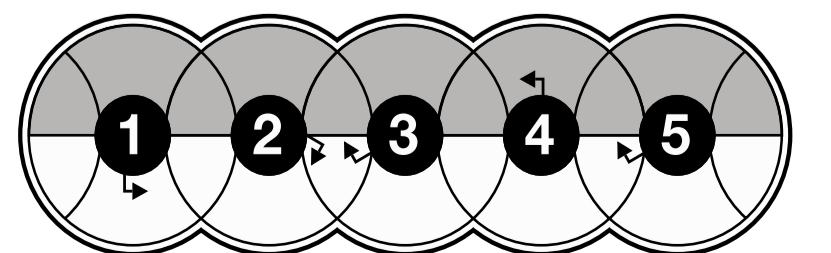
Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 indicating starting points.

Diagonalrätsel Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei europäische Städte. 1 eine Europäerin 2 Material zum Feueranzünden 3 lärmendes Treiben; Krawall (ugs.) 4 Erwiderung; Nachbildung 5 Stoffmuster 6 verantwortlich führen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Brauch vor einer Hochzeit. 1 ungewungen; nachlässig, 2 Ritze, Riss, 3 Palast des Sultans, 4 Fallen der Börsenkurse (französisch), 5 schicken; ausstrahlen



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wriester Str. 1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Mitgliederversammlung

Lüneburg - Freitag, 19. Mai, 14 Uhr, Hotel Bergström, Bei der Mühle, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 3080: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit mit folgender Tagesordnung:

TOP 1: Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter, TOP 2: Wahl des Protokollführers, TOP 3: Totenehrung, TOP 4: Wahl des

Versammlungsleiters, TOP 5: Vorstellung der Tagesordnung durch den Versammlungsleiter, TOP 6: Bericht des Kreisvertreter, TOP 7: Bericht des Schatzmeisters, TOP 8: Bericht des Dateiverwalters, TOP 9: Bericht des Geschäftsführers und Verantwortlichen für die Internetseite, TOP 10: Abstimmung über drei Satzungsänderungen:

1. Paragraph 9,9 (alt): „Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn mindestens 13 Mitglieder anwesend sind.“ (neu): „Der Kreistag beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.“ 2. Paragraph 9,13 Spiegelstrich (alt): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Kreis Ausschusses.“ (neu): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Vorstands.“

3. Paragraph 10,8 (alt): „Der Kreis ausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Kirchspielvertreter kommissarisch einzusetzen.“ (neu): „Der Kreis ausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Vereinsmitglieder kommissarisch mit Ämtern zu betrauen.“, TOP 11: Vorstellung des Wahlablaufs durch den Versammlungsleiter, TOP 12: Wahl des neuen Kreistages für die Wahlperiode 2023 bis 2027, TOP 13: Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Der Kreistag besteht aus 21 Mitgliedern, aus den Kirchspielvertretern und den sogenannten weiteren Vertretern. Zur Wahl stehen Vertreter für die meisten der folgenden Kirchspiele: Altenkirch, Argenbrück, Breitenstein, Groß Lenkenau, Hohen salzburg, Königskirch, Rautenberg, Sandkirchen, Schillen, Trappen, Ragnit-Land/Tilsit-Land, Neuhof-Ragnit/Stadt Ragnit.

Als sogenannte weitere Vertreter sollen gewählt werden: der

Kreisvertreter, der Geschäftsführer, der Schatzmeister, der Protokollführer, der Beauftragte für die Chronik und das Archiv, der Dateiverwalter, zwei Revisoren, ein stellvertretender Revisor, der Beauftragte für Sonderaufgaben, der Betreuer der Heimatstube, der Zuständige für Rückläufer von Heimatbriefen, der Beauftragte für die Öffentlichkeitsarbeit.

Kreistagsmitglieder können mehrere Ämter innehaben. Wahlvorschläge zum neuen Kreistag sind bis zum 15. März 2023 dem Kreisvertreter einzureichen. Dem Wahlvorschlag muss eine vom vorgeschlagenen Kandidaten unterschriebene Einwilligungserklärung beiliegen. Der Wahl schließt sich die konstituierende Sitzung des neu gewählten Kreistags an.

Nach dem gemeinsamen Abendessen ist ein gemütliches Beisammensein geplant. Es empfiehlt sich sehr, die folgende Nacht in Lüneburg zu verbringen, um

am Nachbarschaftstreffen teilnehmen zu können, das am 20. Mai ebenfalls in Lüneburg, in unmittelbarer Nähe zu unserem Tagungshotel, stattfindet.

Dieter Neukamm,
Kreisvertreter

rung. Falls Sie sich nicht mehr zutrauen, eine Reise nach Lüneburg selbst durchzuführen, bitten Sie doch Ihre Kinder oder Enkel, Sie zu fahren - die Veranstaltung fällt möglicherweise auch denen.

Dieter Neukamm

Nachbarschaftstreffen 2023

Lüneburg - Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Beginn, Krone Bier- und Event-Haus, Heiligegeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen.

Das letzte Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit fand 2018 in Eitorf statt. Corona verhinderte die Durchführung zwei Jahre später. Die Elchniederung als Organisatorin verspricht für die Veranstaltung im Mai ein interessantes Programm, u.a. den Besuch des neu gestalteten Ostpreußischen Landesmuseums oder alternativ eine Brauereifüh-



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg - Neue Kabinetausstellung: **Bilder von Königsberg - Blüte und Untergang. Der Fotograf Fritz Krauskopf (1882-1945)**, 11. Februar bis 21. Mai, Ausstellungseröffnung: Freitag, 10. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt frei!

Die Ausstellung wird am 10. Februar eröffnet. Das abwechslungsreiche Begleitprogramm umfasst unter anderem eine Führung am 21. Februar im Rah-

men der Reihe Museum Erleben über das Ende der Großstadt und einen kostenlosen Online-Vortrag von Dr. Anton Holzer über Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg am 4. Mai. Weitere Informationen zum Begleitprogramm können der Internetseite des Museums entnommen werden: www.ol-ig.de. Eine Anmeldung für die Veranstaltungen unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.



OL.

Landsmannschaft Ostpreußen Seminar

„Ostpreußen: Land - Geschichte - Kultur“ lautet das Thema der diesjährigen Frühjahrstagung der Landsmannschaft Ostpreußen vom **21. bis 23. April** in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt.

Auf dem Programm des Wochenendseminars stehen Vorträge über das Kinderdorf Salem im Königsberger Gebiet, über die Mennoniten in Westpreußen, über die Flucht von Walter v. Sanden 1945 aus Ostpreußen, über die Entwicklung des Ortes Steinort in Masuren nach 1945, über E.T.A. Hoffmann und über die Folgen des Zweiten Weltkriegs für das nördliche Ostpreußen und Litauen.

Referenten sind Dr. Wieslaw, Dr. Christoph Hinkelmann, Agata Kern, Ulla Lachauer, Gerhard Lipfert, Jörg Petzel, Dr. Astrid von Schlachta und Prof. Dr. Joachim Tauber.

Die Seminargebühr beträgt 100,- Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 10,- Euro pro Nacht zu entrichten.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-23; Fax (040) 41400848; E-Mail: husen@ostpreussen.de



Hier finden viele Seminare der LO statt: Politische Bildungsstätte in Helmstedt Foto: Tourismusgemeinschaft Elm-Lappwald

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu geben,
ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Herbert Monkowski

* 8. Juni 1934 † 19. Januar 2023

Der Verstorbene war von 2008 bis 2012 Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Herbert Monkowski im Jahre 2010 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister



ANZEIGEN



Als Gott sah,
dass der Weg zu lang,
der Hügel zu steil
und das Atmen zu schwer wurde,
legte er den Arm um ihn und sprach:
„Komm heim!“

Herbert Monkowski

* 8. 6. 1934 † 19. 1. 2023

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, Goldenes Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen und Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft Allenstein

Sein unermüdlicher Einsatz für unsere Gemeinschaft ist für uns Vorbild und Verpflichtung zugleich.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreisgemeinschaft Allenstein e.V.

Der Vorstand

Andreas Waldemar Artur Jan August
Galenski Lehnardt Korczak Hacia



Vergangen Ja,
Vergessen Nein...

Nun ist er von uns gegangen,
verwurzelt im Mansfelder Land,
die Liebe zu seiner Familie und die Liebe
zur Heimat waren seine größte Erfüllung.

Ehrhardt Friedrich Schmidt

* 12. 8. 1927 † 12. 1. 2023

In Liebe und Dankbarkeit

Dein Bruder Rudolf

Deine Kinder

Ralph mit Monika, Konstanze mit Peter,
Birgit mit Klaus und Helga

Deine Enkelkinder

Cathleen mit Marco, Anne-Marie mit Sven,
Cora mit Robert, Matthias und Anne-Katrin

Deine Urenkel

Helen Isabella, Helene, Matilda und Magnus

Eisleben, im Januar 2023

Die Trauerfeier zur Urnenbeisetzung findet am Samstag, dem 4. März 2023, um 11.00 Uhr auf dem Friedhof in Eisleben statt.



Nachruf

Am 4. 1. 2023 verstarb unser Freund und Kamerad

Georg Schröder

Georg war viele Jahre an der Vorbereitung und Durchführung unserer Kriegsgräberpflegeeinsätze im ehemaligen Ostpreußen tätig.

Das Leben ist für uns alle vergänglich -
doch die Achtung und Erinnerung wird in uns weiterleben.

Wir werden Georg in ehrendem Andenken bewahren.

Deine Kameraden - die Ostpreußengruppe



ZWEITER WELTKRIEG

Ein Stalingrad-Überlebender erzählt

Vor 80 Jahren kapitulierte die deutsche Armee in der berühmten Kesselschlacht – Nur wenige entkamen der Hölle ungeschoren

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Vor 80 Jahren, am 3. Februar 1943, endete die monatelange Schlacht um Stalingrad mit der Vernichtung der 6. Armee. Einer der letzten Überlebenden der Hölle von Stalingrad war Hans-Erdmann Schönbeck, der am 18. Oktober 2022 im Alter von 100 Jahren in München gestorben ist.

Schönbeck war vermutlich der letzte Zeitszeuge, der sich noch aktiv an seinen Einsatz in Stalingrad erinnern konnte. Jahrzehntlang hat er selten darüber gesprochen. Anfang 2021 entschloss sich Schönbeck jedoch, zusammen mit dem Autor Tim Pröse ein Buch zu veröffentlichen, um seine Erinnerungen an Stalingrad mitzuteilen und von seinen Kriegseinsätzen als junger Wehrmachtsoffizier zu berichten.

Pröse und Schönbeck kannten sich seit den Gesprächen, die beide für Pröses 2016 erschienenes Buch „Jahrhundertzeugen. Die Botschaft der letzten Helden gegen Hitler“ geführt hatten. Seither war ihr Kontakt nicht abgerissen. Auf dieser vertrauensvollen Basis entstand ein fesselndes, gedanklich tiefeschürfendes Buch mit dem Titel „... und nie kann ich vergessen“. Ein Stalingrad-Überlebender erzählt von Krieg, Widerstand und dem Wunder, 100 Jahre zu leben“. Pröse hat den freundlichen alten Herrn, den er überaus schätzte, insgesamt 19 Mal in seiner Wohnung im elften Stockwerk der Münchener Seniorenresidenz Augustinum besucht.

Im Mittelpunkt des Buches stehen Schönbecks bewegende und noch überraschend detailreiche Erinnerungen, angefangen in Ohlau nahe Breslau, wo der an-



Gnadenlos verheizt: Soldaten der 6. Armee nach der Kapitulation in Stalingrad vor 80 Jahren

Foto: pa

gehende Abiturient das Gymnasium besuchte und wohl nur durch das Eingreifen seines Vaters, der als Offizier reaktiviert worden war, einer Rekrutierung durch die SS entging. Im Krieg gegen Stalingrad war er als 20-jähriger Panzeroffizier bereits in einer Position mit enorm hoher Verantwortung. Erschütternd sind seine Berichte über die Leiden und Ängste der müden und abgekämpften jungen Soldaten, die bei Minustemperaturen von 20 bis 30 Grad hungerten und froren, nachdem die Rote Armee sie im November 1942 um-

zingelt hatte. Aus dem Kessel von Stalingrad wurde er schwer verwundet und erblindet mit einer der letzten Maschinen ausgeflogen. Während der monatelangen Genesung kehrte sein Augenlicht zurück.

Seine Einstellung änderte sich

Ihm wurde in Stalingrad bewusst, dass der „Führer“ kein Erbarmen kannte. In dem aussichtslosen Kampf verriet er sie und beschloss ihr Sterben. Schönbecks anerzogene Einstellung zum Krieg änderte sich. Er wurde zum Hitler-Gegner. Im Sommer

1942 war er in Ostpreußen zusammen mit Albrecht von Hagen im Mauerwald in einer Baracke nahe dem Führerhauptquartier Wolfsschanze untergebracht. Beide wussten, dass sie auf derselben Seite standen.

Ohne es zu ahnen, schlief Schönbeck neben der Bombe. Nach dem missglückten Attentat gelang es ihm, sich bei den Verhörern durch die SS als ahnungslos herauszureden. Am 20. November 1943 kam er Hitler ganz nahe und war bewaffnet, als dieser in die Breslauer Jahrhunderthalle einmarschierte und eine Rede hielt. Sekun-

dlang spielte er mit dem Gedanken, ihn zu erschießen, dachte dann aber an seine Familie und tat es nicht. „Wenn ich heute an diesen Moment denke, bin ich immer noch schweißgebadet“, bekannte Schönbeck. Er schätzte sich glücklich, dass seine Traumata ihn nicht für sein späteres Leben gezeichnet haben.

Auch Tim Pröse hat sich mit eigenen Kapiteln eingebracht, in denen er persönliche Eindrücke und Gedanken zu einer eigenen Erzählung verbindet. Dank der einfühlsamen Betreuung durch den erfahrenen Autor entfaltet sich neben dem packenden Zeitszeugenbericht ein feinfühliges Porträt von Hans-Erdmann Schönbeck, den ehemaligen Spitzenmanager der Automobilindustrie.

Aufgewachsen nahe Breslau auf dem elterlichen Gut Alt-Jaegel bei Strehlen [Strzelin], wäre Schönbeck nach dem Krieg gern Landwirt geworden. Jedoch bewährte er sich als talentierter Verkäufer in einem Münchener Autogroßhandel, wurde Vertriebsvorstand bei Auto Union und NSU. Zehn Jahre war er bei BMW Betriebsvorstand, dann Präsident des Verbands der Automobilindustrie e.V. sowie des Verbandes der Europäischen Automobilindustrie.



Hans-Erdmann Schönbeck: „... und nie kann ich vergessen“. Ein Stalingrad-Überlebender erzählt von Krieg, Widerstand – und dem Wunder, 100 Jahre zu leben“, Heyne Verlag, München 2022, gebunden, 288 Seiten, 18 Euro

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Vom Grauen zur Touristenattraktion

Sühnekreuze für begangene Verbrechen zeigen den Vorübergehenden, wer sich einst in Schlesien gegenüberstand

Wenn ich den Waldweg vom Bahnhof im oberschlesischen Kandrzin [Kedzierzn] in die nahegelegene Siedlung Waldfrieden [Żabieniec] einschlage, komme ich an einem Holzkreuz vorbei. Erst seit einigen Jahren steht es dort, gut sichtbar an einer Wegkreuzung. Eine kleine Tafel in Wasserpolnisch, also dem slawischen Dialekt der Oberschlesier, informiert: „Es geschah hier in Waldfrieden im 19. Jahrhundert.“ Wer dieses Kreuz aufstellte, weiß ich nicht, aber es gibt eine Geschichte dazu. An genau dieser Stelle soll Mitte des 19. Jahrhunderts ein Mord passiert sein. Alte Waldfriedner erzählen, dass dort der Leichnam eines ermordeten, reichen Juden gefunden wurde. Es ist also ein „modernes“ Sühnekreuz.

Ein altes steinernes Kreuz aus dem 16. Jahrhundert habe ich zuletzt am Schloss derer von Oppersdorff in Oberglogau [Głogówek] gesehen. Doch dieses hat eine weniger gruselige Aura. Vielleicht, weil es versetzt wurde. Einst soll es an der Einfahrt in die Stadt gestanden haben, bis es 1931 an die Schlossmauer kam. Dennoch hat es eine blutige Geschichte.

Der Ritter Hans von Reiszitz und Kadersin soll am Fest der Apostel Petrus und Paulus im Jahre 1599 auf die Söhne des reichen Bauern Kasimir gestoßen sein. Diese sollen den stolzen Ritter nicht gebührend begrüßt haben, was ihn sehr verärgerte. Es kam zum Gemenge und in dessen Folge zum Tod der Bauernsöhne. Am 15. Dezember 1599 soll der Ritter verurteilt und ihm ein Bußgeld in Höhe von

1000 Taler auferlegt worden sein. Und er musste am Ort des Geschehens ein steinernes Sühnekreuz aufstellen.

Diese Kreuze, die auch Mordkreuze genannt werden, faszinieren alte und neue Bewohner Schlesiens gleichermaßen und werden besonders in Niederschlesien als eine touristische Attraktion begriffen. Etwa 300 Sühnekreuze sind allein dort bekannt. Das 2009 zerstörte und zwei Jahre später sanierte Mordkreuz im wohlklingenden Ort Vogelgesang [Kijowice] bei Bernstadt an der Weide [Bierutów] ist das größte. Es misst 2,4 Meter Höhe und 1,35 Meter Breite und stammt aus dem 14. Jahrhundert. Das aus Granit gehauene Kreuz zeigt den Gekreuzigten Christus und unterhalb einen Betenden. Dieser, ein Conrad, verstarb 1356. Angeblich soll es ein Ritter des Herzogtums Oels [Oleśnica] sein. Der Legende nach soll er von einem reichen Kaufmann getötet worden sein.

Erinnerung an Mord und Totschlag

Vor Kurzem hörte ich im Radio Breslau eine Reportage, die aus Hünern [Psary] bei Ohlau [Olawa] berichtete. Im einstigen Gutspark, der als solcher nicht überdauerte, befindet sich ein Mordkreuz aus der Zeit um 1360. An dieser Stelle soll Ritter Gebhard von Kittlitz den damaligen Besitzer von Hünern und Steinau, Bavarus von Strakonitz, ermordet haben. Die Reporterin Joanna Lamparska machte sich auf die Suche nach diesem Kreuz, durchstreifte den verwilderten Park und

erzählte dabei die blutige Geschichte. Sie sprach vom Gericht in Brieg [Brzeg], vor

dem die Familien der beiden Parteien nach Gerechtigkeit und Versöhnung su-



Seit 1931 nicht mehr am Ort des Geschehens: Sühnekreuz in Oberglogau

FOTO: WAGNER

chen. Nach mittelalterlichem Brauch muss der Schuldige ein steinernes Kreuz am Ort des Verbrechens aufstellen. „Das Aufstellen der Mordkreuze reicht ins Jahr 1300 zurück“, heißt es im Beitrag. „Das Kreuz wurde auf deutschen Landkarten erst in den 30er Jahren eingezeichnet. Doch damals waren sämtliche Wege der Parkanlage noch gepflegt. Heute sind diese Informationen nicht mehr zu orten, weil alles verwildert ist“, so Lamparska.

Doch die Autorin wurde fündig. Geholfen hat ihr eine alte Frau, die Reisig sammelte. Für Lamparska ist dieses Kreuz ein ganz besonderes, es sei nämlich das drittgrößte Sühnekreuz in der Republik Polen und eines der ältesten europaweit. Auf seiner Rückseite wurde die Tatwaffe eingemeißelt – ein Messer. Lamparska berichtet, dass Kittlitz viel mehr als nur das Kreuz aufstellen musste. Zu seiner Sühne gehörte der Kauf von 1000 Messen für die Seele des Opfers. Desweiteren musste er zum Grab Karls des Großen nach Aachen pilgern. „Als Drittes bekam Kittlitz den Auftrag, einen Gesandten nach Rom zu schicken, der für den Ermordeten dort beten sollte. Damit nicht gemogelt wurde, sollte die Witwe des Ermordeten einen Bestätigungsbrief aus Rom erhalten“, berichtet Lamparska.

Dieses und auch andere Sühnekreuze haben wohl ihre Aufgabe erfüllt, denn sie erinnern an das Geschehene. Und noch mehr geben sie nach langer Zeit Anlass zum Forschen, Erkunden oder Innehalten. *Chris W. Wagner*

HISTORIE

Burgwälle der Slawenzeit auf Rügen

Zeugnisse früher Besiedelung Pommerns

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Nachdem die germanischen Stämme im 3. bis 4. Jahrhundert nach Chr. Rügen verlassen hatten, begann im 6. Jahrhundert die Besiedlung durch die Ostseeslawen. Bis ins 12. Jahrhundert hatten sie mindestens 26 Burgwälle gebaut, deren wichtigste die Tempelburg auf Arkona und Fürstenburgen in Garz und auf dem Rugard waren.

Garz

Garz ist die älteste Stadt auf Rügen. Am Nordende des Garzer Sees finden sich die Reste der Tempelburg Charenza, einer Wallanlage, die im 11. und 12. Jahrhundert die Tempel der Götter Rugevit, Porevit und Porenut in sich barg. Nach der Eroberung von Arkona ergab sich diese zweitwichtigste Tempelburg Rügens sofort und die Tempel wurden zerstört. Die im Jahre 1928 von Carl Schuchhardt aus Berlin vorgenommenen Grabungen haben Berichte des dänischen Geschichtsschreibers Saxo Grammaticus auch für Charenza bestätigt. Der Burgwall blieb auch ferner befestigter Platz und hat im Rügensch Erbfolgekrieg 1326 bis 1328 noch eine Rolle gespielt. Auf dem Rande des Walles befand sich ein Birnbaum mit 2,70 Metern Stammumfang, schon seit Jahrhunderten wird er erwähnt. Auf dem Burgwall steht ein Ehrenmal für die Gefallenen.

In Anlehnung an einen Burgwall hat sich Garz zu einem etwa dreieckigen Grundriss entwickelt. Der im Süden von Garz angrenzende Burgwall Charenza war rügensch Fürstensitz. 1168 zerstörten König Waldemar I. von Dänemark und Bischof Absalom von Roskilde den Tempel



Reste des Nordwalls: Die Herthaburg-Anlage im Nationalpark Jasmund

der Kriegsgötter Rugevit und Porevit und des Friedensgottes Porenut auf dem Burgwall. Auf dem Burgwall wurde 1234 die Gründungsurkunde von Stralsund unterzeichnet.

Arkona

Wenn über Kap Arkona geschrieben wird, ist viel über die Slawen zu lesen. Aber offensichtlich waren auf Rügen auch auf dem Kap die Wikinger. Der Hiddenseer Goldschmuck, Funde auf dem Kap Arkona und bei Trent zeugen davon. Die Fundstücke konnten dem legendären Dänenkönig Harald Blauzahn 910 bis 987 zugeordnet werden. Blauzahn, als Wikinger geboren, gilt als Begründer des dänischen Reiches. Der auf Englisch auch Bluetooth genannte

König einte das Land, führte das Christentum ein und setzte Reformen durch.

Die äußerste Spitze wird zur Landseite von einem acht bis zwölf Meter hohen und 262 Meter langen Erdwall abgeschirmt. Es ist die landseitige Begrenzung der Jaromarsburg mit dem letzten heidnischen Tempel des Swantewit. Nach der Zerstörung Rethras am Ende des 11. Jahrhunderts wurde es zum Hauptheiligtum der Slawen zwischen Elbe und Oder. Im Jahr 1168 zerstörten der Dänenkönig Waldemar I. und Bischof Absalom von Roskilde Burg und Götterbild. Von der Tempelanlage gibt es keine Funde.

Inmitten dieser einst von Palisaden und hölzernen Türmen überragten Umwallung stand der kunstvoll aus Holz er-

baute Tempel des vierköpfigen Swantewits, der Swantewittempel nahe dem Steilhang, er war 20 Meter lang und breit. Der Geschichtsschreiber Saxo Grammaticus, der die Eroberung durch die Dänen überlebte, war also am 15. Juni 1168 dabei.

Bergen

Eine Kreisstadt nahe dem 91 Meter hohen Rugard: Auf diesem befand sich in spätwendischer Zeit ein Burgwall, der später zum Fürstensitz wurde. Der ehemalige Burgwall, teilweise noch heute erhalten, bestand aus dem Hauptwall und einem Vorwall, der den ersteren in einem Halbkreis nach Osten und Nordosten umschließt. Nach dem anschließenden Höhenzug im Westen ist der Wall zehn Meter hoch. Archäologen fanden hier arabische Münzen von 763 bis 822 nach Christi. Im 9. Jahrhundert war der Rugard eine wendische Fürstenresidenz

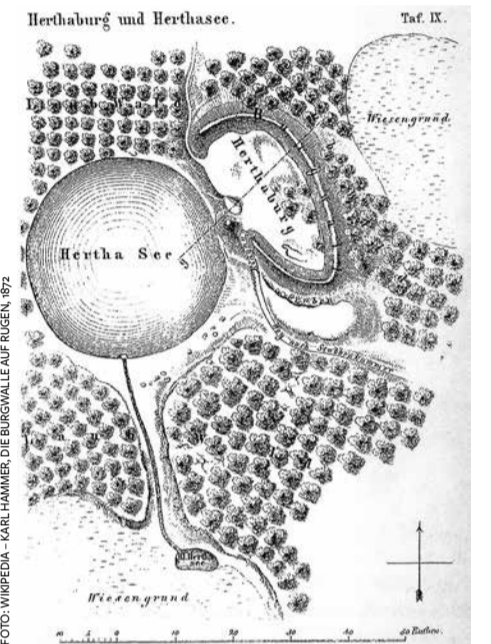
Nationalpark Jasmund

Im Nationalpark Jasmund gibt es Reste der slawischen Herthaburg. Ein natürlicher Höhenrücken und die Lage direkt am nordöstlichen Ufer des Herthasees, nahe der Stubbenkammer, bot einen natürlichen Schutz gen Westen. Die Gesamtfläche der Wallburg ist zirka zwölf mal 60 Meter groß, die Breite der gesamten Anlage beträgt mehr als 180 Meter.

Bei Ausgrabungen wurde stellenweise ein Steinpflaster entdeckt. Um Herthaburg, Herthasee und Herthabuche ranken sich auf Rügen viele Sagen. Hertha soll eine eigentlich Nerthus geheißene germanische Göttin gewesen sein, die auf der gleichnamigen Burg wohnte und im See badete. Die beim Bad anwesende Dienerschaft wurde getötet, damit sie nichts von

der Zeremonie verraten konnten. Deren Geister versammeln sich oft noch heute am Ufer. Der See war wohl Kultstätte sowohl der germanischen Rugier als auch der wendischen Ranen.

Unweit des Seeufers besteht auch ein sogenannter Opferstein. Es wird vermutet, dass die Kultstätte der germanischen



Die Herthaburg im Naturpark Jasmund nahe der Stubbenkammer um 1872

Göttin Nerthus gewidmet war. Der Stein wurde in dem Roman „Effie Briest“ von Theodor Fontane erwähnt. Auch rankt sich eine Sage um die Herthabuche, deren abgestorbener Stamm heute noch steht. Kurgäste der von 1795 bis 1830 betriebenen „Brunnen-, Bade- und Vergnügungsanstalt“ in Sagard waren sehr empfänglich für solche geheimnisvollen Geschichten.

VOGELWELT

Nilgänse erobern auch Vorpommern

Schöne, aber streitlustige Gänse nun auch an der Oder

So ein hübscher Vogel! In der Tat heben sich Nilgänse, was ihren Gefiederschmuck betrifft, auffallend von den im Pommernland heimischen Wildgänsen ab. Ihr seidiges, in Spielarten von schwarz, rot, weiß und grün überflogenes Federkleid wirkt zwar nicht bunt, aber ausgesprochen farbenfroh. Anders eben als das der hierzulande bekannten Graugänse.

Nilgänse – der Name klingt nach Afrika, und dort gehören sie ihrem Ursprung nach auch hin. Bekannte pommersche Ornithologen, etwa Eugen Ferdinand von Homeyer (1809–1889), Gutsherr auf Nerdin bei Anklam und später im hinterpommerschen Stolp ansässig, oder auch der Stettiner Naturkundler Paul Robien (1882–1945) haben die Südländer daher nicht in ihrem Schrifttum aufgeführt. Von Nilgänsen war zu damaliger Zeit an pommerschen Gewässern noch keine Rede.

Inzwischen hat sich das geändert. Die zu den sogenannten Halbgänsen zählenden Exoten werden zunehmend in Landstrichen beiderseits der Oder gesichtet. Es sind bereits Brut- und Gösselzuchten bekannt geworden.

Wie erwähnt stammen Nilgänse aus Afrika. In Europa hielt man sie jedoch in Tiergärten. Aus holländischen Ziergeflügelhaltungen sollen derweil immer wieder welche entwichen sein. Sie eilten jedoch nicht zurück auf den afrikanischen Kontinent, sondern blieben und bildeten allmählich in den großen Flusslandschaften von Maas, Rhein und Ems eigene Po-

pulationen. Die Nilgänse vermehrten sich rasch und bevölkerten schließlich auch Mosel, Main, Weser und Elbe nebst ihren Nebenflüssen und Seen. Dort sind sie heute allerorten zu finden.

Sie erweisen sich als erstaunlich anpassungsfähig in vielerlei Hinsicht. So kommen sie mit den Witterungs- und Ernährungsverhältnissen bestens zurecht. Im Sommer stillen sie ihren Hunger hauptsächlich auf Grasland und Getreide- und Gemüsegeldern. Im Winter fliegen sie gern Bauernhöfe an, um sich dort ohne Scheu am Silagemais zu bedienen.

Bei der Wahl ihrer Brutstandorte sind sie anspruchslos. Wie aus ornithologi-

schen Berichten hervorgeht, bauen sie ihre Heimstatt in Schilfgürteln, nutzen aber ebenso Baumhöhlen und Nester von Greifvögeln in respektabler Höhe. Die geschlüpften Gössel springen – ähnlich wie Schellentenkücken – mutig hinunter.

Aus dem Tiergarten entflohen

Über Mecklenburg gelangten Nilgänse vor einigen Jahren schließlich nach Vorpommern. Gewissermaßen erste Erwähnung fand die Art im 1979 erschienenen avifaunistischen Standardwerk „Die Vogelwelt Mecklenburgs“. Danach waren am 3. Mai 1974 zwei Exemplare am Greifswalder Ryckgraben gesehen worden. Es han-

deltete sich aber um Tiere, die dem Heimatgarten der Stadt entflohen waren. Echte Zuwanderer traten schließlich in den 1990er Jahren in Erscheinung. Etwa ab dem Jahr 2000 verzeichnen Ornithologen eine stete Zunahme.

Peene, Haff und Oder sind nun also um eine hübsche Vogelart reicher, wenn gleich man sie gegenwärtig noch als lokale Erscheinung einstuft. Bei der recht hohen Vermehrungsrate dürfte das aber die längste Zeit gedauert haben.

Aus der Erfahrung an westdeutschen Flüssen weiß man indes, dass die Einwanderung nicht konfliktfrei verläuft. Die schönen Gänse sind nämlich vor allem während der Brutzeit überaus zänkisch und neigen auch sonst zur Übergriffigkeit gegenüber anderem Vogelgetier. So sollen sie heimische Wasservögel bedrängen und deren Fortpflanzungsgeschäft empfindlich stören. Es wird daher befürchtet, dass sie zum Rückgang ansässiger Arten beitragen. In westlichen Bundesländern, da wo Nilgänse auch in Ballungsräumen schon dominant auftreten, spricht man außerdem bereits von Plagen in Parks und an Badestränden.

Eine weitere Zunahme wird deutschlandweit mit Skepsis betrachtet. Nilgänse unterliegen deshalb inzwischen dem Jagdrecht. Obwohl ihr Brutbestand hierzulande erst 40 bis 50 Paare betragen soll, dürfen sie auch in Mecklenburg-Vorpommern schon vom 1. August bis 15. Januar erlegt werden.

K.-H. Engel



Diese drei Gänse flogen von einer Silagemaismiete unweit des Oderhaffs auf

STETTIN

Den Pkw ganz neu entdecken

Es geht nicht nur um Wissenschaft, sondern vor allem um Spaß: Am 18. Januar hat das Stettiner Museum für Technik und Verkehr offiziell einen neuen Ausstellungsbereich eröffnet, in dem die Besucher ein „Motoexperimentarium“ mit mehr als einem Dutzend interaktiver Exponate vorfinden.

„Wir haben uns bemüht, dass sich diese Interaktivität nicht auf das Klicken auf dem Bildschirm beschränkt, sondern dass man die Dinge auch drehen und wenden muss“, sagte Jacek Ogrodniczak, Kurator des Museums für Technik und Verkehr in Stettin. Mehrere Stationen sollen den Besuchern auf attraktive Weise die Welt des Fahrzeugbaus und die Grundsätze des sicheren Fahrens näherbringen.

Immer wieder interessant anzusehen: Die Sammlung Stoewer – Qualität aus Stettin, 1858–1945. Dabei umfassen die einst von Manfred Bauer zusammengetragenen Exponate nicht nur die legendären Stoewer Autos.

Ebenfalls sehenswert ist das Projekt „Geschichte der Technik in Pommern“. Dabei handelt es sich um eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen den Museen in Anklam und Stettin.

● Museum für Technik und Verkehr, ul. Niemierzyńska 18a, Szczecin, Eintritt: 20 Złoty (etwa 4,25 Euro) de.muzeumtechniki.eu

„Es besteht noch Hoffnung für die Demokratie“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Eindeutig der Satz des Jahres: ‚Auf dem grünen Parteitag – inzwischen das eigentliche Parlament der Bundesrepublik‘“

Jens Pauly, Düsseldorf
zum Thema: „Die grüne Machtübernahme“ (Nr. 4)



Ausgabe Nr. 5

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VORBILD FÜR DIE DIPLOMATIE
ZU: „ERINNERUNG, ORIENTIERUNG, MASSSTAB“ (NR. 2) UND: „WIR KÖNNEN RUSSLAND NICHT LINKS LIEGEN LASSEN“ (NR. 3)

Otto v. Bismarck war der richtige Politiker zur rechten Zeit, ein hervorragender Stratege und Meister des Taktierens, der beste Politiker den Preußen/Deutschland je hatte. Bismarck war sicher kein absoluter Demokrat, aber ein echter Diplomat, der 1883/84 diverse sozialpolitische Gesetze auf den Weg brachte wie die Kranken- und Unfallversicherung, von denen wir heute noch profitieren. Er musste damals den Arbeitern entgegenkommen, um sie von der Partei zu trennen.

Bismarck kannte europäische Staaten als Gesandter in Petersburg und Paris und versuchte Bündnisse zu schließen sowie Abhängigkeiten zu vermeiden. So die französische Vermittlung beim Deutschen Krieg zwischen Preußen und Österreich, dem Prager Friede, oder er vermittelte zwischen den Großmächten in Sachen Balkan beim Berliner Kongress. Er sah, dass der Bruch zwischen Österreich und Russland seit dem Krim-Krieg unheilbar war. So kam es zum Dreikaiserabkommen (1873), später dann zum Rückversicherungsvertrag mit Russland zur Verhinderung gefährlicher Koalitionen (1887).

Schlimm ist jetzt die Entwidmung des Bismarck-Zimmers im Außenministerium durch die dilettantische, von grüner Ideologie geprägte Außenministerin Baerbock, sowie die Entfernung des Bismarck-Porträts. Bismarck hat uns gezeigt, wie wir als „Macht in der Mitte“ agieren sollten, das heißt trotz Krieg im Gespräch bleiben (Dialog). Deutschland (Technologie) und Russland (Rohstoffe) sind ein Dorn im Auge der USA, und obwohl China unser größter Handelspartner ist, sollten wir uns unabhängiger machen und eine Koalition zwischen China und Russland verhindern – mit geschickter Diplomatie.

Der Spruch von Bismarck, „die Scheu vor der Verantwortung ist eine Krankheit unserer Zeit“, sollte auch heute gelten.
Günter Algner, Berlin

EIN WOHLTUENDES BEMÜHEN
ZU: „WIR KÖNNEN RUSSLAND NICHT LINKS LIEGEN LASSEN“ (NR. 3)

Es ist gut, dass die PAZ der Initiative des Herrn Alexander v. Bismarck in dem Artikel breiten Raum eingeräumt hat. Bismarcks Bemühen um einen Dialog mit Russland, um Frieden und Ausgleich zu erlangen, ist vernünftig und unterscheidet sich wohltuend von all den törichten und auch unverantwortlichen Aufrufen deutscher Politiker nach Waffenlieferungen für die Ukraine, um „Russland zu ruinieren“. Der Krieg in der Ukraine ist nicht im deutschen Interesse.

Herr v. Bismarck hat dies erkannt und stellt sich damit würdig in die Tradition seines zu Recht bewunderten Vorfahren.
Lars Rosinsky Kassel

DEN DIALOG SUCHEN
ZU: „WIR KÖNNEN RUSSLAND NICHT LINKS LIEGEN LASSEN“ (NR. 3)

Herzlichen Dank an Herrn Alexander v. Bismarck für diese Initiative privater Begegnungen zwischen Deutschen und Russen. Als Psychotraumatologin freut es mich in diesen so ideologiegeleiteten Zeiten sehr, wenn der Dialog auf so vielen Ebenen wie möglich zu Russland gesucht wird. Denn beendet wird der Krieg nicht durch Waffen, sondern durch Waffenstillstand und Friedensgespräche. Dabei zu vermitteln, wäre eine wesentliche Aufgabe deutscher Diplomatie. Da diese offiziell nicht gut funktioniert, müssen alle inoffiziell möglichen Kanäle genutzt werden. Daher: herzlichen Dank für diesen Beitrag.
Michaela Huber, Kassel

TEURE GRÜNE RECHNUNG
ZU: DIE GRÜNE MACHTÜBERNAHME (NR. 4)

Die Machtübernahme der Grünen erfolgte mit deren Einzug in den Bundestag.

Damals noch mit der „Strickliesel“. Ein großer (zu großer) Anteil der deutschen Bevölkerung hat die Partei damals schon nicht ernst genommen und heute noch immer nicht. Eine Partei, die darauf achtet, dass es der Welt und den Gästen in Deutschland gut geht; eine Partei, die Sicherheit und Ordnung nicht gewährleistet; eine Partei, die unser Sozial- und Gesundheitswesen schon heute an die Wand gefahren hat; eine Partei, die noch immer nicht bewiesen hat, dass sie in Bezug auf Energie- und Umweltpolitik besser ist als andere. Zugegeben: alles mit Unterstützung der Regierungspartner.

Wann merken die Bürger Deutschlands es eigentlich, dass wir für alles, was bisher geschehen ist und was noch geschehen wird, die Rechnung noch bekommen werden? Ich gehe davon aus, dass die Bürger, die noch immer Grün vergöttern, dann, wenn es ihnen persönlich an den „Kragen“ geht (immer weniger finanzielle Mittel bis zur Armut), sich mit jeglicher Kritik zurückhalten.

Denn wer grün gewählt hat, der hat das Recht auf Kritik verloren, dann müssen jene auch ihr letztes Hemd zur Verfügung stellen. Heinz-Peter Kröske, Hameln

OHNMACHT MACHT SICH BREIT
ZU: DIE „NISCHENGESELLSCHAFT“ DER DDR (NR. 4)

Ein sehr gutes Auge beweist der Autor bei der Betrachtung dieses sensiblen Themas („Innere Emigration“, d. Red.). Dennoch fehlt eine wesentliche Schlussfolgerung:

Wenn das Streben nach Mitbestimmung verloren geht, ist das eine erhebliche Gefahr für die Demokratie im Lande. Liegt das Problem bei der Flucht ins Private doch in der Weigerung, in der Kommunalpolitik mitzuwirken, sich gesellschaftlich zu engagieren oder an Wahlen teilzunehmen. Das Gefühl, ohnehin nichts bewirken zu können, macht sich breit. Ob nun die Ersetzung der Zustimmung der Gemeinde, die gegen Windkraftanlagen in deren Gebiet stimmte, oder die Zuweisung von Flüchtlingen und Beschlüsse der

Belegung öffentlicher Einrichtungen zur Unterbringung – Stimmung wie in der DDR: die da oben, wir da unten. Zu sagen haben wir ohnehin nichts.

Ein derartiges Gefühl der Machtlosigkeit war bis 1989 in der DDR bekannt. Wie damals ist der Wille der Bevölkerung zu notwendigen Reformen mit friedlichen und demokratischen Mitteln trotz vereinzelter Resignation wieder spürbar.

Erfreulich ist die erkennbar zunehmende Thematisierung in den Medien. Es besteht also noch Hoffnung für die Demokratie. Diese geht bekanntlich vom Volke aus.
Peter Warnke, Greifswald

ALS „GASTBÜRGER“ IN BELGIEN
ZU: AGENDA FÜR EIN ANDERES VOLK (NR. 4)

Ich lebe als Deutscher auf Grund meiner Tätigkeit bei einer europäischen Behörde seit Jahrzehnten in Belgien. Ich betrachte mich dort unbehindert als „Gastbürger“ und würde kaum auf den Gedanken kommen, meinen deutschen Pass zu wechseln. Bei Gemeindewahlen wäre es mir peinlich, neben Nachbarn im Wahllokal zu stehen. Meinen geschuldeten Beitrag zum Zusammenleben leiste ich nicht nur als Konsument, sondern auch durch Austausch als Mitbürger.
Arthur Schanz, Overijse/Belgien

AB MIT DIESEN PSYCHOPATHEN!
ZU: DEUTSCHLAND HAT DAS RECHT ZU ZWEIFELN (NR. 4)

Männer der Größe von Wladimir Putin oder Dmitri Medwedew neigen dazu, sich größer zu machen, als sie sind. Es sind Psychopathen, wie sie im Buche stehen. Gerade deswegen sind diese „Halbschuhe“ so gefährlich und unberechenbar. Diesen Männern sollte Demokratie nähergebracht werden. Mir ist schon klar, dass genau diese Typen für diese Form des Regierungshandelns nicht zu haben sind. Deswegen ab damit!
Helmut Plieth, Trubschachen im Emmental/Schweiz

ANZEIGE

Der legendäre und zeitlose Klassiker der Outdoor-Literatur



■ Mit diesem Buch steht Ihnen die Übersetzung eines ganz besonderen Klassikers zur Verfügung: *Woodcraft and Camping des Urvaters der Outdoor- und Survival-Bewegung George W. Sears, alias Nessmuk, wurde erstmals 1884 veröffentlicht.*

In diesem vielleicht bekanntesten und meistverkauften Outdoor-Buch aller Zeiten teilt Nessmuk sein umfangreiches Wissen über das Leben im Freien. Als er nach einer Krankheit Trost in den Wäldern suchte, besorgte sich Nessmuk ein Kanu und bereiste die amerikanischen Adirondacks. Inspiriert von der Schönheit der Natur und ihrer Fähigkeit, die Lebenskraft wiederherzustellen, verfasste Nessmuk diesen legendären und viel zitierten Klassiker über das Leben in der Wildnis.

Wertvolle Erfahrungen

Nessmuk lebte über 50 Jahre hinweg immer wieder längere Zeit in den Wäldern Nordamerikas. Die wertvollen Erfahrungen, die er dabei gesammelt hat, gibt er in diesem Buch weiter. Es ist eine wahre Fundgrube für Naturfreunde und alle, die sich für das Leben im Freien interessieren. Zudem enthält es zahllose praktische Ratschläge und hilfreiche Anleitungen, die nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben.

Nessmuk behandelt die Ausrüstung für Outdoor-Aktivitäten und den Bau eines Camps ebenso wie das Feuermachen, das Kochen im Freien, die Konstruktion von leichten Booten oder das Angeln und Jagen.

Ein weiteres Plus des Buches: Der Autor liefert praxiserprobte Rezepte für die Zubereitung einfacher, aber leckerer Mahlzeiten, wie zum Beispiel Suppen, Eintöpfe, Bohnengerichte, Fisch, Fleisch, Wild und Kartoffeln. Bereits beim Lesen wird Ihnen das sprichwörtliche Wasser im Munde zusammenlaufen.

Ein Buch, das begeistert – und Sie tief berühren wird!

Nessmuks klare, bildhafte und mitunter etwas sarkastische Sprache macht das Buch zu einem echten Lesevergnügen. Anekdoten und Abenteuer, die der Autor wiedergibt, haben einen kurzweiligen und oft amüsanten Unterhaltungswert.

Holen Sie sich noch heute Ihr Exemplar dieser wunderschön gestalteten und mit Nessmuks Originalzeichnungen versehenen Sonderausgabe.

George W. Sears »Nessmuk«: Woodcraft and Camping
gebunden • 171 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 986 800 • 16,99 €



Nach fast 140 Jahren jetzt endlich in deutscher Sprache!

WOODCRAFT UND CAMPING
Der legendäre und zeitlose Klassiker der Outdoor-Literatur

KOPP

KOPF VERLAG Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

MODELLBAU

Vom Prototyp-Künstler zum „Wannen-Doc“

Seit 41 Jahren selbstständig – Frank Fromm hat sich auf die Reparatur von Camper-Duschwannen spezialisiert

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Beim mobilen Heim ist es wie im Eigenheim: Es gibt immer etwas zu tun. Ein Schwachpunkt bei Campingmobilen ist die Duschwanne, die im Laufe der Zeit porös wird, wodurch sich Risse bilden können.

Einer, der Abhilfe schafft, ist der Spezialist Frank Fromm aus Walddorfhäslach bei Reutlingen. Als Einziger europaweit hat er ein Verfahren entwickelt, „unkaputtbare“ Duschwannen für Wohnmobile, Wohnwagen und Boote herzustellen, bei dem mehrere Lagen Glasfaser (GFK) mit einem speziellen Kleber auf die Originalwanne aufgetragen und mit Lack versiegelt werden. Sein Erfolgsrezept, so Fromm, bestehe darin, dass die Moleküle seines Materials sich mit dem Originalkunststoff verbinden und so zu einer stabilen neuen Struktur verschmelzen.

Auf die Idee, Modellbau-Material für die Reparatur von Freizeitmobilien zu verwenden, brachte den schwäbischen Unternehmer ein anderer Camper. „Zunächst habe ich auch versucht, nur die Stelle zu flicken, an der die Wanne gerissen war, doch das funktioniert nicht. Schnell wurde mir klar, dass ein stabiler Verbund nur entsteht, wenn die Gesamtfläche abgedeckt wird“, erklärt Fromm. Diese Entdeckung machte er vor neuneinhalb Jahren. Eine Geschäftsidee war geboren, und die verhalf dem vor 41 Jahren gegründeten Familienunternehmen zum Erfolg.

Duschwannen vom „Wannen-Doc“ sind im Gegensatz zu denen der Konkurrenz langlebig. Die Mitbewerber setzen Wannenein, die aus dem Kunststoff des Originals hergestellt sind. Der ist etwa ein bis zwei Millimeter dick, während Fromms GFK-Schichten fünf bis sechs Millimeter stark und absolut reißfest sind. Die Kosten für die Reparatur sind bei ihm zwar höher, dafür gibt es zehn Jahre Garantie, und die Kundenzufriedenheit ist



Sichtlich stolz auf die getane Arbeit: Der Spezialist Frank Fromm nach der Reparatur eines Wohnmobils in seiner Werkstatt

sehr hoch. „Die Kunden kommen immer wieder“, sagt Fromm, denn neben der Reparatur bietet er auch die Aufbereitung der Außenhaut von Freizeitmobilien und

Booten an. Inzwischen kommen Kunden aus allen Teilen Europas zum „Wannen-Doc“. Bis zu 500 Reparaturen im Jahr führt Fromm in seinem Betrieb durch, in

dem neben seiner Frau auch seine Schwester sowie drei weitere Mitarbeiter beschäftigt sind. Wie zum Beweis stand während des Besuchs der Autorin ein Wohnmobil aus Luxemburg im Hof. Der engagierte Unternehmer bietet einen umfangreichen Rundumservice an. Seine Homepage informiert über Ausflugsmöglichkeiten und Sehenswürdigkeiten in der Umgebung sowie Übernachtungsmöglichkeiten während der zweieinhalbtägigen Wartezeit. Wer möchte, kann sich sogar ein „Wägle“, einen Kleinwagen mieten, der vor der Werkstatt bereitsteht.

Fromm hat sich als junger Mann mit 20 Jahren als Modellbauer selbstständig gemacht. Mit 13 Jahren hatte er eine Lehre zum Laminierer in einer Technik-Modellbaufirma begonnen und früh den Sprung

in die Selbstständigkeit gewagt. Er hat Prototypen für namhafte Firmen wie Rolex, Kienzle und Sony Ericsson gebaut. Viele Produkte, von denen er Muster hergestellt hat, seien heute noch im Gebrauch, sagt er. Dazu zählen auch Heizkörper-Thermostate. Fromm hat unter anderem auch ein Zeppelin-Modell für das Museum am Bodensee gefertigt.

Wenn er erzählt, strahlt Frank Fromm. Zu seinen ausgefallensten Aufträgen zählt der originalgetreue Nachbau der Hasselblad-Kamera, welche die Amerikaner auf dem Mond eingesetzt haben. „Nur an einem kleinen Detail konnten die Auftraggeber das Original von den Kopien unterscheiden“, sagt Fromm. Die Kopien werden für Ausstellungen genutzt, um das Original vor Beschädigungen zu schützen.

Eine Herausforderung sei der Bau des Frontteils eines Nahverkehrszugs für ein chinesisches Unternehmen gewesen, denn die Höhe betrug knapp vier Meter, die Fromm in seiner Halle unterbringen musste. Den wohl schrägsten Auftrag führte er für den russischen Oligarchen Roman Abramowitsch für dessen Jacht aus: Weil der Russe iPhones so liebt, ließ er sich ein Kreuz aus iPhone-Gehäusen bauen, das er „iGod“ nannte. Fotos von solchen Arbeiten sind in der Werkshalle zu sehen. „Modellbau war ein hartes Geschäft“, sagt Fromm, „mal kamen die Aufträge massenweise, dann herrschte monatelang Flaute. Mit den Wannenreparaturen wurde die Arbeit planbarer.“

Frank Fromm ist die Überzeugung von dem, was er tut, deutlich anzumerken. Bereits am Telefon spricht er mit einer Begeisterung, die ansteckend ist. Vor Ort bestätigt sich dieser Eindruck schnell, und die Erwartungen werden nicht enttäuscht. Hier hat zudem der traditionelle kaufmännische Grundsatz noch Bestand: Was vorher abgesprochen wurde, das gilt auch nachher noch.

● Weitere Informationen unter www.fromm-duschwannen.de

Beispiele aus der Praxis



Nahverkehrszug für China, dessen Front Frank Fromm baute



Eigenreparatur einer Wohnmobilmwanne, die nur kurze Zeit hielt



Nachher sieht dieselbe Duschwanne wie neu aus nach Fromms Reparatur

HOBBY-RESTAURATOR

Aus Liebe zur Technik

Er repariert seltene Geräte-Dinos – Ein Tüftler aus der Oberpfalz erweckt teils über 100 Jahre alte Apparate wieder zum Leben

Im Februar wird er 60 Jahre alt. Sein Interesse gilt aber der Technik und Geräten, die gut doppelt so alt sind. Der aus Neumarkt in der Oberpfalz stammende Peter Kahlich besitzt zahlreiche Geräte aus längst vergangenen Zeiten. Und er restauriert dieses „technische Kulturgut“, wie er die Apparate gerne bezeichnet, für sich sowie für Freunde und Interessenten aus der Sammlerszene.

Vor allem sind es Radio- und Fernsehgeräte und damit zusammenhängendes Zubehör, die Kahlich bearbeitet. Egal ob ein Kurzwellenradio Zenith 809 von 1934 der in Chicago angesiedelten Firma Zenith Electronics Corporation, ein Radio der Firma Berrens aus Paris, Geräte von Philips und Telefunken oder ein Fernseher Rembrandt 852. Letztgenannter ist etwas jünger und wurde in den 1950er Jahren in der DDR produziert und verkauft. Aber auch hier gilt: Röhrentechnik statt Digitaltechnik.

„Ich war und bin bis heute einfach angetan von der einnehmenden Ästhetik, der logischen Funktionalität, der oft genialen Konstruktion und dem angenehmen wie schönen Material der alten Dinge“, begründet der Restaurator seine Ent-

scheidung für dieses Arbeitsfeld. Dabei verweist er auf sinnlich erfahrbare beziehungsweise ertastbare Aspekte wie beispielsweise ein herrliches Holzfurnier, Schellackpolituren und den wunderbaren Geruch dieser Materialien. So sind zum Beispiel auch Metalle (Kupfer, Messing, Eisen oder Nickel) bei den alten, fast schon antiken Geräten in der Regel ihrem

Zweck entsprechend gewählt. Damit wurde dann auch ein „ansprechendes Ganzes geschaffen“, sagt Kahlich.

Und um genau dieses ansprechende Ganze geht es ihm in erster Linie. Die allerhöchste Zufriedenheit stellt sich bei ihm ein, wenn das Gerät – ganz egal, aus welcher Zeitepoche – optisch etwas hermacht und natürlich auch funktioniert.

„Ich freue mich schon am Abend auf den kommenden Tag und die Arbeit – und den feinen Kaffee aus meiner Faemina. Dabei handelt es sich um eine Kaffeemaschinenmarke des traditionsreichen italienischen Unternehmens Faema.“

Wie bei jeder Arbeit können auch bei seiner auch einmal Schwierigkeiten auftreten. „Probleme gibt es jede Menge und verschiedenster Art. Aber das sind Aufgaben, die es zu bewältigen gilt. Und es funktioniert fast immer. Erfahrung und Improvisations- sowie Organisationstalent helfen. Manchmal aber auch Fluchen und die Androhung der Verschrottung“, erläutert er, zum letzten Aspekt etwas verschmitzt lächelnd.

Oft kann man heute mit den Namen der Gerätschaften nichts mehr anfangen, geschweige denn die Funktionen einordnen. Was hat es mit einem Telegraphengalvanometer auf sich? Ein Galvanometer ist ein elektrisches Messinstrument zum Nachweis kleinster Gleich- und Wechselströme. Beim Telegraphengalvanometer handelt es sich um ein solches Gerät, das in der Telegrafie zum Einsatz kam. Ein solches Galvanometer aus dem Jahr 1867 war bislang das älteste Gerät, das der Res-

taurator repariert hat. Am kompliziertesten war für ihn ein Fernseher der DDR-Firma „Rembrandt“ von 1954. Bis 1954 – danach wurde umgestellt – wurden die Programme in der Ostblockfernsehnorm OIRT ausgestrahlt. Da kann man sich vorstellen, dass Kahlich beim Restaurieren doch hin und wieder der Gaul durchging. Aber er hat es geschafft.

Am längsten gewerkelt hat er an einem Groß-Empfänger 898WK von Telefunken aus dem Jahr 1938. Mit diesem in einem Holzgehäuse eingebauten Rundfunkgerät konnte man Lang-, Kurz- und Mittelwelle empfangen – also zahlreiche Radiosender. „Ein furchtbar schönes Gerät, aber auch furchtbar kompliziert. Alleine das Auseinanderbauen dauert fast einen Tag“, deutet der Spezialist alter Technik die lange Dauer dieses Projektes an.

Wie viele Geräte er seit 2014 wieder in Gang gesetzt hat, kann er nicht sagen. Aber jedes Mal, wenn er einen Apparat wieder zum Laufen gebracht hat, empfindet er Befriedigung und Stolz – auch wenn ihm das eigentlich zuwider ist. „Ich erschrecke oft, dass ich mittendrin glücklich und zufrieden bin“, gibt er zu. Aber das darf er ruhig sein. *Markus Bauer*



Es funkt wieder: Kahlich am Fernschreiber T 37, gebaut von 1933 bis 1960 von Siemens

● FÜR SIE GELESEN

Auf den Hund gekommen

Im Jahr 2021 gab es in Deutschland rund 1,8 Millionen Hundebesitzer. Norbert Golluch, der schon seit seiner Kindheit von mehr oder weniger „gut erzogenen Hunden“ begleitet wird, sammelt in seinem Buch „Unnützes Hundewissen“ eine Vielzahl an Fakten, die so manchen staunen lassen.

Der Autor beginnt mit der Evolution des Wolfs zum Hund und Freund des Menschen und zählt die wichtigsten wilden Verwandten auf. Weiterhin geht es um die Zuchttrassen sowie um Intelligenz bei Hunden, um solche, die der Wissenschaft dienen sowie um die Sprache zwischen Mensch und Hund. Die Vierbeiner verfügen im Gegensatz zur menschlichen Nase mit etwa fünf Millionen Riechzellen über 125 bis 225 Millionen dieser Sinneszellen. Sie sind in der Lage, eine Million Gerüche zu unterscheiden. Hunde verfügen auch über eine ausgeprägte Mimik. Sie sind in der Lage, die menschliche Gesichtsausdrücke zu deuten.

Ein kleines Quiz über Hunderasen und Pfotenabdrücken mit Auflösung bereichert das Buch. Eine Deutung der Redensart „auf den Hund gekommen“? besagt, dass man früher das Bild eines Hundes auf den Boden von Geldtruhen malte. War dieses aufgebraucht und konnte man den Boden sehen, war man auf den Hund gekommen.

Silvia Friedrich



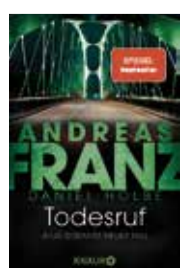
Norbert Golluch: „Unnützes Hundewissen. Spannende und skurrile Fakten über unsere liebsten Vierbeiner“, Yes Verlag, München 2022, Taschenbuch, 160 Seiten, 9,99 Euro

Erst langatmig, dann fesselnd

Julia Durant, die erfolgreiche Ermittlerin der Frankfurter Mordkommission, hat eine vielversprechende Zeit vor sich – sie will ihren Chef heiraten. Doch eine neue Situation verunsichert sie und lässt sie an der Entscheidung zweifeln. Beruflich ist sie sehr eingespannt, da täglich Frauen überfallen und einige von ihnen getötet werden. Mit ihrem Team ist die Ermittlerin der Durant-Serie im neuen Krimi „Todesruf“ auf der Suche nach dem brutalen Mörder, der seine Opfer über Internetforen ins Verderben lockt. Als sich die Fälle häufen und auch eine Kollegin Opfer wird, drängt die Zeit. Hinweise auf das Rotlichtmilieu und Bandenkongflikte kommen hinzu, denn zwei Opfer waren Prostituierte. Wo soll man da anfangen? An jedem Tatort ist ein Taxi gesichtet worden. Dieses Indiz verbindet die Fälle.

Der Krimi aus der Julia Durant-Reihe von Andreas Franz, die seit dessen Tod im Jahr 2011 von Daniel Holbe übernommen wurde, fängt etwas langatmig an, wird aber dann immer fesselnder.

Angela Selke



Andreas Franz/Daniel Holbe: „Todesruf“, Knauer Verlag, München 2022, Taschenbuch, 383 Seiten, 11,99 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Ungewöhnliche Urlaubsziele

Der brandneue Marco-Polo Reiseführer stellt 40 ausgewählte Ziele in Deutschland, in der Schweiz und in Österreich sowie in Europa und der Welt vor

FOTO: SHUTTERSTOCK

Alternativ reisen Wer fernab der üblichen Ferienregionen und ohne Flieger verreisen möchte, dem sei das neue Marco-Polo-Buch „Wohin geht die Reise?“ empfohlen. Neben Wander- und Radtouren gibt es Tipps für abenteuerliche Bahnreisen wie nach Nordschweden

(Bild) oder für urbanes Wandern in stillgelegten Industriestandorten oder Städten wie Mannheim. Ein Besuch der Berbermetropole Marrakesch oder Campen in der Wildnis Alaskas stehen ebenso auf dem Programm wie Baden im Pariser Canal de L'Ourcq.

MRK



Marco Polo: „Wohin geht die Reise? Die besten Ziele für 2023“, MairDumont Verlag, Ostfildern 2023, 192 Seiten, 12 Euro

ZEITGESCHICHTE

Offene Fragen zum Olympia-Attentat

Fünf Jahrzehnte nach dem Blutbad in München 1972 zeichnen Markus Brauckmann und Gregor Schöllgen ein gesellschaftliches Bild der Zeit

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Sommer 1972 wollte die Bundesrepublik Deutschland der Welt ihr freundlichstes Gesicht zeigen und die in München veranstalteten XX. Olympischen Sommerspiele zu „heiteren Spielen“ machen. Das Ganze endete jedoch in einem Fiasko. Keineswegs sind alle Aspekte des tatsächlichen oder vermeintlichen deutschen Versagens während des Olympia-Attentates durch die palästinensische Terrororganisation Schwarzer September aufgearbeitet.

Insofern bietet die Olympiade von 1972 und die gescheiterte Geiselnahme mit 17 Toten israelischer, deutscher und palästinensischer Herkunft auch nach 50 Jahren noch die Möglichkeit, ein spannendes Enthüllungsbuch vorzulegen. Aber genau das ist „München 1972“ nicht. Vielmehr haben sich die beiden Verfasser, der Regisseur Markus Brauckmann und der Historiker Gregor Schöllgen, dafür entschieden, sozial- und mentalitätsgeschichtlich vorzugehen: Statt Fakten, die ein klareres Licht auf die Vorgänge von damals werfen könnten, dominieren banale Geschichtchen über den „Summer of Love“, Rassismus, Mode, Musik und Sexualität sowie den Kampf zwischen Ost und West auf dem Gebiet des Sports.

Und wenn es ab Seite 205 endlich auch um das Attentat geht, bleibt die Darstellung ganz auf der offiziellen Linie, der zufolge die palästinensischen Attentäter politische Aktivisten, die deutschen Sicherheitskräfte inkompetent und die Israelis

passiv gewesen seien. „Man muss wissen: Auch fünf Jahrzehnte später sind noch nicht alle amtlichen Unterlagen zur Einsichtnahme freigegeben.“ Und das stimmt, was logischerweise die nicht gestellte Frage impliziert: Wer will hier etwas verbergen und warum? Immerhin erhielt das Bundesamt für Verfassungsschutz 17 Hinweise auf einen bevorstehenden palästinensischen Terroranschlag während der Spiele, die keinerlei nennenswerte Reaktion bewirkten. Der nachrichtendienstliche Berater des Nationalen Olympischen Komitees, der BND-Agent Hans Langemann, avancierte trotz seines Totalversagens später zum faktischen Chef des Bayerischen Verfassungsschutzes.

Ignoriert wird auch, wie ziellos und unlogisch die palästinensischen Geiselnahmer agierten. Brauckmann und Schöllgen lassen offen, welche Rolle die israelischen Geheimdienste Mossad und Shin Bet sowie die Sondereinheit der israelischen Streitkräfte für verdeckte Operationen, Sayeret Matkal, gespielt haben. Sowohl der Mossad-Chef Tzvi Zamir als auch der Terrorismusexperte Victor Cohen vom Shin Bet und der Sayeret-Matkal-Kommandeur Moshe Betser weilten in München.



Markus Brauckmann & Gregor Schöllgen: „München 72. Ein deutscher Sommer“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2022, gebunden, 365 Seiten, 25 Euro

ROMANBIOGRAPHIE

Die Geschichte einer großen Liebe

Sophie Villard erzählt von Antoine de Saint-Exupéry und seiner mittelamerikanischen Frau Consuelo, der wir den „Kleinen Prinzen“ zu verdanken haben

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

In ihrem lesenswerten Roman „Madame Exupéry und die Sterne des Himmels“ entführt Sophie Villard ihre Leser in das Jahr 1930. Auf einer Party in den Salons der Alliance Française lernte Consuelo den schriftstellernden Flieger Antoine de Saint-Exupéry kennen, der als Pilot der argentinischen Luftpost arbeitete. Der quirlige Spross einer französischen Adelsfamilie überredete die Witwe des argentinischen Konsuls in Paris zu einem Nachtflug, der sie den Sternen nahebringen sollte. Beide verband Liebe auf den ersten Blick.

In Romanform schildert Villard die schwierige Annäherung der temperamentvollen Kaffeepflanzenbesitzer-Tochter aus El Salvador, die in Pariser Künstlerkreisen als „Vulkan von Paris“ galt, an die adelige Familie ihres Zukünftigen, die schwierigen Umstände, die beinahe ihre Hochzeit verhindert hätte neben glücklichen Momenten der Kunstlerehe in Consuelos Haus an der französischen Riviera. Die ehrgeizige Malerin unterstützte ihren Mann darin, seiner Passion für das Schreiben und Zeichnen nachzugehen. So entstand dessen Erfolgsroman „Nachtflug“.

Sie inspirierte ihn zu schriftstellerischen Ideen, und aus seinen Gefühlen für sie entstand „Der kleine Prinz“. Consuelo ist die geliebte Rose, die der Prinz mit einer Glashaube schützen möchte, und die immer in seinen Gedanken ist. Der Leser wird Zeuge der Entstehung eines der erfolgreichsten Bücher der Weltliteratur,

das in rund 400 Sprachen übersetzt wurde. Vielen Kapiteln in „Madame Exupéry“ sind Zitate aus dem „Kleinen Prinzen“ vorangestellt.

Doch es gab Höhen und Tiefen in der Ehe der beiden. Consuelo folgte ihrem Mann um die halbe Welt und gab doch ihren Kampf um die eigene Karriere nie auf. Die Ehe mit Antoine glich nach seinem ersten Romanerfolg einem wilden Flug mit Höhen und mit rauschenden Festen sowie Tiefen mit Zwangspfändungen, seiner Untreue, seinen Weltrekordversuchen und Abstürzen und einer kurzfristigen Trennung. Bald schon überschattete der Zweite Weltkrieg das Leben der Künstlerszene in Paris. Antoine zog 1940 nach New York, wohin ihm Consuelo später folgte.

Als Saint-Exupéry die Arbeit am „Kleinen Prinzen“ beendet hatte, hielt er das Exil nicht mehr aus und zog als Aufklärungsflyer noch kurz vor Kriegsende in den Krieg für Frankreich. Von einem dieser Flüge im Juli 1944 kehrte er nicht zurück. Das Wrack seiner Maschine wurde erst nach Consuelos Tod in der Bucht von Marseille geortet. Bis zu ihrem Lebensende wartete sie auf Antoinettes Rückkehr, so wie der Prinz es der Rose versprochen hatte.



Sophie Villard: „Madame Exupéry und die Sterne des Himmels“, Penguin Verlag, München 2021, Taschenbuch, 464 Seiten, 13 Euro

KÖNIGSBERGER DOM

Erinnerungen eines Dompfarrers

Persönlicher Bericht von Hermann Willigmann, der von 1924 bis 1934 am bekanntesten Wahrzeichen der Stadt gewirkt hat

VON HERMANN WILLIGMANN

Der Königsberger Dom war ein Werk der deutschen Ordensritter. Im Jahre 1333 war nach jahrzehntelangem Bauen das Gebäude fertiggestellt. Die Ordensritter hatten eine ganz bestimmte Bauweise. Ob man eine Ordenskirche in der Provinz oder den Dom sah – sie glichen alle einander. Sie waren alle als Wehrkirchen gedacht; bei feindlichen Angriffen sollten sie die letzte Zuflucht der Bedrängten sein. Deshalb lagen sie entweder auf einer Anhöhe oder an einem Fluss. Der Dom war umrahmt von den beiden Armen des Pregels. Diese bildeten dort die Dominsel.

Aus dem Dom soll ein Gang unter dem Pregel zur Höhe des alten Schlosses geführt haben. Er war als der letzte Ausweg der Belagerten gedacht. Einige beherzte Männer haben vor Jahrzehnten diesen Gang durchwandern wollen. Unter dem 14 Meter tiefen Pregel fanden sie aber erhebliche Schuttmassen, die den Weg völlig versperren. Sie wagten es nicht, den Schutt zu beseitigen und fürchteten – und wohl nicht mit Unrecht –, dass die Wassermassen des Pregels sie wegschwemmen könnten. Die Tür zum Gang und der Anfang des Ganges aber waren noch vorhanden.

Der unterirdische Gang

Was den Dom zur Bischofskirche machte, war das Massige des Baues. Die Mauern sollten ursprünglich in drei Metern Dicke ausgeführt werden. Über den schmalen, hochfliegenden Fenstern wollte man einen Wehgang von anderthalb Metern Breite einbauen. Durch niedrige Öffnungen sollten auf die anrückenden Feinde Speere, Steine und glühendes Pech geschleudert werden. Durchgeführt aber wurde der Wehgang nur auf der Rückseite. Freunde des Hochmeisters machten diesen darauf aufmerksam, dass der Bischof bei Streit mit dem Hochmeister mit seinen Mannen nur den Dom und Wehgang aufzusuchen brauche, dann wäre er unüberwindlich. So verbot der Hochmeister den Weiterbau in drei Metern Dicke. Als der Bischof das Verbot nicht beachtete, rückte der Hochmeister mit seinen bewaffneten Scharen heran. Der Bischof musste weichen.

Domsenkung um zweieinhalb Meter

Spätere Geschlechter waren dem Hochmeister aus einem anderen Grunde für sein Vorgehen dankbar. Der Dom war ebenso wie die gesamten Häuser der Dominsel auf moorigem Grund gebaut. Wohl waren zur Zeit seines Baues Unmassen von Stein und Fels in die Tiefe geschleudert worden, auch lag der Dom auf eisernen Rosten. Trotzdem sank er. Zuerst geschah es innerhalb von vier Jahren um einen Ziegelstein. 1905 bis 1907 wurde eine Erneuerung des Untergrundes vorgenommen. Sie misslang. Der Dom senkte sich seitdem an manchen Stellen innerhalb von vier Jahren um zwei Ziegelsteine. Es bildeten sich mehrfach Risse in den Spitzbögen und im Gemäuer.

Eben hatte ich an einem Abend den Gottesdienst beendet, die letzten Zuhörer hatten das Gotteshaus verlassen, da sauste ein schweres Steinstück von der Decke in der Nähe der Kanzel hernieder. Wären noch Menschen dagewesen, wären sicher einige erschlagen worden. Bei der Renovierung war das Sinken falsch berechnet worden. Man hatte die gegenüberstehenden Pfeiler durch festgefügte Gebälk verbunden. Das sollte ein



Im 19. Jahrhundert: Blick auf den Königsberger Dom

Foto: Wischmock

Auseinanderklaffen der Decke verhindern. Es war aber nicht bedacht worden, dass der eine Pfeiler schneller sinken könnte als der andere. So hatte die verschiedene Gewalt des Sinkens die Decke auseinandergerissen und ein großes Stück Stein mitgenommen. Im Laufe der Jahrhunderte hatte der Dom sich um zweieinhalb Meter gesenkt. Legte man am Ende des Seitenganges eine Kugel auf die Erde, dann rollte sie in schnellem Lauf bis zum entgegengesetzten Ende. Einst ging man über eine Treppe in den Dom hinein, jetzt musste man ein paar Stufen hinunterschreiten.

Der gesamte Fußboden war gehoben. Dadurch wirkte die an sich schöne Eingangspforte des Domes etwas gedrückt. Im Dom selbst fiel es nicht weiter auf, weil die Höhe der Bischofskirche gewaltig war. Nur hatte niemand beim Eintritt in das Gotteshaus sogleich den hohen, erhabenen Eindruck, den der Dom bot. Der Domorganist, ein eifriger Veranstalter von Orgelkonzerten, hatte für seinen großen Kirchenchor beim Gemeindegottesdienst durchgesetzt, dass die Orgelpore ein größeres Stück in die Kirche vorgebaut wurde. Jeder Besucher musste



Blick ins Kircheninnere: Der Dom nach der Wiederherstellung von 1908

deshalb unter der weit ausgedehnten Orgelpore vorwärts gehen. Erst dann hatte er den freien Blick über den weiten Innenraum.

Schönste Sicht von der Holzbrücke

Der schönste Blick auf den Dom war der von der Holzbrücke über den Pregel. Da lagen vor den Augen die alte Universität, an der Kant gelehrt hatte, und der ragende Dom. Oft habe ich dort gestanden und mich an dem Anblick „meines“ Doms erfreut.

Der Dom bestand aus zwei gleich langen Teilen. Der vordere, breitere war die sogenannte Predigtkirche, der langgestreckte hintere bildete den Hohen Chor. Bei der Renovierung im Jahr 1905 stifteten Fürsten und Geschlechter der Provinz buntgemalte Fenster. Das größte schenkte der deutsche Kaiser. Es kam nun durch die an sich schon engen und hohen Fenster noch weniger Licht in den Dom. Viele haben das bedauert. Aber wenn die Sonne vergoldend durch die Fenster fiel, war es ein Anblick von solcher Schönheit, dass man sich nur schwer davon losreißen konnte.

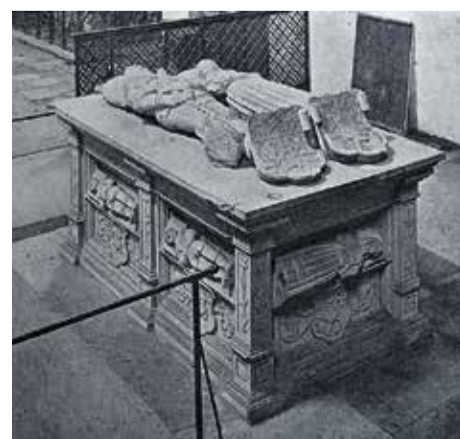
Über dem Altar, fast unmittelbar über der Decke, befand sich ein Brustbild Martin Luthers. Der zeitgenössische Maler Lukas Cranach hatte es gemalt. Neben dem Altar hing das Bild der Tochter Melanchthons mit ihrem kleinen Sohn. Sie hatte den Rektor der Königsberger Universität, Sabinus, geheiratet. Als sie mit ihrem Söhnchen starb, wurde sie neben dem Altar im Dom begraben. Ihr Bild stammt ebenfalls von Cranach.

Königsberg barg überhaupt viele Erinnerungen an die Reformation. Auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz vor dem Altar der abgerissenen Altstädtischen Kirche war das Grab des Hänschen Luther. Er war jener Sohn des großen Reformators, dem der Vater den entzückenden Kinderbrief vom Paradies geschrieben hatte. Auf der Domkanzel hatte Brismann 1521 die erste evangelische Predigt gehalten. Von da aus nahm die Reformation ihren Lauf durch die ganze Provinz. Brismann hat später seine Grabstätte im Hohen Chor gefunden.

An den gewaltigen, tragenden Säulen des Domes waren einige Ordensrittergestalten eingeritzt. Sie hatten sich irgendwie um den Orden verdient gemacht. Ihre Wappen und Rüstungsbildnisse sollten verewigt werden. Besondere Kunstwerke waren die Gemälde, die von Mönchen an die Wand gemalt waren. Sie stellten Geschichten aus der Heiligen Schrift und Legenden aus der kirchlichen Sage dar. Viele Besucher des Gottesdienstes waren im Mittelalter des Lesens unkundig. Sie sollten den Inhalt der Heiligen Schrift aus den Gemälden an der Wand kennen lernen.

Begräbnisstätte von Fürsten und Hochmeistern

Im Hohen Chor waren sieben Hochmeister begraben. Ihre Bilder hingen an den Wänden. Ihre Särge sind leider in dem moorigen Untergrund des Domes verloren gegangen. Man mauerte vor langen Jahren den Zugang zu ihnen zu. Dadurch gingen leider auch viele Särge von Prinzen und Prinzessinnen aus dem Hohenzollernhause verloren. Es herrschte in früheren Jahren in Königsberg überhaupt wenig Sinn für historische Dinge und Kunstwerke. Wie konnte man das Haus, in dem Kant – in der früheren Prinzessinnenstraße – gewohnt hatte, abreißen und einen modernen Neubau an seine Stelle setzen? Wie konnte die „Stoa Kantiana“ weggenommen werden?



Begräbnisort Dom: Die Tumba für Herzog Albrecht und die Herzogin Dorothea, ein Werk des Bildhauers Jakob Binck

Das war die überdeckte Wandelhalle der alten Universität, an der Mauer des Domes, in der Kant in jeder Pause zwischen den Vorlesungen sich erging. Er war ja ein Mann, der ganz pedantisch an den kleinsten Wohnheiten unverbrüchlich festhielt.

Einigermaßen erhalten blieb im Hohen Chor der wundervoll ausgeführte Sarkophag des Kurfürsten Georg-Wilhelm, des Vaters des Großen Kurfürsten. Er weilte 1640 zu Besuch bei einem Freunde in Königsberg-Neuhausen, erkrankte am hitzigen Fieber und starb. Seine sterbliche Hülle konnte in der Unruhe des Dreißigjährigen Krieges nicht nach Berlin geschafft werden. So wurde sie im Dom beigesetzt.

Rettung des Sarkophags

Wir retteten den Sarkophag 1931 gerade noch vor dem Verfall. Ich sehe noch die kunstvoll geschmiedeten brandenburgisch-kurfürstlichen Adler am Sarkophag. Sie waren im Deckel neben anderen schmiedeeisernen Kunstwerken angebracht. Als wir den Sarg aus der Tiefe herausgebracht hatten, wurde in Gegenwart von Zeugen das Innere geprüft. Deutlich war noch der verdickte Oberschenkel des Kurfürsten zu erkennen, von dem die Geschichte berichtete. Auch lag der Feldmarschallstab unangetastet neben dem Knochengerüst. Ein Ministerialrat, der bei der Besichtigung zugegen war, wollte den Feldherrnstab sofort in den Besitz der Regierung nehmen. Ich protestierte: „Was im Dom ist, gehört in den Dom!“ „Ich aber“, meinte der Ministerialrat, „vertrete die Regierung. Sie ist die höchste Instanz im Lande.“ Ich wandte mich an den Domkürster, einem altgedienten Soldaten: „Herr Domkürster, ich übergebe Ihnen hiermit den Feldmarschallstab. Sie bürgen dafür, dass er nicht aus dem Dom kommt.“ Der Kürster schlug die Hacken zusammen, nahm das wertvolle Stück in die Hand und der Ministerialrat gab sich zufrieden.

Beim Betreten der Kirche glitt der Blick sofort bis zur hintersten Wand des Hohen Chores und ließ die mächtige Länge des Gotteshauses erkennen. Der Hohe Chor des Domes war ein Prunkstück besonderer Art. Da war das wundervolle, wohl 20 Meter hohe Grabdenkmal des letzten Hochmeisters und ersten weltlichen Herzogs, Albrecht von Preußen. Es zeigte eine Fülle von Figuren. Dennoch hob sich plastisch die Gestalt des Herzogs ab. Betend kniete er vor einem Altar. Zu Lebzeiten hatte er das Denkmal anfertigen lassen. Oft war er zu stiller Andacht in den Dom gekommen.

Andere Epitaphien im Hohen Chor hatten nicht solch hohen künstlerischen Rang. Die ersten Geschlechter Ostpreußens hatten ihre Toten in diesem Raum beigesetzt. Die Bilder der Hochmeister, deren Gebeine im Hohen Chor ruhten, schauten von den Wänden herab. Wunderbar geschnitzte Chorstühle und zwei ragende hohe Stühle in besonderer Ausführung für den Hochmeister und den Bischof bei großen Konventen lenkten immer die Aufmerksamkeit auf sich.

Alljährlich einmal ging ich mit meinen Konfirmanden in den Dom. Dann schritten wir zu den Glocken mit ihren Inschriften. Auch zeigte ich ihnen den Klingelzug für die Vaterunser-Glocke. Sobald in der Kirche der Pfarrer mit dem Vaterunser begann, wurde die Schnur zur Klingel unten in der Kirche gezogen. Langsam wurde alsdann oben vom Glöckner siebenmal die kleine Domglocke angeschlagen. Die Umgehend wusste: „Jetzt betet man im Gottesdienst das Vaterunser.“

● AUFGESCHNAPPT

Die Quote hat mal wieder zugeschlagen, und abermals erscheint ihre jüngste Ausgeburt noch ein wenig absurder als die Vorangegangenen. Ein Kulturzentrum im niederländischen Groningen hat die geplante Aufführung des Theaterstückes „Warten auf Godot“ überraschend unter sagt. Dies meldet die „Frankfurter Allgemeine“. Das Stück, vor 70 Jahren in Paris uraufgeführt, gilt als Klassiker des modernen Theaters. Das Verhängnis: In „Warten auf Godot“ gibt es nur Männerrollen, die laut juristischer Verfügung des Autors Samuel Beckett (1906–1989) auch nur von Männern gespielt werden dürfen. Es gehe nicht an, dass Gruppen von Menschen ausgeschlossen würden, sagte eine Sprecherin des Zentrums der Deutschen Presse-Agentur. Nur Männer zum Casting der Männerrollen einzuladen, entspreche einfach nicht den Subventionsregeln ihrer Einrichtung. Der 26-jährige Regisseur des Stückes, Oisín Moyné, zeigt sich entgeistert. Er komme sich vor, als ob er „in einem absurden Traum gelandet“ sei. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Nachdem die renommierte internationale Cochrane-Gesellschaft ermittelt hat, dass das Masketragen epidemiologisch nahezu völlig sinnlos war, urteilt Elke Boddaras in der „Welt“ (1. Februar) über Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD):

„Eines aber bleibt die größte, die historische Fehlleistung dieses Ministers in der Corona-Zeit: dass er mit derart leichter Hand Zwangsmaßnahmen gegen alle und jeden erließ. Die Pflicht zur Maske, die Pflicht, zu Hause zu bleiben, die Pflicht zur Isolation, die Pflicht zum Testen für Schulkinder, die Pflicht zur Impfung, die er für die ganze Bevölkerung durchzusetzen versuchte ... Fast alle Opfer, die Lauterbach von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, von der ganzen Bevölkerung verlangte und durchsetzte, waren falsch, manche sogar lächerlich.“

Rolf Nickel, sechs Jahre deutscher Botschafter in Warschau, äußerte sich gegen „n-tv“ (29. Januar) zu den polnischen Reparationsforderungen an Deutschland:

„Ich halte es nicht für klug, dass man derartige Forderungen gerade jetzt erhebt, wo es angesichts der russischen Aggression in der Ukraine nötig wäre, möglichst große westliche Geschlossenheit zu demonstrieren. Und: Von Deutschland gab es in der Vergangenheit immer wieder freiwillige Gesten, und weitere Gesten sind ohne Frage möglich. Unter öffentlichem Druck ist es allerdings wenig wahrscheinlich, dass das geschieht.“

Angesichts einer anstehenden Volksinitiative gegen die Gendersprache in Hamburg meint Matthias Iken im „Hamburger Abendblatt“ (1. Februar):

„Auch wenn dieses Neusprech die Welt verbessern will, steht es eher in der dunklen Tradition einer totalitären Gesellschaft. Man kann bei George Orwell nachschlagen oder in der deutschen Geschichte, wer zuvor auf die Idee kam, Sprache nicht von unten zu verändern, sondern von oben zu verordnen.“

Vom „Bevölkerungsaustausch“ in Deutschland zu reden, sei „rechtspopulistisch“, wird behauptet. Mirjam Lübke hält dem auf „An-sage.org“ (6. Februar) entgegen:

„Eine islamistische Massendemo in Hamburg; Männer und Frauen ordnungsgemäß getrennt. Ständige Beteuerungen darüber, wie toll es sei, dass Deutschland sich wandelt. Und dann auch noch Saw-san Chebli, die uns Nicht-Migranten ankündigt, bald in der Minderheit zu sein. Da kann man schon einmal auf die Idee kommen, hier sei etwas im Busch.“

● WORT DER WOCHE

„Nonkonformisten haben gegenwärtig einen schweren Stand. Aber das muss nicht so bleiben. In jedem Land gibt es genügend kritische Menschen, die sich zu engagieren beginnen.“

Michael Lüders, Politik- und Islamwissenschaftler, am 5. Februar gegenüber „Telepolis“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Klebrige Spukgestalten

Wie uns die „Letzte Generation“ die dunkle Vergangenheit zurückbringt, und was uns Hoffnung macht

VON HANS HECKEL

Für Roger Hallam steht das Ziel fest: Am Ende der radikalen Aktionen folgt der Umsturz der bestehenden Ordnung. Der 56-jährige Brite ist Anführer von „Extinction Rebellion“, jener Gruppe von Klimaextremisten, die das Vorbild war für die „Letzte Generation“ (LG) in Deutschland. Nachdem wir das wissen, müssen wir uns keine umständlichen Gedanken mehr darüber machen, was jene Leute, die allmorgendlich gestresste Autofahrer am Durchkommen zur Arbeit, ins Krankenhaus oder zu dringenden Terminen hindern, im Schilde führen.

Die Demokratie verachten sie nicht einmal mehr heimlich, sondern fordern offen, dass nicht mehr demokratisch gewählte Parlamente, sondern „Räte“ die Politik bestimmen sollen. Wie vergangene Woche herauskam, ist die LG intern bereits von Kopf bis Fuß so durchstrukturiert worden, wie wir uns vermutlich unsere gesamte politische Ordnung vorstellen müssen, wenn Hallams Umsturz erfolgreich sein sollte.

Ganz oben thront eine Kommandoebene von sechs Leuten, die alles bestimmt. Von dort werden die Befehle nach unten durchgereicht, wo sie nicht einmal mehr diskutiert, geschweige denn abgestimmt, sprich: demokratisch bestätigt, werden. Hacken zusammen und an die Front, Genossen!

Was über die LG in den vergangenen Tagen noch alles herauskam, ist selbst für Pessimisten atemberaubend. Die Aufdeckung eines internen Begutachtungssystems, das die persönlichen Vorlieben, Fähigkeiten und die Einsatzfähigkeit der Anhänger penibel durchleuchtet – bis hin zur Bereitschaft, für die „Bewegung“ in den Knast zu gehen – nimmt sich aus wie eine Dokumentation über die Stasi oder einen anderen totalitären Geheimdienst.

Wie eine Spukgestalt erhebt sich da eine Bewegung, die direkt aus den finstersten Abgründen des 20. Jahrhunderts auferstanden zu sein scheint. Es ist alles dabei: Das Gefühl der Anhänger, zu den Erleuchteten der Geschichte zu zählen. Oder diese merkwürdige Sehnsucht junger Menschen, sich einer „Bewegung“ völlig zu unterwerfen und ihre Freiheit im Dienst der „Sache“ komplett aufzugeben. Wie weit das geht, haben uns die beiden prominent gewordenen Thailandflieger vorgeführt. In dem weinerlichen Text, den sie

aus ihrem sonnigen Teilzeit-Exil für die linke „taz“ geschrieben haben, werfen sie der Politik allen Ernstes vor, ihnen diese Flugreise nicht vorher verboten zu haben: „Es muss aber auch Aufgabe der Politik sein, für das Klima schlechte Entscheidungen, wie die unsere, zu verhindern und in gute zu lenken“, fordern sie da.

Die Deutschen haben herzlich gelacht, als die Sprecher der LG verlauten ließen, die beiden Urlauber seien ja als „Privatpersonen“ nach Thailand gedüst und nicht als „Klimaschützer“, das müsse man „auseinanderhalten“. Zusammen mit dem „taz“-Text fügt sich diese putzige Auslassung aus dem Repertoire billigster Politiker-Ausreden in ein perfektes Gesamtbild: Genau solche „Privatpersonen“, die selbst entscheiden, soll es in der angestrebten Klimadiktatur nicht mehr geben.

Haben wir nicht gesehen, in welches Verderben die Menschen getrudelt sind, die ihre Freiheit mit solchem Eifer, solcher Wollust selbst abgegeben haben? Kann es wahr sein, dass sich das vor unseren Augen wiederholt? Und wie kamen diese Leute überhaupt auf jenen dunklen Irrweg? Dafür müssen sie doch irgendwie präpariert worden sein! Was zu der Frage leitet: Was haben die da in den Schulen, den Universitäten oder den Medien in den vergangenen Jahrzehnten eigentlich angesäuert, als sie uns immerzu mahnten, wir sollten „aus der Geschichte lernen“?

Was wahr ist, wird zum „Unwort“

Kann ich Ihnen sagen: Sie haben den „Antitotalitären Konsens“, der gegen Linksaußen wie gegen Rechtsaußen gleichermaßen immunisieren sollte, abgeschafft und durch den einseitigen „Kampf gegen Rechts“ ersetzt. Als das erreicht war, konnte es ohne Bremse immer weiter nach links gehen – bis nun die offene Verachtung von Demokratie und bürgerlicher Freiheit überall auf der Straße klebt.

Ansinnen der Aktionen ist es, dass die Bürger irgendwann Angst bekommen, noch mit ihrem Auto loszufahren, weil sie ja nie wissen, wie weit sie kommen bis zur nächsten Straßenblockade. Solche Übergriffe zum Einschüchtern und Gefügigmachen des Volkes nennt man klassischerweise „Terror“.

Oder nicht? Auf keinen Fall, wenn es nach den Experten geht, die gerade erst das neueste „Unwort des Jahres“ erkoren haben. Beim „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ lesen wir: „Das Unwort des Jahres 2022 wurde am 10. Januar bekannt gegeben: Die Jury

Was der Brief der Thailand-Flieger sagt: „Privatpersonen“, die selbst entscheiden, wird es in der Klimadiktatur nicht mehr geben

wählte ‚Klimaterroristen‘. Der Ausdruck sei im öffentlichen Diskurs benutzt worden, um Aktivistinnen und Aktivisten und deren Proteste für mehr Klimaschutz zu diskreditieren, begründete die Jury ihre Wahl. Die Experten kritisierten die Verwendung des Begriffs, weil Aktivistinnen und Aktivisten mit Terroristen ‚gleichgesetzt und dadurch kriminalisiert und diffamiert werden‘. Gewaltlose Protestformen zivilen Ungehorsams und demokratischen Widerstands würden so in den Kontext von Gewalt und Staatsfeindlichkeit gestellt, rügte die Jury.“

„Demokratischer Widerstand“, der sich ohne Umschweife gegen die Demokratie ausspricht, „ziviler Ungehorsam“, der sich darin ausdrückt, die Grundrechte anderer Menschen zu blockieren und offene Umsturzphantasien, die aber keineswegs „staatsfeindlich“ genannt werden dürfen – darauf muss man erst mal kommen.

Nun ist die Auswahl des jährlichen „Unwort“ seit Langem ein guter Seismograph dafür, was die politische Linke gerade nicht diskutieren möchte. Zur Illustration eine kleine Auswahl angeblicher „Unwörter“ seit 2013: Sozialtourismus, Lügenpresse, Gut-mensch, Anti-Abschiebe-Industrie, Corona-Diktatur, Pushback. Die Kür zum „Unwort“ soll wirken wie ein Vorhängeschloss, mit dem man unliebsame Debatten wegsperrt.

Wenn man sich das alles so anguckt ... ganz schön gruselig, nicht wahr? Ja und nein. Immer mehr Deutsche wollen die Blockade ihrer Bewegungsfreiheit nicht mehr einfach hinnehmen und machen sich gegen die Diktaturfreunde von der Klimakämpferfront lautstark gerade. Ein Lichtblick, denn in der Geschichte ging die Freiheit allzu oft nicht wegen der Überlegenheit der meist eher kleinen Extremistenzirkel baden, sondern weil die breite Masse zu bräsig war und die fanatische Minderheit walten ließ.

Die Bereitschaft, sich von eingebildeten Volkserziehern jeden Mist aufzwingen zu lassen, scheint auch auf einem anderen Feld nachzulassen. In Hamburg hat gerade eine Volksinitiative die erste Hürde genommen, welche das Ziel verfolgt, Gendersprache in Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen des Stadtstaats verbieten zu lassen. In anderen Bundesländern sind bereits ähnliche Initiativen am Start. Alle Umfragen sagen, dass die große Mehrheit der Deutschen die ideologische Verstümmelung unserer Sprache ablehnt. Wir dürfen also auf Erfolg hoffen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de